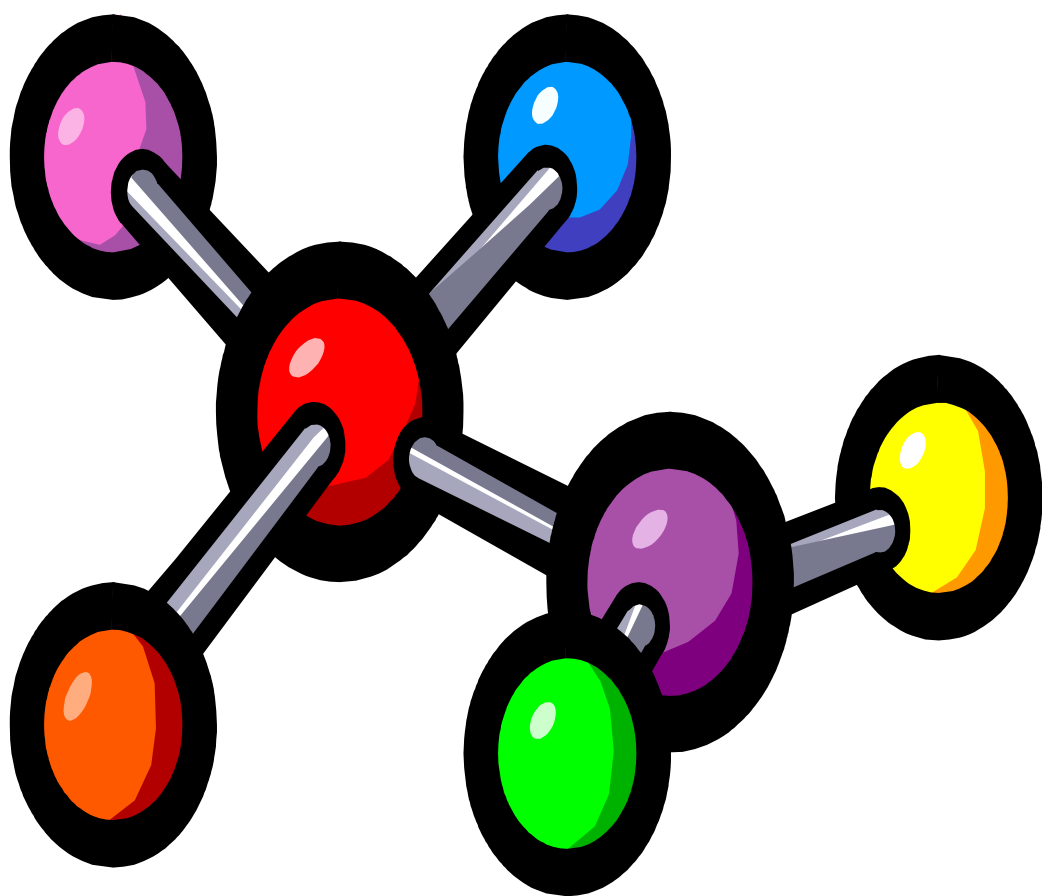


Beteiligungsbericht 2012

Rheinisch-Bergischer



Kreis



Herausgeber: **Rheinisch-Bergischer Kreis**
Der Landrat
Am Rübezahlwald 7
51469 Bergisch Gladbach

Bearbeitung: **Dezernat I**
Amt 20/Beteiligungsmanagement

Telefon: **02202/13 2417**

02202/13 2418

Fax: **02202/13 2121**

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Einführung	2
Kennzahlen im Überblick	3
Der Rheinisch-Bergische Kreis - Zahlen, Daten, Fakten	4
Auftrag und Gegenstand des Beteiligungsberichtes	5
Übersicht über die Beteiligungen des Rheinisch-Bergischen Kreises	8
- Bergischer Abfallwirtschaftsverband	9
- Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt (CVUA) Rheinland	15
- Das Bergische gGmbH	20
- Flughafen Köln/Bonn GmbH	25
- Gemeinnütziger Bauverein Wermelskirchen eG.	32
- Kraftverkehr Wupper-Sieg AG	37
- Krankenhaus Wermelskirchen GmbH	46
- Naturarena Bergisches Land GmbH	53
- PBH Papierservice "Britanniahütte" gemeinnützige GmbH	58
- Radio Berg GmbH & Co. KG	63
- Regionalverkehr Köln GmbH	68
- Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft mbH	77
- Rheinisch-Bergisches TechnologieZentrum GmbH	84
- Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH (RBW)	89
- Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung in Köln GbR	96
- RWE AG	101
- RW Holding AG	108
- Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH	113
- Wasserversorgungsverband Rhein-Wupper	118
- Zweckverband für die Kreissparkasse Köln	124
- Zweckverband Naturpark Bergisches Land	127
- Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg	131
- Landrat-Lucas-Stiftung	137
Mitgliedschaften des Rheinisch-Bergischen Kreises in Vereinen, Organisationen und Einrichtungen	140

Einführung

Durch die Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen sind die Städte und Gemeinden verpflichtet, jährlich einen Beteiligungsbericht hinsichtlich der gemeindlichen Beteiligungen an Unternehmen und Einrichtungen in Rechtsformen des privaten Rechts zu erstellen.

Gemäß § 53 der Kreisordnung in Verbindung mit § 117 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen hat auch der Rheinisch-Bergische Kreis zur Information der Kreistagsmitglieder und der Einwohnerinnen und Einwohner einen Bericht über seine Beteiligungen zu erstellen und jährlich fortzuschreiben.

Der Beteiligungsbericht soll insbesondere Angaben über die

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks,
- finanzwirtschaftlichen Auswirkungen der Beteiligungen,
- Beteiligungsverhältnisse und
- Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft

enthalten.

So soll die Wahrnehmung öffentlicher Kontrolle über kommunale Unternehmen durch die demokratisch legitimierten Organe der Kommunen dokumentiert und die politische Einflussnahme auf die Unternehmensziele verdeutlicht werden.

Der Rheinisch-Bergische Kreis legt nunmehr den achtzehnten Bericht über seine Beteiligungen an Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform des privaten Rechts vor. Soweit möglich, berücksichtigt der Beteiligungsbericht aktuelle Daten bezogen auf das Berichtsjahr 2012.

Mit dem vorgelegten Beteiligungsbericht 2012 wird ein Überblick über die bestehenden Beteiligungen und ihre wirtschaftliche Entwicklung gegeben. Damit sollen insbesondere die Anforderungen an die öffentliche Hand in Bezug auf eine zufriedenstellende Information der Öffentlichkeit erfüllt werden, aber auch Transparenz der wirtschaftlichen Betätigung des Rheinisch-Bergischen Kreises in privatwirtschaftlichen und öffentlich-rechtlichen Unternehmen geschaffen werden.

Die Einsicht in den Beteiligungsbericht ist jedermann gestattet.

Kennzahlen im Überblick

Kennzahlen zur Kapitalstruktur (Verschuldungsgrad)

Kennzahl	Berechnung
Eigenkapitalquote	$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Gesamtkapital}}$
Fremdkapitalquote	$\frac{\text{Fremdkapital} \times 100}{\text{Gesamtkapital}}$

Kennzahlen zur Finanzlage

Kennzahl	Berechnung
Anlagenintensität	$\frac{\text{Anlagevermögen} \times 100}{\text{Gesamtkapital}}$
Investitionen	Zugänge zu den immateriellen Vermögensgegenständen und den Sachanlagen des laufenden Geschäftsjahres
cash-flow	Jahresüberschuss/-fehlbetrag + Abschreibungen Sachanlagen +/- Veränderung langfristiger Rückstellungen +/- Einstellung/Auflösung des Sonderpo. mit Rücklagenanteil
Deckungsgrad Vermögen	$\frac{\text{Eigenkapital} + \text{Fremdkapital}}{\text{Vermögen}}$

Kennzahlen zur Ertragslage

Kennzahl	Berechnung
EBT	Ordentliches Ergebnis vor Ertragsteuern
EBIT	Ordentliches Ergebnis vor Ertragssteuern und vor Zinsaufwand
EBITDA	Ordentliches Ergebnis vor Ertragsteuern, Zinsaufwand, Abschreibungen, Auflösung Sonderposten
Gesamtkapitalrentabilität	$\frac{\text{Jahresüberschuss vor Ertragsteuer} + \text{Fremdkapitalzinsen}}{\text{Bilanzsumme am 31.12.}}$
Eigenkapitalrentabilität	$\frac{\text{Ordentliches Ergebnis} \times 100}{\text{Eigenkapital}}$
Umsatzrentabilität	$\frac{\text{EBIT} \times 100}{\text{Umsatz}}$

Der Rheinisch-Bergische Kreis - ZAHLEN, DATEN, FAKTEN**Einwohnerzahl, Flächengröße und Einwohnerdichte der Städte und Gemeinden**

	<u>km²</u>	<u>Einwohner</u>	<u>Einw./km²</u>
Stadt Bergisch Gladbach	83,12	105.919	1.274
Stadt Burscheid	27,38	18.641	681
Gemeinde Kürten	67,49	19.472	289
Stadt Leichlingen	37,33	27.427	735
Gemeinde Odenthal	39,97	15.701	393
Stadt Overath	68,83	26.768	389
Stadt Rösrath	38,82	27.345	704
Stadt Wermelskirchen	74,66	35.012	469
(Stand: 31.12.2012)	437,60	276.285	631

<u>Straßen:</u>	Autobahnen	=	40,2 km
	Bundesstraßen	=	43,5 km
	Landstraßen	=	268,1 km
	Kreisstraßen	=	134,2 km
	Gemeindestraßen	=	970,0 km
	Privatstraßen	=	14,6 km
<u>Gewässer:</u>	Agger	=	9 km
	Dhünn	=	26 km
	Sülz	=	19 km
	Sülzbach	=	13 km
	Wupper	=	18 km
<u>Talsperren:</u>	Diepental-Talsperre	=	0,3 Mio. m ³
	Große Dhünn-Talsperre	=	81,0 Mio. m ³

Auftrag und Gegenstand des Beteiligungsberichts

Im Zuge der Privatisierung öffentlicher Aufgaben haben die Kommunen in den letzten Jahren verstärkt Firmen gegründet, sich an Firmen beteiligt oder Aufgaben an Privatfirmen vertraglich vergeben.

Für die Beteiligungen bzw. Firmengründungen sind der öffentlichen Hand vom Gesetzgeber klare Vorschriften vorgegeben worden. Die Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO) nennt hierzu eine Vielzahl von Bestimmungen und Anforderungen bezüglich der Zulässigkeit, Rechtsformwahl, Sicherungsregelungen, Anzeige- und Informationspflichten.

So darf sich die Gemeinde gemäß § 107 GO NW zur Erfüllung ihrer Aufgaben nur wirtschaftlich betätigen, wenn

- a) ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert,
- b) die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht und
- c) bei einem Tätig werden außerhalb der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telekommunikationsdienstleistungen der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann.

Die wirtschaftliche Betätigung in den Bereichen der Strom-, Gas- und Wärmeversorgung gem. § 107a GO NW dient einem öffentlichen Zweck und ist zulässig, wenn sie nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht.

Gem. § 109 GO sind Unternehmen und Einrichtungen so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Soweit die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird, sollen Unternehmen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen.

Für die Gründung bzw. Beteiligung an einer Gesellschaft, die auf den Betrieb eines Unternehmens bzw. einer Einrichtung in einer Rechtsform des privaten Rechts gerichtet ist, stellt § 108 GO weitere Anforderungen, und zwar muss u.a.

- a) bei Einrichtungen ein wichtiges Interesse der Gemeinde an der Gründung oder der Beteiligung vorliegen,
- b) eine Rechtsform gewählt werden, welche die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag begrenzt,
- c) die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde in einem angemessenen Verhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit stehen,
- d) sichergestellt sein, dass sich die Gemeinde nicht zur Übernahme von Verlusten in unbestimmter oder unangemessener Höhe verpflichtet,
- e) die Gemeinde einen angemessenen Einfluss, insbesondere in einem Überwachungsorgan, erhalten. Dieser Einfluss muss durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder in anderer Weise sichergestellt werden,

- f) das Unternehmen oder die Einrichtung durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut auf den öffentlichen Zweck ausgerichtet sein,
- g) gewährleistet sein, dass bei den Gesellschaften der Jahresabschluss und der Lagebericht, soweit nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, aufgrund des Gesellschaftsvertrages oder der Satzung in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften aufgestellt und ebenso oder in entsprechender Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschrift geprüft werden,
- h) bei Unternehmen und Einrichtungen in Gesellschaftsform, vorbehaltlich weitergehender oder entgegenstehender gesetzlicher Vorschriften, durch Gesellschaftsvertrag oder Satzung gewährleistet sein, dass die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge im Sinne des § 285 Nummer 9 des Handelsgesetzbuches der Mitglieder der Geschäftsführung des Aufsichtsrates, des Beirates oder einer ähnlichen Einrichtung im Anhang zum Jahresabschluss jeweils für jede Personengruppe sowie zusätzlich unter Namensnennung die Bezüge jedes einzelnen Mitglieds dieser Personengruppe unter Aufgliederung nach Komponenten im Sinne des § 285 Nummer 9 Buchstabe a des Handelsgesetzbuches angegeben werden.
- i) gewährleistet sein, dass bei Unternehmen der Telekommunikation einschließlich von Telefondienstleistungen im Gesellschaftsvertrag die unmittelbare oder im Rahmen einer Schachtelbeteiligung die mittelbare Haftung der Gemeinde auf den Anteil der Gemeinde bzw. des kommunalen Unternehmens am Stammkapital beschränkt ist. Zur Wahrnehmung gleicher Wettbewerbschancen darf die Gemeinde für diese Unternehmen weder Kredite nach Maßgabe kommunalwirtschaftlicher Vorzugskonditionen in Anspruch nehmen noch Bürgschaften und Sicherheiten leisten.

Rechtsformen

Die Ausgliederung von kommunalen Aufgaben durch Gründungen von oder Beteiligungen an wirtschaftlichen Unternehmen (Organisationsprivatisierung) führt in der Regel zu einer verminderten Einflussnahme der Politik auf das operationale Geschäft der Gesellschaften. Für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen unternehmerischer Selbständigkeit einerseits und Steuerungsmöglichkeiten der Politik andererseits ist die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) als Rechtsform besonders geeignet. Sie bietet Steuerungsmöglichkeiten über den Gesellschaftervertrag und die Gesellschafterversammlung und gewährleistet am ehesten, dass die Kontrollfunktionen von Politik und Verwaltung auch im Falle verselbständigter Organisationseinheiten soweit wie möglich erhalten bleiben.

Organe

Die Steuerung und Kontrolle der Beteiligungen erfolgt in erster Linie über ihre Organe. Vor dem Hintergrund, dass der Einfluss der jeweiligen Gebietskörperschaft in ihrer Eigenschaft als Eigentümerin oder Mitgesellschafterin gestärkt werden soll, legt § 113 Gemeindeordnung fest, dass sich die Gebietskörperschaften einen angemessenen Einfluss, insbesondere in einem Überwachungsorgan, vertraglich sichern.

Die GmbH bereitet im Hinblick auf die Interessenvertretung keine Probleme. Eingriffsmöglichkeiten auf die Geschäftsführung ergeben sich durch den Katalog zustimmungsbedürftiger Geschäfte. Über die Gesellschafterversammlung wird die

Entscheidungsbefugnis auf die zuständigen Kreisorgane verlagert. Deren Beschlüsse binden die Kreisvertreter bei ihren Stimmabgaben. Die vom Kreistag gewählten Vertreter müssen die Interessen der Kommune verfolgen und haben eine umfassende Informationspflicht. Sie haben den Kreistag über Angelegenheiten von besonderer Bedeutung frühzeitig zu unterrichten. Ihnen erteilte Weisungen sind verbindlich.

Zu den Aufsichtsratsmitgliedern muss der Bürgermeister/Landrat oder ein von ihm vorgeschlagener Beamter oder Angestellter gehören, wenn mehr als ein Mitglied die Kommune vertritt.

Finanzen

Die Entwicklung steuerungsfähiger und kontrollgeeigneter Finanzvorgaben gehört zu den wichtigsten Aufgaben einer Beteiligungspolitik. Für die Beteiligung an wirtschaftlichen Unternehmen fordert die Gemeindeordnung in Verbindung mit dem Haushaltsgrundsätzegesetz mindestens Kostendeckung. Aufgabe in der Beteiligungsverwaltung ist es daher, in Zusammenarbeit mit den Geschäftsführungen der Beteiligungen ein Instrumentarium zu schaffen, dass eine Verbesserung des Beteiligungscontrollings ermöglicht.

Einflussnahme

Mit der wirtschaftlichen Betätigung durch Unternehmensgründungen oder Beteiligungen an rechtlich selbständigen Unternehmen wollen die Gebietskörperschaften in der Regel einen dauernden Einfluss auf die Betriebsführung ausüben. Maßgebliches Ziel ist, Teilhaber des Unternehmens zu werden, um dessen Geschäftspolitik und Wirtschaftsführung zu beeinflussen. Der bloße Erwerb oder das Halten von Anteilen an Unternehmen aus finanziellen und steuerlichen Gründen bewirkt keine unternehmerische Betätigung. Eine echte Beteiligung mit Optionen zur Gestaltung liegt dann vor, wenn sich die öffentliche Hand zu mehr als 25 % beteiligt. Nur so kann verhindert werden, dass entscheidende Gesellschafterbeschlüsse zu Kapitalveränderungen, Zuständigkeiten und Vertretungsregelungen zu Lasten der Gebietskörperschaft gefasst werden.

Beteiligungsmanagement

Zielbestimmend für das Beteiligungsmanagement ist die Beteiligungspolitik, denn diese formuliert die mit der Beteiligung angestrebten Ziele.

Das Beteiligungsmanagement umfasst die Prüfung, ob für die Erledigung einer Aufgabe eine Beteiligung (noch) erforderlich ist, die Vorbereitung der Gründung usw. sowie ggf. die Wahl der Rechtsform. Darüber hinaus beinhaltet das Beteiligungsmanagement u.a. auch die Erarbeitung und Änderung von Gesellschaftsverträgen, Satzungen usw., um sie geänderten kommunalpolitischen Rahmenbedingungen anzupassen.

Hinzu kommt die Überwachung der Einhaltung gesellschaftsrechtlicher, vertraglicher bzw. satzungsmäßiger Pflichten durch die Beteiligung. Zu überwachen sind beispielsweise die Einhaltung von Terminen für die Vorlage der Jahresabschlüsse oder die Einhaltung der Vorschriften bei der Bestellung von Abschlussprüfern.

Weiterer Bestandteil des Beteiligungsmanagements ist die Überwachung des Geschäftsverlaufs der Beteiligung. Diese beinhaltet u.a. die Analyse der Jahresabschlüsse, Geschäftsberichte und Wirtschaftspläne sowie weiterer Berichte und Unterlagen der Beteiligung. Ziel ist es, Fehlentwicklungen im Geschäftsverlauf der Beteiligung frühzeitig zu erkennen, um das investierte Kapital nicht zu gefährden.

Übersicht über die Beteiligungen des Rheinisch-Bergischen Kreises

Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Aktien-Gesellschaft	Kommandit-gesellschaft	Genossenschaft	Verbände/ Einrichtungen/ Gesellschaft bürgerlichen Rechts, AöR, Stiftungen
Rheinisch-Bergisches TechnologieZentrum GmbH 25 %	Kraftverkehr Wupper-Sieg AG 50 %	Radio Berg GmbH & Co. KG 12,5 %	Gemeinnütziger Bauverein Wermelskirchen e.G. 1,23 %	Bergischer Abfallwirtschaftsverband 50 %
Flughafen Köln/Bonn GmbH 0,35 %	RWE AG 0,01 % (im Kämmergeivermögen) 70.860 Stück Stammaktien			Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung in Köln GbR 8,3 %
Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft mbH 32,85 %	RWE AG 1,28 % (im KWS Vermögen) 671.385 Stück Stammaktien			Wasserversorgungsverband Rhein-Wupper 20 %
Krankenhaus Wermelskirchen GmbH 33,33 %	RW-Holding AG über KWS AG 2,31 % (in KWS eingelegt) 671.385 Stück Stammaktien			Zweckverband für die Kreissparkasse Köln 25 %
PBH Papierservice "Britanniahütte" gemeinnützige GmbH 2,89 %				Zweckverband Naturpark Bergisches Land 14,29 %
Regionalverkehr Köln GmbH 12,5 %				Zweckverband VRS 11,11 %
Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH 51 %				CVUA Rheinland 5,833 %
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 1,68 %				Landrat-Lucas-Stiftung 100 %
Naturarena Bergisches Land GmbH 30 %				
Das Bergische gGmbH 45 %				

Bergischer Abfallwirtschaftsverband

1. Allgemeine Unternehmensdaten

Bergischer Abfallwirtschaftsverband
Braunswerth 1-3
51766 Engelskirchen

Telefon: 02263 / 805-0
Telefax: 02263 / 805-520

Internet: www.bavweb.de
E-Mail: mail@bavmail.de

2. Öffentlicher Zweck

Der Bergische Abfallwirtschaftsverband ist ein Abfallentsorgungsverband im Sinne des Abfallgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen und ein Zweckverband nach dem Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit. Er ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Sitz in Engelskirchen.

Der Verband hat die Aufgabe der Abfallentsorgung nach dem Landesabfallgesetz in Verbindung mit dem Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Beseitigung von Abfällen für den Rheinisch-Bergischen und Oberbergischen Kreis, soweit diese den beiden Kreisen obliegen. Hierbei sind die Abfälle in erster Linie zu vermeiden, in zweiter Linie zu verwerten und, soweit sie nicht verwertet werden, dauerhaft von der Kreislaufwirtschaft auszuschließen und zur Wahrung des Wohls der Allgemeinheit zu beseitigen.

Der Verband hat die Aufgabe, das Abfallwirtschaftskonzept gemäß des Landesabfallgesetzes sowie des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes für das Verbandsgebiet zu erstellen.

Zu seinen Aufgaben gehört die umfassende Beratung über die Möglichkeiten der Vermeidung und Verwertung von Abfällen. Die Beratung umfasst auch Abfälle, für die keine Überlassungspflicht besteht oder von der Entsorgungspflicht ausgeschlossen sind. Der Verband kann als beauftragter Dritter Aufgaben wahrnehmen, die den Mitgliedern in ihrer Eigenschaft als Untere Abfallwirtschaftsbehörde obliegen, soweit die Durchführung dieser Aufgaben dem Verband durch die Unteren Abfallwirtschaftsbehörden aufgetragen wird.

Der Verband kann im Rahmen seiner Leistungsfähigkeit von Städten und Gemeinden im Verbandsgebiet Aufgaben im Rahmen der Abfallwirtschaft bzw. Abfallentsorgung (Einsammeln und Befördern) übernehmen, wenn die Aufgabenübernahme sinnvoll erscheint, dem öffentlichen Wohl dienlich ist und den gesetzlichen Vorschriften entspricht.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Das Stammkapital des Verbandes beträgt 5.000.000 €

Mitglieder des Verbandes sind:

Oberbergischer Kreis, Gummersbach
Rheinisch-Bergischer Kreis, Bergisch Gladbach.

4. Organisationsstruktur

Der Verband hat folgende Organe:

- a) Verbandsvorsteher,
- b) Verbandsversammlung.

4.1 Verbandsvorsteher und Geschäftsführung

Der Verbandsvorsteher und sein Stellvertreter werden von der Verbandsversammlung aus dem Kreise der Hauptverwaltungsbeamten gewählt.

Verbandsvorsteher: Herr Hagen Jobi, Landrat Oberbergischer Kreis
Stellv. Verbandsvorsteher: Herr Dr. Hermann-Josef Tebroke,
Landrat Rheinisch-Bergischer Kreis

Der Verbandsvorsteher führt die laufenden Geschäfte. Er hat die Beschlüsse der Verbandsversammlung vorzubereiten und auszuführen. Zur Erfüllung dieser Aufgaben bedient er sich des Geschäftsführers, der für die Erfüllung der Aufgaben gegenüber dem Verbandsvorsteher verantwortlich ist. Der Geschäftsführer tritt an die Stelle des Betriebsleiters nach § 2 EigVO.

Geschäftsführerin: Frau Monika Lichtinghagen-Wirths, Engelskirchen

4.2 Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung besteht aus 18 Vertretern der Verbandsmitglieder. Die Kreise entsenden je 8 Vertreter aus der Mitte der Kreistage sowie als je einen weiteren Vertreter den Landrat oder einen von ihm vorgeschlagenen Beamten oder Angestellten des Kreises, für die Dauer ihrer Wahlzeit.

Die Verbandsversammlung wählt aus ihrer Mitte den Vorsitzenden; in gleicher Weise wählt sie einen Stellvertreter des Vorsitzenden.

Die Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der vorgeschriebenen Vertreter anwesend sind. Beschlüsse der Verbandsversammlung werden mit einfacher Mehrheit der anwesenden Vertreter gefasst. Der Beschluss über die Änderung der Satzung und der Beschluss über das Abfallwirtschaftskonzept bedürfen der Zustimmung von zwei Dritteln der anwesenden Vertreter.

Die Verbandsversammlung setzt sich wie folgt zusammen:

Mitglieder des Oberbergischen Kreises

Dr. Christian Dickschen, Gummersbach

Herr Norbert Heß, Engelskirchen

Jürgen Dreiner-Wirz, Lindlar

Jürgen Marquardt, Gummersbach

Reinhold Müller, Engelskirchen

Gerd Werner, Lindlar

Helmut Schäfer, Engelskirchen

Stellvertretender Vorsitzender

Doris Schuchardt-Kaganietz, Engelskirchen
Günter Stricker, Morsbach

Mitglieder des Rheinisch-Bergischen Kreises

Horst Adler, Bergisch Gladbach

Rainer Bleek, Wermelskirchen

Ulrich Heimann, Bergisch Gladbach

Helga Loepp, Wermelskirchen

Vorsitzende seit 22.06.2012

Udo Klemt, Bergisch Gladbach

Vorsitzender bis 25.05.2012

Dr. Peter Ludemann, Bergisch Gladbach

Harald Wolfert, Burscheid

Klaus-Dieter Ziepke, Leichlingen

Dietmar Virnich, Bergisch Gladbach

5. Wirtschaftliche Daten

Der Jahresabschluss weist einen Jahresüberschuss in Höhe von 1.711 T€ aus, der um 1.323 T€ über dem Planansatz liegt.

Die Umsätze aus der Behandlung von Abfällen erhöhten sich im Geschäftsjahr 2012 um 5,28 % auf 30.979 T€. Diese Erhöhung erklärt sich, da die Mengen insgesamt leicht um 1,68 % zurückgegangen sind, ausschließlich durch die in der Verbandsversammlung am 25.11.2011 beschlossene Gebührenerhöhung (Haus- und Sperrmüll + 2,29 %, Bioabfall + 1,25 %) und die günstige Entwicklung am Altpapiermarkt, die eine Erlössteigerung von 1.049 T€ zuließ.

Im Rahmen der Kalkulation der Gebührenbedarfsberechnung 2012 konnten aus der Überdeckung der Vorjahre 1.622 T€ entnommen werden. Hierdurch wurde der errechnete Gebührenbedarf verringert.

Die sonstigen betrieblichen Erträge von 9.268 T€ beinhalten insbesondere die Inanspruchnahme aus Rückstellungen für die Deponienachsorge (4.405 T€) und Erträge aus dem Verkauf von Deponieraum für die Errichtung des Kegels (334 T€) und für die Anhebung des Ascheaufbereitungsplatzes (168 T€) sowie die Abrechnung der Nachkalkulation der AVEA Gruppe für das Geschäftsjahr 2011 (3.482 T€).

Für 2012 ergab sich keine Überdeckung gemäß § 6 KAG da aufgrund sinkender Zinserträge Zuführungen zur Nachsorgerückstellung in Höhe von 3.600 T€ gebührenrelevant angesetzt werden mussten.

Das Sachanlagevermögen und die immateriellen Vermögensgegenstände vergrößerten sich im Geschäftsjahr 2012 um 1.500 T€. Ursache hierfür waren die Errichtung von Bauwerken und technischen Anlagen im Rahmen der Regionale 2010, die Errichtung einer Sozialcontainereinheit auf dem Standort der Reloga und der Kauf eines Grundstücks für die Errichtung eines Wertstoffhofs in Leichlingen.

Bilanz

Aktiva	31.12.2012 T€	31.12.2011 T€	31.12.2010
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	347	369	453
II. Sachanlagen	23.064	21.542	13.275
III. Finanzanlagen	77.705	71.304	85.304
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	9.673	8.459	10.810
III. Wertpapiere		0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	10.085	17.888	7.887
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	120.874	119.562	117.729

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Stammkapital	5.000	5.000	5.000
II. Allgemeine Rücklage	4.000	4.000	4.000
III. Zweckgebundene Rücklage	6.562	6.072	4.902
IV. Jahresüberschuss	1.711	2.162	3.864
B. Sonderposten für Investitions-Zuschüsse	7.938	7.275	0
C. Rückstellungen	93.593	92.196	96.178
D. Verbindlichkeiten	2.070	2.857	3.785
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	120.874	119.562	117.729

Gewinn- und Verlustrechnung

	2012 T€	2011 T€	2010 T€
Umsatzerlöse	41.827	38.365	35.505
andere aktivierte Eigenleistungen	4	286	407
sonstige betriebliche Erträge	9.268	12.309	11.133
Materialaufwand	40.089	40.993	39.026
Personalaufwand	2.366	2.261	2.260
Abschreibungen	1.073	802	630
sonstige betriebliche Aufwendungen	5.497	5.649	7.129
Erträge aus Beteiligungen	1.675	1.674	2.251
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	2.125	2.365	2.339
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	418	308	721
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4.542	4.114	67
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.750	1.488	3.244
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	36	677	624
Sonstige Steuern	3	- 4	- 4
Jahresüberschuss	1.711	2.161	3.864

Kennzahlen

	Angaben in	2012	2011	2010
Eigenkapitalquote:	%	14,29	14,41	15,09
Umsatzrentabilität:	%	4,09	5,64	10,88
Cash-flow aus lfd. Geschäftstätigkeit:	€	1.177	5.092	- 3.619
Ausschüttung an Gesellschafter:	T€	1.147	1.672	2.694

6. Beschäftigte

Die Anzahl der Mitarbeiter betrug im Jahresdurchschnitt:

Personal	2012	2011	2010
Gewerbliche Arbeitnehmer und Angestellte	39,4	40	40,8

Der Verband zahlte im Geschäftsjahr 2012 insgesamt 1.916.092,58 € an Löhne und Gehälter sowie 449.989,11 T€ an soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung und für Unterstützung.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Zur Deckung des Finanzbedarfs erhebt der Verband Gebühren nach den Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen. Soweit diese Einnahmen nicht ausreichen, kann der Verband von den Verbandsmitgliedern eine Umlage erheben, um seinen Finanzbedarf zu decken. Dies wurde bisher nicht notwendig.

Aus dem für 2012 ausgewiesenen Jahresergebnis wurde eine Ausschüttung in Höhe

von jeweils 573.430,63 € (die ausschließlich aus der gewerblichen Tätigkeit des BAV resultieren) an die Mitglieder vorgenommen.

8. Bewertung

In den vergangenen Jahren wurde auf der Basis der interkommunalen Kooperation eine leistungsstarke kommunale Abfallwirtschaft für das Verbandsgebiet aufgebaut, die eine autarke und umweltorientierte Abfallbehandlung auch unter wechselnden Marktbedingungen langfristig garantiert.

Als unabhängige Institution nimmt der Verband die öffentlich-rechtlichen Pflichten im Dienste der langfristigen Entsorgungssicherheit wahr. Hierzu gehören die Kalkulation der Abfallgebühren, die Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes, die Beratung und Unterstützung der Verbandskommunen bei ihren Entsorgungsaufgaben, die effektive Deponienachsorge in Kombination mit intelligenten Folgenutzungen, die bedarfsgerechte Bündelung kommunaler Aufgaben beim Verband sowie eine unabhängige Abfallberatung.

Insgesamt kann der Bergische Abfallwirtschaftsverband auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2012 mit positivem Ergebnis zurückblicken. Die wirtschaftliche Lage des Verbandes ist solide und das Anlagevermögen des Verbandes ist durch langfristiges Kapital gedeckt.

Auch für das Geschäftsjahr 2013 wird auf Grundlage konstanter bis leicht steigender Gebühreneinnahmen und entsprechender Kostenpositionen, gleichbleibender Pachterlöse sowie Guthabenzinsen aus mittelfristigen Geldanlagen, die bisher noch über der Inflationsrate liegen, ein positives Geschäftsergebnis erwartet.

Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt (CVUA) Rheinland

1. Allgemeine Unternehmensdaten

Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland
Blücherplatz 43
52068 Aachen

Telefon: 0241 / 5102-100
Telefax: 0241 / 505296

E-Mail: poststelle@cvua-rheinland.de
Internet: www.cvua-rheinland.de

2. Öffentlicher Zweck

Im Regierungsbezirk Köln wurde aus dem Fachbereich Chemische Lebensmitteluntersuchung der Stadt Aachen, der Amtlichen Lebensmitteluntersuchung – Leistungszentrum optimierter Laborbetrieb der Stadt Bonn, dem Institut für Lebensmitteluntersuchungen der Stadt Köln und dem Chemischen Untersuchungsinstitut der Stadt Leverkusen eine integrierte Untersuchungsanstalt für Bereiche des Verbraucherschutzes (Untersuchungsanstalt) gebildet und als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts zum 01.01.2011 errichtet.

Die Untersuchungsanstalt führt den Namen „Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland“ (CVUA Rheinland) mit dem Zusatz „Anstalt des öffentlichen Rechts“.

Der Einzugsbereich der Untersuchungsanstalt umfasst den Regierungsbezirk Köln.

Träger der Untersuchungsanstalt sind das Land NRW sowie die Städteregion Aachen, die Städte Aachen, Bonn, Köln, Leverkusen, die Kreise Düren, Euskirchen, Heinsberg, der Oberbergische Kreis, der Rheinisch-Bergische Kreis, der Rhein-Erft-Kreis und der Rhein-Sieg Kreis.

Die Untersuchungsanstalt führt für das Land NRW und für die Kommunen nach Maßgabe der gesetzlichen Regelungen Probenahmen, Untersuchungen und Kontrollen auf dem Gebiet des Lebensmittel- und Futtermittelrechts, der Tierseuchenbekämpfung, der Tiergesundheit und des Tierschutzes durch. Hierzu zählen auch Untersuchungen von kosmetischen Mitteln, Bedarfsgegenständen, Erzeugnissen der Weinwirtschaft sowie Tabakerzeugnissen. Die genannten Tätigkeiten umfassen auch die Erstellung von Gutachten, Beurteilungen und Stellungnahmen, die in diesem Zusammenhang erforderlich sind.

Darüber hinaus kann der Untersuchungsanstalt die Durchführung weiterer Aufgaben durch Rechtsverordnung des Ministeriums oder entsprechenden Beschluss des Verwaltungsrates übertragen werden.

3. Kapital- und Beteiligungsverhältnisse

An dem Stammkapital der Untersuchungsanstalt in Höhe von 300.000,00 € sind beteiligt:

Gesellschafter	Stammeinlage in €	in %
Land NRW	90.000	30
Städteregion Aachen	17.500	5,833
Stadt Aachen	17.500	5,833
Stadt Bonn	17.500	5,833

Stadt Köln	17.500	5,833
Stadt Leverkusen	17.500	5,833
Kreis Düren	17.500	5,833
Kreis Euskirchen	17.500	5,833
Kreis Heinsberg	17.500	5,833
Oberbergischer Kreis	17.500	5,833
Rhein-Erft-Kreis	17.500	5,833
Rhein-Sieg-Kreis	17.500	5,833
Rheinisch-Bergischer Kreis	17.500	5,833

4. Organe der Untersuchungsanstalt

Die Untersuchungsanstalt hat folgende Organe:

- a) der Verwaltungsrat
- b) der Vorstand.

4.1 Verwaltungsrat

Der Verwaltungsrat wird aus 2 Vertreterinnen oder Vertretern des Landes NRW und jeweils einer Vertreterin oder einem Vertreter jeder Kommune gebildet.

Die Vertretung des Landes NRW hat insgesamt 5 Stimmen. Jede Vertreterin oder jeder Vertreter einer Kommune hat eine Stimme.

Den Vorsitz führt eine Vertreterin oder ein Vertreter der Kommunen. Der Vorsitz und die Stellvertretung werden vom Verwaltungsrat mit einfacher Mehrheit gewählt.

Der Verwaltungsrat überwacht u.a. die Geschäftsführung des Vorstandes sowie die Durchführung seiner Beschlüsse. Er ist beschlussfähig, wenn er ordnungsgemäß geladen worden ist und mehr als die Hälfte der Stimmen vertreten sind und die oder der Vorsitzende oder ihre oder seine Stellvertretung anwesend ist.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wird im Verwaltungsrat durch Herrn Dezernent Ferdinand Schönenborn vertreten.

4.2 Vorstand

Die Untersuchungsanstalt wird vom Vorstand geleitet. Er führt die laufenden Geschäfte der Untersuchungsanstalt in eigener Verantwortung. Er ist für alle Angelegenheiten zuständig, die nicht durch Gesetz oder Satzung dem Verwaltungsrat zugewiesen sind. Er vertritt die Untersuchungsanstalt gerichtlich und außergerichtlich.

Der Vorstand besteht aus einer oder einem Vorstandsvorsitzenden und mindestens einem weiteren Vorstandsmitglied.

Der Leiter des Fachbereichs Chemische Lebensmitteluntersuchung der Stadt Aachen wurde zum Vorstandsvorsitzenden, die Leiterin des Chemischen Untersuchungsinstituts der Stadt Leverkusen zum weiteren Vorstandsmitglied bestellt.

Der Vorstand setzt sich wie folgt zusammen:

Herr Dr. Gerhard Löhr	(Aachen)
Frau Dagmar Pauly-Mundegar	(Leverkusen)

5. Wirtschaftliche Daten

Zum Bilanzstichtag belief sich der Bestand an liquiden Mitteln, incl. kurzfristiger Wertpapiere auf 4.356 T€. Die Mittel waren überwiegend als Termingelder angelegt. Die Bilanzsumme erhöhte sich gegenüber der Vorjahresbilanz von 9.222 T€ auf 11.511 T€. Die Veränderungen auf der Aktivseite ergaben sich im Wesentlichen aus dem Bestand an Guthaben bei der Sparkasse Köln-Bonn. Auf der Passivseite ergab sich die Bilanzveränderung im Wesentlichen aus der Zunahme des Eigenkapitals, der Rückstellungen und der Verbindlichkeiten. Im Geschäftsjahr 2012 wurden 207 T€ in neue Laborgeräte investiert. Die nicht vorgesehene Beschaffung des NIR-Gerätes wurde vom Verwaltungsrat per Umlaufbeschluss genehmigt. Von den rd. 3.000 Wirtschaftsgütern (ohne GWG) sind etwa zwei Drittel bereits abgeschrieben. Die Investitionsquote betrug 76 %.

Bilanz

Aktiva	31.12.2012 T€	31.12.2011 T€
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	23	15
II. Sachanlagen	1.003	1.069
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	47	40
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	5.662	5.757
III. Wertpapiere	300	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	4.356	2.284
C. Rechnungsabgrenzungsposten	120	57
Bilanzsumme	11.511	9.222

Passiva		
A. Eigenkapital		
I. Stammkapital	300	300
II. Gewinnrücklage	607	179
III. Bilanzgewinn	1.258	385
B. Rückstellungen	8.504	8.155
C. Verbindlichkeiten	627	106
D. Rechnungsabgrenzungsposten	215	97
Bilanzsumme	11.511	9.222

Gewinn- und Verlustrechnung

	2012 T€	2011 T€
Umsatzerlöse	9.427	9.405
sonstige betriebliche Erträge	143	195
Materialaufwand	1.431	1.414
Personalaufwand	5.020	5.133
Abschreibungen	263	304
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.401	1.531
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	20	238
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	175	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.300	1.456
Sonstige Steuern	0	1
Jahresüberschuss	1.300	1.455
Ausgleich der unterdotierten Kapitalrücklage aus Gründung	0	891
Einstellungen in Gewinnrücklagen	43	179
Bilanzgewinn	1.258	385

Kennzahlen

	Angaben in	2012	2011
Eigenkapitalquote:	%	18,8	9,4
cash-flow aus lfd. Geschäftstätigkeit:	T€	2.589	2.093
EBIT:	T€	1.455	1.218
Anlagenintensität:	%	8,9	11,8

6. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Neben seiner Beteiligung am Stammkapital in Höhe von 17.500,00 € zahlt der Rheinisch-Bergische Kreis, wie auch die anderen kommunalen Träger sowie das Land NRW, ein Entgelt für die Leistungen der Untersuchungsanstalt.

Das auf den Rheinisch-Bergischen Kreis entfallende Entgelt belief sich für das Geschäftsjahr 2012 auf 1,48 € pro Einwohner (409.301,40 €).

7. Bewertung

Das Land NRW hat im Jahre 2007 mit dem Gesetz zur Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes die Ermächtigung zur Zusammenführung von kommunalen und staatlichen Untersuchungseinrichtungen geschaffen. Ziel des Gesetzes ist die Bildung effizienter, qualitativ homogener und leistungsstarker Untersuchungsämter für die Bereiche des Verbraucherschutzes in NRW. Ein von der Landesregierung in Auftrag gegebenes Gutachten sieht die optimale Zahl in maximal einer Untersuchungseinrichtung je Regierungsbezirk.

Neben diesem politischen Willen zur Gründung der integrierten Untersuchungsanstalten besteht auch die Notwendigkeit die immer komplexer und aufwendiger werdenden Untersuchungen in einer Untersuchungsanstalt zu bündeln und dadurch Synergieeffekte zu nutzen, um zukünftig für die Nutzer kostengünstig arbeiten zu können. Vor diesem Hintergrund wurde daher beschlossen, ein gemeinsames Untersuchungsamt Rheinland zu gründen.

Durch die Beteiligung am CVUA Rheinland hat der Rheinisch-Bergische Kreis zukünftig die Möglichkeit, auf die Geschäftsführung und somit auch auf die Gebührentarife und die Entgelte für den Kreis als Leistungsnehmer direkten Einfluss zu nehmen.

Das Bergische gGmbH

1. Allgemeine Unternehmensdaten

Das Bergische gGmbH
Eichenhofstraße 31
51789 Lindlar

Telefon: 02266 / 463370
Telefax: 02266 / 4633737

2. Öffentlicher Zweck

Die Gesellschaft wurde im Juli 2009 vom Oberbergischen Kreis, dem Rheinisch-Bergischen Kreis sowie dem Zweckverband Naturpark Bergisches Land gegründet. Eingetragen ist sie unter HRB 66497 im Handelsregister des Amtsgerichtes Köln. Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung des Heimatbewusstseins sowie Schutz und Ausbau der natur-, landschafts- und kulturhistorischen Besonderheiten im Zuständigkeitsbereich des Naturparks Bergisches Land.

Der Gegenstand des Unternehmens wird verwirklicht durch infrastrukturelle Verbesserungen, insbesondere durch eine Inwertsetzung und Erweiterung der vorhandenen Freizeit- und Naherholungsangebote in der bergischen Kulturlandschaft. Dabei sollen eine behutsame und bildungsorientierte Entwicklung der touristischen Angebotsstruktur und deren Bekanntmachung sowohl der Identitätsstiftung der Bevölkerung dienen als auch die Funktion des Naturparks als überregionales Erholungsgebiet stärken.

Die Gesellschaft ist berechtigt, Geschäfte aller Art zu tätigen, die dem Zweck der Gesellschaft dienen, und sämtliche Handlungen vorzunehmen, die sich unmittelbar oder mittelbar auf den Gegenstand des Unternehmens beziehen oder geeignet sind, die Unternehmungen der Gesellschaft zu fördern.

3. Kapital- und Beteiligungsverhältnisse

An dem Stammkapital der Gesellschaft in Höhe von 25.000,00 € sind beteiligt:

Gesellschafter	Stammeinlage in €	in %
Oberbergischer Kreis	11.250,00	45
Rheinisch-Bergischer Kreis	11.250,00	45
Zweckverband Naturpark Bergisches Land	2.500,00	10

4. Organe der Gesellschaft

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) die Geschäftsführung
- b) die Gesellschafterversammlung.

4.1 Geschäftsführung

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt er die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft von zwei Geschäftsführern oder von einem Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten.

Geschäftsführer der Gesellschaft ist Herr Mathias Derlin.

4.2 Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlungen werden von den Geschäftsführern einberufen, so oft dies im Interesse der Gesellschaft erforderlich erscheint, mindestens aber zweimal jährlich. Bei mehreren Geschäftsführern ist jeder alleine einberufungsberechtigt. Jeder Gesellschafter kann in die Gesellschafterversammlung bis zu drei Personen als ständige Mitglieder entsenden. Eine Stellvertretung ist möglich. Gesellschafterbeschlüsse werden, sofern sich nicht aus dem Gesetz oder aus dem Gesellschaftsvertrag etwas anderes ergibt, mit einfacher Mehrheit aller Stimmen gefasst. Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn von jedem Gesellschafter ein ständiges Mitglied anwesend oder vertreten ist. Andernfalls ist mit 2-wöchiger Frist eine zweite Gesellschafterversammlung einzuberufen, die ohne Rücksicht auf die Anzahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig ist. In der erneuten Einladung ist auf diese Rechtsfolge hinzuweisen. Das Stimmrecht der Gesellschafter richtet sich nach der Höhe ihrer Geschäftsanteile. Je 50,00 € des Stammkapitals gewähren eine Stimme. Jeder Gesellschafter kann die auf ihn entfallenden Stimmen nur einheitlich abgeben.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wird in der Gesellschafterversammlung durch folgende Personen vertreten:

<u>Ordentliches Mitglied</u>	<u>Stellvertreter</u>
Heutz, Ulrich	Prinz zu Sayn-Wittgenstein, Hubertus
Schäfer Lenore	Musiala, Peter
Dr. Werdel, Erik	Wilhelm, Gabi

5. Wirtschaftliche Daten

Die Gesellschaft erzielte im Zeitraum Januar bis Dezember 2012 bei einer Gesamtleistung von 407,9 T€ und Betriebsaufwendungen von 590,7 T€ ein Betriebsergebnis von – 182,8 T€. Nach Verrechnung des neutralen Ergebnisses ergab sich ein Jahresfehlbetrag von – 215,0 T€.

Die Eigenkapitalquote lag bei 59,7 %. Das Anlagevermögen war zu mehr als 66,6 % durch Eigenkapital gedeckt.

Zum Ende des Geschäftsjahres 2012 betrug der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit – 77,3 T€. Unter Berücksichtigung des Cashflow aus Investitionstätigkeit (- 241,9 T€) und des Cashflow aus Finanzierungstätigkeit (41,2 T€) ergab sich im Geschäftsjahr 2012 eine zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes um – 278,0 T€.

Bilanz

Aktiva	31.12.2012 T€	31.12.2011 T€	31.12.2010 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	153	111	13
II. Sachanlagen	170	13	6
III. Finanzanlagen	0	0	0
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0	0	0
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
II. stände	31	54	12
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	2	280	267
C. Rechnungsabgrenzungsposten	4	0	0
Bilanzsumme	360	458	298

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	25	25	25
II. Kapitalrücklage	190	405	249
III. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0	0	0
IV. Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0
B. Rückstellungen	118	8	5
C. Verbindlichkeiten	27	20	19
Bilanzsumme	360	458	298

Gewinn- und Verlustrechnung

	2012 T€	2011 T€	2010 T€
Umsatzerlöse	0	0	0
sonstige betriebliche Erträge	407	206	143
Materialaufwand	0	0	0
Personalaufwand	185	166	163
Abschreibungen	42	8	3
sonstige betriebliche Aufwendungen	395	53	29
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	1	1
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	- 215	- 20	- 51
Sonstige Steuern	0	0	0
Jahresfehlbetrag	- 215	- 20	- 51
Entnahmen aus der Kapitalrücklage	215	20	51
Bilanzgewinn	0	0	0

Kennzahlen

	Angaben in	2012	2011	2010
Eigenkapitalquote:	%	59,7	93,8	91,8
cash-flow aus lfd. Geschäftstätigkeit:	T€	- 77,3	- 15,4	- 43,6
EBIT:	T€		- 19	- 51

6. Beschäftigte

Personal	2012	2011	2010
Angestellte	4	4	4

Im Geschäftsjahr 2012 beschäftigte die Gesellschaft durchschnittlich 4 Mitarbeiter. Die Personalkosten der Gesellschaft beliefen sich im Geschäftsjahr 2012 auf insgesamt 185.497,51 €. Davon entfielen 156.074,10 € auf Löhne und Gehälter sowie 29.423,41 € auf soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Neben seiner Beteiligung am Stammkapital in Höhe von 11.250,00 € hat sich der Rheinisch-Bergische Kreis gem. Gesellschaftsvertrag verpflichtet, für das durch die Gesellschaft durchgeführte Projekt „Wege durch die Zeiten“ einen maximalen Zuschuss in Höhe von 210.000 € zu leisten. Die Auszahlung des Zuschusses erfolgte in drei jährlichen Raten in Höhe von jeweils 70.000 €.

Zuschüsse an die Gesellschaft nach Abschluss des Projektes „Wege durch die Zeiten“ sind gesondert zu verhandeln.

8. Bewertung

Das Geschäftsjahr 2012 war für die Gesellschaft mit Blick auf die beiden Fernwanderwege ein weiteres schwieriges Jahr, aber mit Blick auf die Fortschritte und

die Wegeeröffnungen bei den Streifzügen ein sehr erfolgreiches Jahr.

Die Schwerpunkte der Arbeit 2012 waren weiterhin die Koordination und Abstimmung der geplanten Wanderwege, aber ab April 2012 auch die Umsetzung, Wegeeröffnungen und Vermarktung der neuen Wanderwege.

Durch eine massive Wegeverlaufsänderung im Mai 2012 in Wuppertal mussten 60 km vom Bergischen Weg um- und neugeplant werden. Dies führte zu erheblichen Verzögerungen. Beide Fernwanderwege konnten in 2012 nicht eröffnet werden, da die Beteiligungs- und Genehmigungsfragen unerwartet große Schwierigkeiten bereiteten. Im Verlaufe des Jahres fanden etliche Termine mit Verbandsvertretern sowie Grundstückseigentümern statt, um die Wegeverläufe zu klären. Auch in den Landschaftsbeiräten wurde das Projekt kontrovers diskutiert.

Die Wegeabstimmung konnte im Geschäftsjahr 2012 nicht vollständig abgeschlossen werden, was eine nochmalige Projektverlängerung zur Folge hatte. Alle weiteren Maßnahmen sind zwangsläufig an konkrete Wegeverläufe gebunden und wurden entsprechend mit verschoben.

Das Jahr 2013 steht im Zeichen weiterer Wegeeröffnungen und weiterer Markteinführung. Die meisten Wege werden vor den Sommerferien 2013 eröffnet sein, einige wenige Wege werden erst im September eröffnet. Die Bestandserfassung zur Wegezertifizierung wird im ersten Halbjahr abgeschlossen und die Zertifizierung dann hoffentlich erreicht sein.

Am 11.04.2013 wurde beim Land NRW eine Erhöhung der Fördersumme um die zu erwartenden Mehrwertsteuerrückzahlung sowie die Umstellung auf Bruttoförderung beantragt. Im Falle eines positiven Bescheides wurde eine weitere Projektverlängerung beantragt, da sonst diese neue Mittel nicht sinnvoll ausgeschöpft werden könnten.

Flughafen Köln/Bonn GmbH**1. Allgemeine Unternehmensdaten**

Flughafen Köln/Bonn GmbH
Postfach 98 01 20
51129 Köln

Telefon: 02203 / 40-0
E-Mail: info@koeln-bonn-airport.de
Internet: www.koeln-bonn-airport.de

2. Öffentlicher Zweck

Die Gesellschaft wurde am 08.12.1950 gegründet und ist im Handelsregister des Amtsgerichtes Köln, HRB 226, eingetragen. Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft umfasst den Betrieb und den Ausbau des Verkehrsflughafens Köln/Bonn - Konrad Adenauer, einschließlich der Versorgung Dritter mit elektrischer Energie auf dem Gebiet des Flughafens sowie die Durchführung aller damit verbundenen Nebengeschäfte. Die Gesellschaft kann sich zur Förderung des Unternehmensgegenstandes auch an anderen Gesellschaften, deren Haftung beschränkt ist, beteiligen. Des Weiteren kann sie derartige Gesellschaften auch selbst errichten oder erwerben.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 10.821.000 €.
Es ergeben sich folgende Beteiligungsverhältnisse:

Gesellschafter	Stammeinlage in €	in %
Stadt Köln	3.367.000	31,12
Bundesrepublik Deutschland	3.348.000	30,94
Beteiligungsverwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein-Westfalen mbH (BVG)	3.348.000	30,94
Stadtwerke Bonn GmbH	656.000	6,06
Rhein-Sieg Kreis	64.000	0,59
Rheinisch-Bergischer Kreis	38.000	0,35

Mit seinem Stimmanteil von 0,35 % gehört der Rheinisch-Bergische Kreis neben der Stadt Bonn und dem Rhein-Sieg Kreis zu den „kleinen“ Gesellschaftern der Flughafen Köln/Bonn GmbH. Diese stellen im zweijährigen Wechsel ein Mitglied für den Aufsichtsrat der Flughafengesellschaft. Die Vertretung der drei "kleinen" Gesellschafter nimmt seit Mitte Juni 2011 für 2 Jahre der Rheinisch-Bergische Kreis, vertreten durch Herrn Kreistagsabgeordneten Eduard Wolf, wahr.

4. Organe

Die Flughafen Köln/Bonn GmbH hat folgende Organe:

- a) die Gesellschafterversammlung,
- b) den Aufsichtsrat,
- c) die Geschäftsführung.

4.1 Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlungen finden mindestens zweimal im Kalenderjahr statt. In der Gesellschafterversammlung gewähren je 500 € Stammeinlage eine Stimme. Die Gesellschafterversammlung ist nur beschlussfähig, wenn 75 vom Hundert des Stammkapitals vertreten sind. Erweist sich eine Gesellschafterversammlung als nicht beschlussfähig, so ist innerhalb von vier Wochen mit der gleichen Frist und der gleichen Tagesordnung eine neue Versammlung einzuberufen; diese Versammlung ist ohne Rücksicht auf das vertretene Stammkapital beschlussfähig. Beschlüsse werden in der Regel mit Stimmenmehrheit gefasst. Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt. Der Rheinisch-Bergische Kreis wird in der Gesellschafterversammlung durch Herrn Kreistagsabgeordneten Dr. Wolfgang Beckers-Schwarz vertreten. Sein Stellvertreter ist Herr Kreistagsabgeordneter Hans-Peter Eichner.

4.2 Aufsichtsrat

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der aus fünfzehn Mitgliedern besteht. Der Aufsichtsrat setzt sich aus zehn Vertretern der Gesellschafter und fünf Vertretern der Arbeitnehmer zusammen. Den Gesellschaftern Bundesrepublik Deutschland, Beteiligungsverwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein-Westfalen mbH und Stadt Köln stehen paritätisch je drei Sitze, den übrigen Gesellschaftern zusammen ein Sitz im Aufsichtsrat zu. Die Aufsichtsratsmitglieder werden von der Gesellschafterversammlung gewählt, soweit sie nicht als Vertreter der Arbeitnehmer nach § 4 Drittelbeteiligungsgesetz zu wählen sind. Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn alle Mitglieder geladen und mehr als die Hälfte der Mitglieder, darunter der Vorsitzende des Aufsichtsrats oder einer seiner Stellvertreter, an der Beschlussfassung teilnehmen. Der Aufsichtsrat beschließt mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen, sofern nicht durch Gesetz oder Gesellschaftsvertrag ausdrücklich etwas anderes bestimmt wird. Bei Stimmengleichheit gilt der zur Beschlussfassung gestellte Antrag als abgelehnt.

Der Aufsichtsrat setzte sich wie folgt zusammen:

Dr. Volker Hauff, Bundesminister a.D. Land Nordrhein-Westfalen	Vorsitzender
Hans-Dieter Metzen, Angestellter FKB Arbeitnehmervertreter	1. stellvertretender Vorsitzender
Jochen Ott, Oberstudienrat a.D. Stadt Köln	2. stellvertretender Vorsitzender
Michael Odenwald, Ministerialdirektor Bundesrepublik Deutschland (bis 15.11.2012)	3. stellvertretender Vorsitzender
Dr. Martina Hinricher, Ministerialdirektor Bundesrepublik Deutschland	3. stellvertretender Vorsitzender

(seit 19.11.2012)
Gunther Adler, Staatssekretär
Land Nordrhein-Westfalen
(seit 15.09.2012)

Nuretdin Aydin, Oberlader FKB
Arbeitnehmersvertreter

Bernhard Braun, Angestellter FKB
Arbeitnehmersvertreter

Winrich Granitzka, Unternehmensberater
Stadt Köln

Dr. Günther Horzetzky, Staatssekretär
Land Nordrhein-Westfalen
(bis 15.09.2012)

Waltraud Mayer, Angestellte FKB
Arbeitnehmersvertreterin

Dr. Rüdiger Messal, Staatssekretär
Land Nordrhein-Westfalen

Gerold Reichle, Ministerialdirektor
Bundesrepublik Deutschland

Jürgen Roters, Oberbürgermeister
Stadt Köln

Petra von Wick, Ministerialrätin
Bundesrepublik Deutschland

Karl-Heinz Wildschrei, Angestellter FKB
Arbeitnehmersvertreter

Eduard Wolf, Angestellter
Rheinisch-Bergischer Kreis

4.3 Geschäftsführung

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, kann der Aufsichtsrat einen davon zum Vorsitzenden der Geschäftsführung berufen und abberufen. Die Geschäftsführer werden auf höchstens fünf Jahre bestellt. Ihre wiederholte Bestellung für jeweils weitere höchstens fünf Jahre ist zulässig. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, wird die Gesellschaft durch diesen vertreten. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten.

In der Geschäftsführung sind tätig:

Michael Garvens, Bergisch Gladbach, Kaufmännischer Geschäftsführer
(Vorsitzender der Geschäftsführung)

Athanasios Titonis, Bonn, Technischer Geschäftsführer

5. Wirtschaftliche Daten

Insgesamt gesehen verlief die Verkehrsentwicklung auf dem Flughafen Köln/Bonn mit 1,8 % negativ, jedoch nicht einheitlich bei allen Verkehrsarten. Rund 9,3 Mio. Passagiere bedeuteten ein Minus von 3,6 % im Vergleich zum Vorjahr. Der Bundesdurchschnitt lag 2012 bei + 1,1 %. Kompensiert wurden die Passagierverluste durch das Anwachsen des Frachtvolumens um 1,2 %. Der Durchschnitt des Frachturnschlags an den deutschen Verkehrsflughäfen lag bei – 2,8 %.

Die Zahl der Flugzeugbewegungen nahm um 4,3 % (Bundesdurchschnitt – 2,9 %) ab, wobei sich das maximale Startgewicht nur um 2 % verringerte. Der Anteil der Low-Cost-Airlines am Passagieraufkommen betrug 74 % (Vorjahr 70 %).

Im liberalisierten Markt der Bodenverkehrsdienstleistungen hielt die Flughafengesellschaft einen Marktanteil von 77,2 % (Vorjahr 75,4 %).

Im Geschäftsjahr 2012 reduzierten sich die Umsatzerlöse um 2,4 % auf 265,0 Mio. €. Davon entfielen 65,4 % auf Flughafengebühren und Bodenverkehrsdienste, 32,4 % auf Mieten, Pachten und Versorgungsleistungen und 2,2 % auf übrige Erträge.

Der Materialaufwand reduzierte sich um 3,6 % auf 81,3 Mio. €, während aufgrund des hohen Tarifabschlusses im Öffentlichen Dienst und des Sondertarifabschlusses für die Feuerwehr die Personalkosten um 6,5 % auf 106,7 Mio. € stiegen.

Die Flughafengesellschaft investierte im Geschäftsjahr 2012 insgesamt 24,4 Mio. €. Rund 5,3 Mio. € wurden in die Terminals 1 und 2 sowie die Enteisungsanlage und Remisen, 7,3 Mio. € in Betriebsanlagen und 6,7 Mio. € in Fahrzeuge und Geräte sowie in Software und Betriebs- und Geschäftsausstattung investiert.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten betrugen am Bilanzstichtag 314,0 Mio. € und bei anderen Kreditgebern 22,5 Mio. €. Alle Darlehen wurden planmäßig getilgt. Ausreichend Liquidität war zu jedem Zeitpunkt des Geschäftsjahres gegeben. Die Darlehen wurden um 18,9 Mio. € zurückgeführt.

Bilanz

Aktiva	31.12.2012 T€	31.12.2011 T€	31.12.2010 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	9.621	8.641	8.485
II. Sachanlagen	708.584	722.739	734.764
III. Finanzanlagen	860	897	1.018
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	3.240	3.571	2.421
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	22.029	23.697	19.713
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	1.397	431	601
C. Rechnungsabgrenzungsposten	598	557	312
Bilanzsumme	746.329	760.533	767.314

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	10.821	10.821	10.821
II. Kapitalrücklagen	82.733	82.733	82.733
III. Gewinnrücklagen	161.034	151.021	145.645
IV. Jahresüberschuss	4.008	10.013	5.376
B. Rückstellungen	43.895	48.193	53.293
C. Verbindlichkeiten	363.057	379.416	397.627
D. Rechnungsabgrenzungsposten	1.889	1.922	1.887
E. Passive latente Steuern	78.892	76.414	69.932
Bilanzsumme	746.329	760.533	767.314

Gewinn- und Verlustrechnung

	2012 T€	2011 T€	2010 T€
Umsatzerlöse	264.984	271.536	270.088
andere aktivierte Eigenleistungen	1.881	1.284	1.720
sonstige betriebliche Erträge	4.275	9.146	4.199
Materialaufwand	81.313	84.324	93.101
Personalaufwand	106.700	100.160	99.674
Abschreibungen	34.870	33.269	34.254
sonstige betriebliche Aufwendungen	23.507	26.002	23.908
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	17	19	21
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	382	61	435
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	15.613	17.111	16.660
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	9.536	21.180	8.866
außerordentliche Erträge	0	0	17.363
außerordentliche Aufwendungen	0	0	5.745
Steuern vom Ertrag	2.722	7.956	2.336
Sonstige Steuern	2.806	3.212	3.111
Jahresfehlbetrag/-überschuss	4.008	10.012	15.037

Kennzahlen

	Angaben in	2012	2011	2010
Eigenkapitalquote:	%	34,6	33,5	31,9
Investitionsquote:	%	70,0	75,9	91,7
Umsatzrentabilität:	%	1,5	3,7	5,5
Eigenkapitalrentabilität:	%	1,5	3,9	6,1
cash-flow aus lfd. Geschäftstätigkeit:	T€	43.922	40.772	48.965
Anlageinvestitionen (ohne Finanzanlagen)	T€	24.404	25.249	31.398
Flugzeugbewegungen	Anzahl	125.337	130.926	134.323
Fluggäste (inkl. Transit)	Anzahl	9.281.703	9.625.483	9.851.692
Fracht und Post (inkl. Transit)	Tonnen	751.183	742.347	656.120

6. Beschäftigte

Die Zahl der im Geschäftsjahr durchschnittlich beschäftigten Mitarbeiter betrug:

2012	2011	2010
1.804	1.785	1.780

Die Gesellschaft zahlte im Geschäftsjahr 2012 rd. 83.856 T€ an Löhne und Gehälter sowie 22.844 T€ an soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung und für Unterstützung.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Der Kreis ist entsprechend seiner Stammeinlage am Gewinn und Verlust der Flughafen Köln/Bonn GmbH beteiligt.

8. Bewertung

Elf Jahre nach Gründung der Flughafen Köln/Bonn GmbH beschloss der Kreistag im Februar 1961 den Beitritt des Rheinisch-Bergischen Kreises. Dieser Entscheidung gingen jahrelange kontroverse Diskussionen über den Wert und Nutzen sowie das finanzielle Risiko einer Flughafenbeteiligung voraus. Die verhältnismäßig geringe Beteiligung und ihre wertmäßige Begrenzung zeigt, dass es dem Rheinisch-Bergischen Kreis bei seinem Engagement am Flughafen weniger um die Finanzierung seines Ausbaus oder um Gewinninteressen als vielmehr um die Mitsprache bei kreisrelevanten Entscheidungen geht. Damals wie heute gilt der Leitgedanke, dass auf der Basis der Beteiligung eine Koordinierung der Interessen des Flughafens und der umliegenden örtlichen Gemeinwesen am leichtesten und sinnvollsten zu erreichen ist. Die Flughafen Köln/Bonn GmbH geht davon aus, dass die 2008 durch das Landesministerium bis zum Jahr 2030 verlängerte Betriebsgenehmigung für Nachtflüge weiterhin seine Gültigkeit behalten wird.

Die durch die Landesregierung beabsichtigte Einführung des Nachtflugverbotes zwischen 0.00 Uhr und 5.00 Uhr für Passagierflüge lehnte der Bundesverkehrsminister ab. Somit bleibt der 24-Stunden-Betrieb weiterhin in vollem Umfang bestehen. Die Betriebsgenehmigung bis 2030 sichert sowohl der Flughafengesellschaft als auch den Flughafenutzern eine hohe Planungs- und Investitionssicherheit.

Da der Flughafen über ein komfortables System mit drei Start- und Landebahnen, darunter eine Interkontinentalbahn, sowie über ein großzügiges Terminal- und Frachthallenangebot verfügt, kann er jederzeit weitere Verkehrszuwächse aufnehmen. Ergänzt wird die hervorragende Infrastruktur durch das integrierte Autobahn- und Schienennetz. Dies begünstigt sowohl die Entwicklung des Frachtverkehrs als auch die des Passagierverkehrs, was insbesondere dem Dienstleistungs- und Produktionsgewerbe zu Gute kommt.

Um auch zukünftiges Verkehrswachstum abwickeln zu können, wird die Flughafengesellschaft in 2013 ca. 45 Mio. € investieren. Als bedeutendste Maßnahme ist hier der Neubau bzw. die Erweiterung der Germanwings-Hauptverwaltung zu nennen.

Für das Geschäftsjahr 2013 geht die Flughafengesellschaft von einem positiven Ergebnis und in der Folgezeit von weiterem Verkehrswachstum und von einer stabilen Ergebnisentwicklung aus.

Gemeinnütziger Bauverein Wermelskirchen e.G.**1. Allgemeine Unternehmensdaten**

Gemeinnütziger Bauverein Wermelskirchen e.G.
Hilfringhauser Straße 4
42929 Wermelskirchen

Telefon: 02196 / 2924
Telefax: 02196 / 4735

Internet: www.bauverein-wermelskirchen.de
E-Mail: mail@bauverein-wermelskirchen.de

2. Öffentlicher Zweck

Die Genossenschaft wurde am 13.07.1950 gegründet.

Zweck der Genossenschaft ist die Förderung ihrer Mitglieder vorrangig durch eine gute, sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung (gemeinnütziger Zweck).

Die Genossenschaft kann Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen bewirtschaften, errichten, erwerben und betreuen. Sie kann alle im Bereich der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen. Hierzu gehören Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Räume für Gewerbebetriebe, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen.

Die Genossenschaft ist im Genossenschaftsregister des Amtsgerichts Köln unter der Nr. 737 eingetragen.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Der Genossenschaft gehören zum 31.12.2012 insgesamt 778 Mitglieder mit 1.541 Anteilen zu je 410 € an. Die Einzahlungen auf den/die Geschäftsanteil/e, vermehrt um zugeschriebene Gewinnanteile, vermindert um abgeschriebene Verlustanteile, bilden das Geschäftsguthaben des Mitgliedes. Das Geschäftskapital betrug im Berichtsjahr 631.400,00 €. Der Rheinisch-Bergische Kreis ist seit seinem Beitritt mit 16 Anteilen in Höhe von 6.560 € beteiligt.

4. Organe

Die Genossenschaft hat folgende Organe:

- a) den Vorstand,
- b) den Aufsichtsrat,
- c) die Mitgliederversammlung.

4.1 Vorstand

Der Vorstand besteht mindestens aus 3 Personen. Sie müssen Mitglieder der Genossenschaft sein.

Die Vorstandsmitglieder werden vom Aufsichtsrat auf die Dauer von 5 Jahren bestellt. Ihre Wiederwahl ist zulässig.

Der Vorstand leitet die Genossenschaft unter eigener Verantwortung. Die Genossenschaft wird vertreten durch ein Vorstandsmitglied in Gemeinschaft mit einem anderen Vorstandsmitglied oder in Gemeinschaft mit einem Prokuristen.

Der Vorstand setzt sich wie folgt zusammen:

Werner Geismann, Verbandsprüfer
Ulrich Mahlkow, Kommunalbeamter
Andreas Weger, Rechtsanwalt

Der Rheinisch-Bergische Kreis ist im Vorstand nicht vertreten.

4.2 Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus mindestens drei Mitgliedern. Die Mitgliederversammlung kann eine höhere Zahl festsetzen. Die Mitglieder des Aufsichtsrates müssen persönlich Mitglied der Genossenschaft sein. Die Aufsichtsratsmitglieder werden von der Mitgliederversammlung für drei Jahre gewählt. Wahl bzw. Wiederwahl können nur vor Vollendung des 72. Lebensjahres erfolgen.

Der Aufsichtsrat setzt sich wie folgt zusammen:

Michael Garnich, Geschäftsführer	Vorsitzender
Rudolf Großmann, Freiformschmied	stellvertretender Vorsitzender
Ralf Hoppe, Rentner	(bis 13.09.2012)
Sylvia Schleuß, Steuerfachgehilfin	
Rosemarie Wuppermann, Rentnerin	
Sven von Domaros, Koch	

Der Rheinisch-Bergische Kreis ist im Aufsichtsrat nicht vertreten.

4.3 Mitgliederversammlung

In der Mitgliederversammlung hat jedes Mitglied eine Stimme. Das Mitglied soll sein Stimmrecht persönlich ausüben. Die Mitgliederversammlung wird in der Regel vom Vorsitzenden des Aufsichtsrates einberufen. Die ordentliche Mitgliederversammlung hat in den ersten sechs Monaten des Geschäftsjahres stattzufinden.

5. Wirtschaftliche Daten

Die Bilanz wies zum 31.12.2012 insgesamt einen Gewinn von 19.264,13 € aus und schloss mit einer Gesamtsumme von 13.499.583,22 €.

Das Betriebsergebnis verbesserte sich im Vergleich zum Vorjahr um 237 T€.

Bei einer Erhöhung der Betriebsleistung um 88 T€ verringerten sich die Aufwendungen für die Betriebsleistung hauptsächlich bedingt durch geringere Aufwendungen für die Hausbewirtschaftung (Instandhaltungskosten) und Abschreibungen um insgesamt 149 T€. Das positive Beteiligungs- und Finanzergebnis von 19 T€ verringerte sich um 13 T€ und beinhaltete Zinserträge und Dividenden.

Im Berichtsjahr 2012 wurden Modernisierungsmaßnahmen in Höhe von 373 T€ durchgeführt. Die Instandhaltungskosten beliefen sich auf 537 T€. Das langfristige Eigenkapital stieg auf 10.247 T€, die Eigenkapitalquote betrug 75,9 %. Das langfristige Fremdkapital verminderte sich insbesondere durch planmäßige Tilgungen. Die Vermögenslage konnte als geordnet angesehen werden. Die durchschnittliche Nettokaltmiete belief sich im Geschäftsjahr 2012 auf 4,44 €/qm (Vorjahr 4,42 €/qm). Diese Erhöhung resultierte aus Mietanpassungen gemäß § 558 BGB an die Vergleichsmiete.

Es standen zum Bilanzstichtag 2012 eine Wohnung aufgrund von Umbaumaßnahmen und 21 Wohnungen aufgrund des geplanten Abrisses der Objekte Wielstraße 20/22 und Breslauer Straße 2/4 leer.

Bilanz

Aktiva	31.12.2012 T€	31.12.2011 T€	31.12.2010 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	2	4
II. Sachanlagen	11.085	9.167	8.213
III. Finanzanlagen	3	3	3
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte, zum Verkauf bestimmte Grundstücke	868	806	862
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	27	65	26
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	1.517	2.086	2.886
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	13.500	12.129	11.994

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Geschäftsguthaben	644	504	503
II. Ergebniserücklagen	9.615	9.221	9.049
III. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0	0	0
IV. Bilanzgewinn	19	20	28
B. Rückstellungen	62	82	72
C. Verbindlichkeiten	3.160	2.302	2.342
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	13.500	12.129	11.994

Gewinn- und Verlustrechnung

	2012 T€	2011 T€	2010 T€
Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung	2.467	2.494	2.427
Verminderung/Erhöhung des Bestandes an unfertigen Erzeugnissen	62	- 56	58
sonstige betriebliche Erträge	57	60	45
Aufwendungen für Hausbewirtschaftung	1.354	1.592	1.429
Personalaufwand	239	222	228
Abschreibungen	402	366	438
sonstige betriebliche Aufwendungen	81	66	77
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	19	32	70
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	28	18	19
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	501	266	409
außerordentliche Aufwendungen	0	0	15
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	9	13	3
Sonstige Steuern	80	69	63
Jahresüberschuss	412	184	328
Einstellungen aus dem Jahresüberschuss in Ergebnismrücklage	393	164	300
Bilanzgewinn	19	20	28

Kennzahlen

	Angaben in	2012	2011	2010
Eigenkapitalquote:	%	75,9	80,0	79,6
Eigenkapitalrentabilität:	%	4,2	2,0	3,4
cash-flow:	T€	811,0	548,0	760
durchschnittliche Miete:	€/qm	4,44	4,43	4,30
Instandhaltungskosten:	€/qm	16,21	26,44	19,19
Fluktuationsquote:	%	6,5	6,0	8,9
Leerstandsquote (ohne geplanten Abriss)	%	0,2	0,6	0,6

6. Beschäftigte

Die Zahl der im Geschäftsjahr durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

Personal	2012	2011	2010
Vollzeit	3	3	2
Teilzeitbeschäftigte	1	1	1
Auszubildende (bis 07.07.2011, ab da Vollzeit)	0	1	1
Summe	4	4	4

Der Personalaufwand betrug im Berichtsjahr insgesamt 239.445,24 €. Davon entfielen auf Löhne und Gehälter 188.179,95 € und auf soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung und Unterstützung 51.265,29 €.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Die Genossenschaft schüttete in 2013 für das Geschäftsjahr 2012 eine Dividende von 4% auf das Geschäftsguthaben aus. Auf den Rheinisch-Bergischen Kreis entfielen hiervon entsprechend seiner Anteile 262,40 €.

8. Leistungen für den Kreis

Der Bauverein Wermelskirchen bewirtschaftete im Geschäftsjahr 2012 insgesamt 527 Wohnungen, von denen noch 38 der Sozialbindung unterliegen. Weiterhin gehören 3 Gewerbeeinheiten, 173 Garagen und 94 Stellplätze zum Bestand. Die Gesamtwohnfläche beträgt 31.578 qm.

9. Bewertung

Bei den vorhandenen Grundstücken handelt es sich ausschließlich um bereits bebaute Grundstücke. Die Schwerpunkte des Bauvereins liegen daher in der Erhaltung und Verbesserung des Bestandes, um somit eine langfristige Vermietbarkeit der Wohnungen zu erzielen.

Im Rahmen des demographischen Wandels wirbt das Land Nordrhein-Westfalen für ein möglichst langes Verbleiben älterer Menschen in der eigenen Wohnung, da die Unterbringung dieses wachsenden Personenkreises in Heimen vielfach nicht mehr gewährleistet ist. Da solche Projekte auch finanziell gefördert werden, prüft der Vorstand des Bauvereins Wermelskirchen, ob im Rahmen dieses Trends in Verbindung mit karitativen Einrichtungen z.B. das Wielviertel entsprechend umgestaltet werden kann. Ebenso ist zu beobachten, dass älter werdende Menschen verstärkt Wohnungen in Innenstadtnähe suchen. Auch dieser Trend wird vom Vorstand bei den Überlegungen zukünftig denkbarer Aktivitäten berücksichtigt. Die Gesellschaft geht daher davon aus, dass der Wohnungsbestand, der bisher keine Leerstände aufzeigte, auch in Zukunft ausgelastet sein wird.

Darüber hinaus wird auch in den nächsten Jahren die bestens bewährte flexible Mieterbetreuung von der Gesellschaft beibehalten.

Aus den wirtschaftlichen Daten der Genossenschaft lässt sich ableiten, dass der Immobilienbestand aufgrund seines technischen Zustands und der Verteilung im Stadtgebiet voraussichtlich auch künftig umfassend nachgefragt wird. Damit besteht auch künftig die Chance, im Rahmen der Entwicklung des Mietspiegels, nur moderate Mietanpassungen vorzunehmen und so die zukünftigen Jahresergebnisse stabilisieren zu können.

Kraftverkehr Wupper-Sieg AG

1. Allgemeine Unternehmensdaten

Kraftverkehr Wupper-Sieg AG
Borsigstraße 18
51381 Leverkusen

Telefon: 02171 / 50070
Telefax: 02171 / 5007177

Internet: www.wupsi.de
E-Mail: info@wupsi.de

2. Öffentlicher Zweck

Die Gesellschaft wurde als kommunale Eigengesellschaft im März des Jahres 1924 im ehemaligen Landkreis Wipperfürth gegründet. Im Januar 1929 erfolgte die Umwandlung in die heutige Rechtsform einer Aktiengesellschaft. Als Folge der kommunalen Neugliederung in Nordrhein-Westfalen im Jahre 1975 wurde das Aktienkapital des Unternehmens zu gleichen Teilen auf die Stadt Leverkusen und den Rheinisch-Bergischen Kreis aufgeteilt. Im März 1979 wurde der Betriebshof mit Hauptverwaltung und Zentralwerkstatt nach 51381 Leverkusen, Borsigstraße 18, verlegt. Ein zweiter Betriebshof befindet sich in Kooperation mit der Regionalverkehr Köln GmbH in 51469 Bergisch Gladbach, Hermann-Löns-Straße 48 a. Von dort aus wird das Liniennetz im Rheinisch-Bergischen Kreis bedient.

Dem Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH (VRS) mit Sitz in Köln gehört das Unternehmen seit Beginn an. Verbundgedanke ist, zusammen mit den Gebietskörperschaften eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit öffentlichen Verkehrsmitteln im Kooperationsraum Rhein-Sieg zu wirtschaftlichen Bedingungen sicherzustellen.

Die Kraftverkehr Wupper-Sieg AG plant und betreibt öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in weiten Teilen des Rheinisch-Bergischen Kreises und in Leverkusen. Sie wird in der Hauptsache für ihre Anteilseigner und in deren Gebiet tätig. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten, ferner Interessengemeinschaften eingehen und Zweigniederlassungen errichten.

Die KWS AG hält 100 % der Geschäftsanteile am Unternehmen Herweg Busbetrieb GmbH (HBB). Neben der Subunternehmerleistung für die KWS AG im Linienverkehr betätigt sich die HBB im Gelegenheitsverkehr und im freigestellten Schülerverkehr.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Das Grundkapital des Unternehmens in Höhe von 5.524.200 € ist in 108 Namensaktien im Nennwert von je 51.150 € eingeteilt.

Es verteilt sich paritätisch auf die kommunalen Aktionäre.

Gesellschafter	Stammeinlage in €	in %
Stadt Leverkusen	2.762.100	50
Rheinisch-Bergischer Kreis	2.762.100	50

4. Organisationsstruktur

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) den Vorstand,
- b) den Aufsichtsrat,
- c) die Hauptversammlung.

4.1 Vorstand

Der Vorstand leitet die Gesellschaft gemäß Aktiengesetz unter eigener Verantwortung. Darüber hinaus führt er die Geschäfte und vertritt die Gesellschaft als juristische Person.

Vorstand der Gesellschaft ist Herr Marc Kretkowski, Krefeld.

4.2 Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus neun Mitgliedern (3 Stadt Leverkusen, 3 Rheinisch-Bergischer Kreis, 3 Arbeitnehmer). Die Amtszeit der Mitglieder des Aufsichtsrats endet mit Ablauf der Hauptversammlung, die über die Entlastung für das vierte Geschäftsjahr nach dem Beginn der Amtszeit beschließt. Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder zur Sitzung ordnungsgemäß geladen sind und mindestens fünf Mitglieder, darunter der Vorsitzende oder sein Stellvertreter, anwesend sind. Der Aufsichtsrat fasst seine Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit, soweit sich nicht aus dem Gesetz oder dieser Satzung etwas anderes ergibt. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden der betreffenden Sitzung.

Der Aufsichtsrat setzte sich im Jahr 2012 aus folgenden Personen zusammen:

Wilmund Opladen, Studiendirektor i.R., Bergisch Gladbach	Vorsitzender (ab 28.03.2012)
---	------------------------------

Nina Lepsius, wissenschaftliche Mitarbeiterin, Leverkusen	Stellvertretende Vorsitzende
--	------------------------------

Harald Breutling,
KWS-Mitarbeiter, Odenthal

Rainer Häusler, Stadtkämmerer der Stadt Leverkusen, Leverkusen	(ab 28.03.2012)
---	-----------------

Ulrich Hölkeskamp, KWS-Mitarbeiter, Leverkusen	(ab 30.08.2012)
---	-----------------

Thomas Merten, Dezernent des Rheinisch-Bergischen Kreises, Leverkusen	(ab 28.03.2012)
--	-----------------

Ralf Nonnenbroich,
KWS-Mitarbeiter, Langenfeld

Albrecht Omankowsky,
Rechtsanwalt, Leverkusen

Heinz-Peter Steinbach,
KWS-Mitarbeiter, Kürten

(bis 30.08.2012)

Gerhard Zorn,
Landesverwaltungsdirektor, Overath

4.3 Hauptversammlung

Die Hauptversammlung wird durch den Vorstand einberufen, soweit das Gesetz nichts anderes bestimmt. Die ordentliche Hauptversammlung findet in den ersten acht Monaten des Geschäftsjahres statt. Beschlüsse der Hauptversammlung bedürfen, soweit das Gesetz oder die Satzung nichts anderes bestimmen, der einfachen Mehrheit des in der Versammlung vertretenen Grundkapitals. Je 51.150 € Nennbetrag gewähren eine Stimme.

Vertreter des Rheinisch-Bergischen Kreises in der Hauptversammlung des Geschäftsjahres 2012 war Herr Kreistagsabgeordneter Wolfgang Kübler.

5. Wirtschaftliche Daten

Im Geschäftsjahr 2012 konnte die positive wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens, die sich in einem sinkenden Zuschussbedarf darstellt, fortgesetzt werden.

Die Bilanzsumme hat sich bei der KWS AG um 838 T€ auf 60.541 T€ und im Konzern um 732 T€ auf 57.983 T€ erhöht.

Das Anlagevermögen ist insbesondere aufgrund der Investitionen in Fahrzeuge um 117 T€ bei der KWS AG sowie um 210 T€ im Konzern gestiegen. Das Umlaufvermögen ist insbesondere aufgrund eines höheren Guthabenbestandes bei Kreditinstituten gestiegen, bei der KWS AG um 718 T€ und im Konzern um 518 T€. Dieser stichtagsbezogene Effekt resultiert im Wesentlichen aus zeitlich verschobenen Abrechnungs- und Zahlungsterminen im Zusammenhang mit der Inhouse-Vereinbarung und der Ausbildungsverkehrspauschale.

Auf der Passivseite der Bilanz hat sich das Eigenkapital bedingt durch die Ausschüttung an die Anteilseigner bei der KWS AG und im Konzern um 1.327 T€ verringert. Die Rückstellungen haben sich dagegen im Wesentlichen aufgrund der noch ausstehenden Einigung im VRS zur Umsetzung der Ergebnisse der Verkehrserhebung 2009 erhöht, bei der KWS AG um 1.087 T€ und im Konzern um 1.001 T€. Ebenfalls erhöht haben sich die Verbindlichkeiten, bei der KWS AG um 1.077 T€ und im Konzern um 1.057 T€. Dies resultiert insbesondere aus stichtagsbezogenen Effekten im Zusammenhang mit der Abrechnung der Inhouse-Vereinbarung. Die Eigenkapitalquote beläuft sich bei der KWS AG auf 68,5 % und im Konzern auf 66,8 %.

Der Finanzmittelfonds belief sich zum Bilanzstichtag auf 0,9 Mio. € bei der KWS AG und auf 1,0 Mio. € im Konzern. Zur fristenkongruenten Finanzierung von Investitionen wurde von der KWS AG im Jahr 2012 ein langfristiges Darlehen aufgenommen. Hierdurch und durch den Wegfall von im Vorjahreswert enthaltenen stichtagsbezogenen Sondereffekten im Zusammenhang mit der Ausbildungsverkehrspauschale konnten die Kontokorrentverbindlichkeiten gegenüber dem Vorjahresstichtag vollständig zurückgeführt werden.

Die Umsatzerlöse sind bei der KWS AG um 3,0 % und im Konzern um 2,1 % gestiegen. Der Anstieg resultiert insbesondere aus der Entwicklung des Linienverkehrs, der von

höheren Fahrgeldeinnahmen und von höheren Ausgleichsleistungen für Auszubildende und Schwerbehinderte gekennzeichnet war.

Der Materialaufwand ist um 3,4 % bei der KWS AG bzw. um 2,1 % im Konzern gestiegen. Dabei konnte die überdurchschnittliche Entwicklung des Dieselpreises durch geringere Ersatzteilkosten teilweise kompensiert werden.

Der Tarifabschluss des öffentlichen Dienstes von linear 3,5 % zum 1. März 2012 spiegelt sich im Personalaufwand, der bei der KWS AG um 0,1 % bzw. im Konzern um 0,9 % gestiegen ist, nur unterproportional wieder. Hier wirkten sich die aufwandssenkenden Restrukturierungseffekte insbesondere im Rahmen der Altersteilzeit positiv aus.

Die Entwicklung der Abschreibungen zeigte sich mit einem Anstieg von 7,6 % bei der KWS AG bzw. 5,9 % im Konzern deutlich überdurchschnittlich. Ursächlich hierfür sind die durchgeführten Investitionen und der Wegfall der Fahrzeugförderung.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen bei der KWS AG und im Konzern um rd. 0,9 Mio. € höher als im Vorjahr. Darüber hinaus ist diese Position durch Zuführungen zu den Rückstellungen für die VRS-Einnahmenaufteilung gekennzeichnet.

Der von den Gesellschaftern abzudeckende Zuschussbedarf hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,6 Mio. € verringert.

Bilanz, KWS AG

Aktiva	31.12.2012 T€	31.12.2011 T€	31.12.2010 T€
A. Anlagevermögen			
Immaterielle			
I. Vermögensgegenstände	82	108	40
II. Sachanlagen	16.711	16.568	15.274
III. Finanzanlagen	36.508	36.508	36.510
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	586	448	372
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	5.768	5.926	3.603
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	855	117	79
C. Rechnungsabgrenzungsposten	31	28	27
Bilanzsumme	60.541	59.703	55.905

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	5.524	5.524	5.524
II. Kapitalrücklage	22.835	22.835	22.835
III. Gewinnrücklagen	103	103	103
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0	0	0
V. Bilanzgewinn	13.017	14.344	11.552
B. Sonderposten aus Rücklageanteil	0	0	0
C. Sonderposten aus Investitionszu- schüssen zum Anlagevermögen	0	0	0
D. Rückstellungen	10.730	9.643	8.174
E. Verbindlichkeiten	8.314	7.237	7.110
F. Rechnungsabgrenzungsposten	18	17	607
Bilanzsumme	60.541	59.703	55.905

Gewinn- und Verlustrechnung, KWS AG

	2012 T€	2011 T€	2010 T€
Umsatzerlöse	33.339	32.367	30.598
sonstige betriebliche Erträge	7.662	8.969	4.985
Materialaufwand	22.172	21.438	20.189
Personalaufwand	11.059	11.072	11.875
Abschreibungen	2.319	2.154	1.905
sonstige betriebliche Aufwendungen	5.214	4.310	5.051
Erträge aus Beteiligungen	0	0	1
Erträge aus Gewinnabführung	851	855	798
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	2.665	4.679	4.700
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	24	14	6
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	90	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	354	278	160
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	3.423	7.542	1.908
Außerordentliches Ergebnis	- 27	- 27	- 32
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	- 7	- 7	51
Sonstige Steuern	30	30	27
Jahresüberschuss	3.373	7.492	1.798
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	14.344	11.552	14.753
Ausschüttung an die Gesellschafter	4.700	4.700	5.000
Bilanzgewinn	13.017	14.344	11.551

Kennzahlen, KWS AG

	Angaben in	2012	2011	2010
Eigenkapitalquote:	%	68,5	71,7	71,6
Deckungsgrad gebundenes Vermögen:	%	88,2	91,6	88,5
Investitionen (ohne Finanzanlagen):	T€	2.989	3.518	4.044
Anlagenintensität:	%	88,0	89,0	92,7
cash-flow:	T€	- 1.948	- 1.598	- 5.270
EBIT:	T€	- 3.392	- 3.735	- 6.039
EBITDA:	T€	- 1.073	- 1.599	- 4.134
Umsatzrentabilität:	%	- 11,0	- 12,4	- 19,7
Eigenkapitalrentabilität:	%	- 9,0	- 9,4	- 14,7
Betriebsstreckenlänge:	km	511	498	498
Fahrgäste:	Mio.	32,61	32,58	31,86
Anzahl der Fahrzeuge:	Stck.	194	192	195

Bilanz, Konzern

Aktiva	31.12.2012 T€	31.12.2011 T€	31.12.2010 T€
A. Anlagevermögen			
Immaterielle			
I. Vermögensgegenstände	84	113	40
II. Sachanlagen	17.318	17.079	15.708
III. Finanzanlagen	33.509	33.509	33.511
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	586	449	372
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	5.467	5.948	3.650
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	987	124	86
C. Rechnungsabgrenzungsposten	32	29	29
Bilanzsumme	57.983	57.251	53.396

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	5.524	5.524	5.524
II. Kapitalrücklage	20.084	20.084	20.084
III. Gewinnrücklagen	103	103	103
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0	0	0
V. Bilanzgewinn	13.020	14.347	11.555
B. Sonderposten aus Investitionszu- schüssen zum Anlagevermögen	0	0	0
C. Rückstellungen	10.864	9.862	8.348
D. Verbindlichkeiten	8.370	7.313	7.174
E. Rechnungsabgrenzungsposten	18	18	608
Bilanzsumme	57.983	57.251	53.396

Gewinn- und Verlustrechnung, Konzern

	2012 T€	2011 T€	2010 T€
Umsatzerlöse	29.913	29.299	27.644
sonstige betriebliche Erträge	7.630	8.946	4.939
Materialaufwand	12.503	12.243	11.341
Personalaufwand	16.190	16.048	16.733
Abschreibungen	2.473	2.334	2.067
sonstige betriebliche Aufwendungen	5.293	4.409	5.083
Erträge aus Beteiligungen	0	0	1
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	2.665	4.679	4.700
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	25	14	8
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	90	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	347	268	154
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	3.427	7.546	1.914
Außerordentliches Ergebnis	- 27	- 27	- 32
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	- 7	- 7	51
Sonstige Steuern	34	34	33
Jahresüberschuss	3.373	7.492	1.798
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	14.347	11.555	14.757
Ausschüttung an die Gesellschafter	4.700	4.700	5.000
Bilanzgewinn	13.020	14.347	11.555

Kennzahlen, Konzern

	Angaben in	2012	2011	2010
Eigenkapitalquote:	%	66,8	70,0	69,8
Deckungsgrad gebundenes Vermögen:	%	91,1	90,6	87,6
Investitionen (ohne Finanzanlagen):	T€	3.236	3.780	4.269
Anlagenintensität:	%	87,8	88,6	92,3
cash-flow:	T€	- 1.896	- 2.399	- 5.192
EBIT:	T€	- 4.079	- 3.763	- 5.898
EBITDA:	T€	- 1.606	- 1.429	- 3.831
Umsatzrentabilität:	%	- 12,5	- 13,7	- 21,3
Eigenkapitalrentabilität:	%	- 9,7	- 10,1	- 15,7
Betriebsstreckenlänge:	km	511	498	498
Fahrgäste:	Mio.	36,61	32,58	31,86
Anzahl der Fahrgäste:	Stck.	194	192	195

6. Beschäftigte

Die Anzahl der Mitarbeiter (ohne Vorstand) betrug im Jahresdurchschnitt:

Personal	2012		2011		2010	
	KWS	Konzern	KWS	Konzern	KWS	Konzern
Fahrdienst, Werkstatt	197	343	189	329	185	328
Verwaltung, Vertrieb	73	73	78	82	74	77
Summe	270	419	267	411	259	405

Insgesamt wurden im Konzern 12.603 T€ an Löhne und Gehälter gezahlt. Die sozialen Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung und Unterstützung beliefen sich auf insgesamt 3.588 T€.

7. Verflechtungen mit dem Kreishaushalt

Das Unternehmen ist als kommunale Eigengesellschaft voraussichtlich auch zukünftig auf Ausgleichsleistungen für die Erfüllung von gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen angewiesen.

Die im Geschäftsjahr 2012 erfolgten Ausschüttungen aus den Dividendeneinlagen des Rheinisch-Bergischen Kreises von der RW Holding AG sowie der RWE AG wurden dem Kreishaushalt zugeführt.

8. Bewertung der Beteiligung

Auch das Jahr 2012 konnte die KWS AG mit einem guten wirtschaftlichen Ergebnis abschließen.

Das Unternehmen geht in engem Zusammenwirken mit den Anteilseignern weiterhin Fahrplan- und Umlafoptimierungsmöglichkeiten gezielt nach. Die hieraus entwickelbaren Verbesserungen sollen zielstrebig umgesetzt werden.

Darüber hinaus war die Gesamtlage für öffentliche Verkehrsunternehmen im Jahre 2012 weiterhin durch Vorbereitung auf geänderte gesetzliche Rahmenbedingungen und von der Anpassung bereits bestehender Gesetze und Regelungen geprägt.

Krankenhaus Wermelskirchen GmbH

1. Allgemeine Unternehmensdaten

Krankenhaus Wermelskirchen GmbH
Königstraße 100
42929 Wermelskirchen

Telefon: 02196 / 980
Telefax: 02196 / 98359

Internet: www.krankenhaus-wermelskirchen.de
E-Mail: info@krankenhaus-wermelskirchen.de

2. Öffentlicher Zweck

Die „Krankenhaus Wermelskirchen Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ wurde durch notariell beurkundeten Gesellschaftsvertrag vom 20.10.1972 gegründet. Die Gesellschaft ist eingetragen unter der HRB 36239 im Handelsregister des Amtsgerichts Köln.

Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb eines allgemeinen Krankenhauses in Wermelskirchen. Ziel des Krankenhausbetriebes ist die medizinische Versorgung der Bevölkerung im Einzugsgebiet des bisherigen Krankenhauses der Stadt Wermelskirchen, insbesondere der Bevölkerung des Rheinisch-Bergischen Kreises unter Wahrung wirtschaftlicher Geschäftsführung. Die Krankenhaus Wermelskirchen GmbH ist mit 203 Planbetten und den Hauptfachabteilungen Chirurgie, Innere Medizin, Gynäkologie/Geburtshilfe, Anästhesie und Röntgen sowie den Belegabteilungen Hals, Nasen- und Ohrenkrankheiten im Krankenhausplan des Landes Nordrhein-Westfalen enthalten. Das Krankenhaus wird nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz gefördert und ist als gemeinnützige Einrichtung anerkannt.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Das Stammkapital von 1.687.263,21 € teilt sich wie folgt auf:

Gesellschafter	Stammeinlage in €	in %
Stadt Wermelskirchen	1.124.842,14	66,67
Rheinisch-Bergischer Kreis	562.421,07	33,33

4. Organisationsstruktur

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) die Geschäftsführung,
- b) den Aufsichtsrat,
- c) die Gesellschafterversammlung.

4.1 Geschäftsführung

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer und einen oder mehrere stellvertretende Geschäftsführer. Jedem Geschäftsführer kann durch Gesellschafterbeschluss die Befugnis erteilt werden, die Gesellschaft allein zu vertreten. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, vertritt dieser die Gesellschaft allein.

Geschäftsführer der Gesellschaft ist Herr Christian Madsen (Betriebswirt), stellv. Geschäftsführer Herr Ralf Schmandt (Dipl.-Volkswirt).

4.2 Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus insgesamt 15 Vertretern. Neun Vertreter der Stadt Wermelskirchen sowie dem Bürgermeister oder einem von ihm vorgeschlagenen Beamten oder Angestellten der Stadt und vier Vertreter des Rheinisch-Bergischen Kreises sowie dem Landrat oder einem von ihm vorgeschlagenen Beamten oder Angestellten des Kreises.

Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte für die Dauer seiner Wahlzeit den Vorsitzenden sowie einen ersten und einen zweiten stellvertretenden Vorsitzenden.

Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder, darunter der Vorsitzende oder einer seiner Stellvertreter, anwesend sind. Die Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder des Aufsichtsrates gefasst, soweit nicht in dem Gesellschaftsvertrag eine andere Mehrheit vorgeschrieben ist. Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt.

Der Aufsichtsrat besteht aus folgenden Mitgliedern:

Friedel Burghoff, Versicherungskaufmann	Vorsitzender
Bernhard Schulte, Rechtsanwalt	1. stellvertretender Vorsitzender
Helga Loepp, freiber. Industriekauffrau	2. stellvertretende Vorsitzende
Rainer Bleek, Dipl.-Soz.-Wissenschaftler	
Mathilde Drewing, Betriebswirtin	
Christine Engels, Rentnerin	
Karin Görne, Arzthelferin	
Dr. Werner Güntermann, Lerntherapeut	
Ferdinand Schönenborn, Dezernent	
Monika Müller, Konrektorin	
Heinz Gerd Neu, Hauptgeschäftsführer	
Dr. Ralf Reetz, Ltd. Städt. Rechtsdirektor	
Eric Weik, Bürgermeister	
Gerd Weitmann, Geschäftsführer	
Eduard Wolf, Industriekaufmann	

4.3 Gesellschafterversammlung

In der Gesellschafterversammlung gewähren je 112.484,22 € eines Geschäftsanteils eine Stimme. Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit des Stammkapitals vertreten ist. Erweist sich eine Gesellschafterversammlung als beschlussunfähig, ist durch den Geschäftsführer binnen drei Wochen eine neue Gesellschafterversammlung mit derselben Tagesordnung einzuberufen. Die Gesellschafterversammlung ist in diesem Fall ohne Rücksicht auf die Zahl der vertretenen Stimmen beschlussfähig. Auf diese Folge ist in der Einladung ausdrücklich hinzuweisen. Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst, soweit die Gesetze oder der Gesellschaftsvertrag nicht zwingend eine größere Mehrheit vorschreiben. Bei Stimmengleichheit findet eine nochmalige Aussprache und Abstimmung statt. Wenn auch diese Abstimmung Stimmengleichheit ergibt, gilt der Beschlussantrag als abgelehnt.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wird in der Gesellschafterversammlung durch folgende Personen vertreten:

Ordentliches Mitglied

Werner Allendorf
Klaus Eckl
Siegfried Lutz
Michael Strieker
Claudia Seydholdt

Stellvertreter

Thorsten Schmalt
Dietmar Virnich
Dirk Volkmann
Gerd Witte
Jürgen Franzen

5. Wirtschaftliche Daten

Die innere Medizin konnte in den letzten Jahren ihr erweitertes Leistungsspektrum im Wettbewerb sehr gut etablieren und hat das hohe Leistungsniveau auch im Geschäftsjahr 2012 gehalten.

In der Allgemein- und Viszeralchirurgie konnte ein deutlicher in der Unfallchirurgie und Orthopädie ein leichter Leistungszuwachs verzeichnet werden.

Die Abteilung für Gynäkologie und Geburtshilfe hat Leistungen verloren.

Die betrieblichen Erträge konnten aufgrund der sehr positiven Leistungsentwicklung gesteigert werden. Hierzu trug die bessere Vergütung bei, da für einen Teil der erbrachten Leistungen der Mehrleistungsabschlag wegfiel. Die Mehrerträge reichten zur Finanzierung der gestiegenen Personal- und Sachkosten aus. In der Summe ergab sich ein deutlich positives Betriebsergebnis in Höhe von 1.264 T€.

Die stationäre Fallzahl erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 508 Fälle (5,7 %). Gesunken hingegen ist die durchschnittliche Fallschwere (CMI) der Patienten um 4,4 %, so dass die Anzahl der Case Mix Punkte (medizinische Leistung) insgesamt um 1,2 % anstieg. Die Liegezeiten der Patienten konnten aufgrund der besseren Personalausstattung und der damit verbundenen ermöglichten Verbesserung der Ablauforganisation deutlich gesenkt werden. Die Verbesserung der Ablauforganisation führte trotz einer Leistungssteigerung zu einer Entlastung der vorgehaltenen Kapazitäten, die sich im Nutzungsgrad der Planbetten widerspiegelte (74,38 % in 2012 gegenüber 80,8 % im Vorjahr). Dies schafft Freiraum für zukünftige Leistungssteigerungen, ohne an die Kapazitätsgrenze zu stoßen.

Der Ertrag aus stationären Krankenhausleistungen stieg um 7,9 %.

Die Personalaufwendungen wiesen mit 7,3 % eine deutliche Steigerung auf. Zur Unterstützung des Wachstumskurses mussten zusätzliche Mitarbeiter eingestellt werden. Dies erfolgte vor allem in den Diensten des ärztlichen Dienstes, des Funktionsdienstes und des medizinisch-technischen Dienstes. Darüber hinaus machten sich auch die Tarifsteigerungen bemerkbar.

Die Liquidität sank aufgrund der weiteren, verstärkten Instandhaltungs- und Investitionsaktivitäten aus Eigenmitteln von 1.306 T€ auf 656 T€, insbesondere durch die Anschaffung des CT am Ende des Geschäftsjahres 2012.

Bilanz

Aktiva	31.12.2012 T€	31.12.2011 T€	31.12.2010 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	242	213	134
II. Sachanlagen	14.774	14.660	14.697
III. Finanzanlagen	20	20	20
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	464	567	501
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.161	2.179	2.631
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	656	1.306	588
C. Ausgleichsposten nach dem KHG für Eigenmittelförderung	920	917	914
D. Rechnungsabgrenzungsposten	1	1	0
Bilanzsumme	20.238	19.863	19.485

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	1.687	1.687	1.687
II. Kapitalrücklage	769	769	769
III. Gewinnrücklagen	6.254	6.290	6.332
IV. Bilanzverlust	- 1.167	- 1.978	- 2.397
B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	7.518	7.883	7.614
C. Rückstellungen	1.836	1.829	2.093
D. Verbindlichkeiten	3.341	3.383	3.387
E. Ausgleichsposten aus Darlehensförderung	0	0	0
Bilanzsumme	20.238	19.863	19.485

Gewinn- und Verlustrechnung

	2012 T€	2011 T€	2010 T€
Erlöse aus Krankenhausleistungen	23.963	22.211	19.121
Erlöse aus Wahlleistungen	2.877	2.567	2.224
Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	1.120	1.141	869
Nutzungsentgelte der Ärzte	131	148	94
Verminderung/Erhöhung des Bestands an unfertigen Leistungen	- 83	- 4	54
sonstige betriebliche Erträge	1.078	800	1.068
Personalaufwand	17.835	16.621	15.246
Materialaufwand	6.770	6.898	5.792
Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen	717	772	773
Erträge aus der Einstellung von Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung	3	3	3
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	821	810	687
Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	742	780	780
Abschreibungen	1.239	1.169	1.048
sonstige betriebliche Aufwendungen	3.157	2.557	2.771
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	5	6	3
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	62	78	58
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	827	351	- 799
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	27
Steuern	52	- 26	29
Jahresfehlbetrag/-überschuss	775	377	- 855
Verlust-/Gewinnvortrag	- 1.978	- 2.397	- 1.591
Entnahme aus den Gewinnrücklagen	36	42	49
Bilanzverlust	- 1167	- 1.978	- 2.397

Kennzahlen

	Angaben in	2012	2011	2010
Stationäre Patienten:	Fallzahl	9.351	8.843	7.858
Personalaufwand je Fall	€	1.907	1.880	1.940
Case Mix (ohne Dialyse):	Punkte	7.802,4	7.709,3	6.295,0
Case Mix Index (ohne Dialyse):	Punkte	0,834	0,872	0,801
Pflege tage (ohne Dialyse):	Tage	54.718	58.748	49.531
Verweildauer (vollstationär):	Tage	5,9	6,6	6,3
Nutzungsgrad (vollstationär):	%	74,4	80,1	67,5

6. Beschäftigte

Die Anzahl der Mitarbeiter betrug im Jahresdurchschnitt:

Personal	2012	2011	2010
Angestellte	343	317	316
Gewerbliche Mitarbeiter	19	24	24
Krankenpflegeschüler bzw. -schülerinnen	29	28	29
Summe	391	369	369

Das Unternehmen zahlte im Geschäftsjahr 2012 insgesamt 14.484.442,76 € an Löhne und Gehälter sowie soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung und für Unterstützung in Höhe von 3.350.442,69 €.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Verflechtungen ergeben sich aus der einmaligen Kapitalbeteiligung in Höhe von 562.421,07 €. Die Stadt Wermelskirchen und der Rheinisch-Bergische Kreis übernehmen Verlustausgleichszahlungen bis zu 562.421,07 € pro Geschäftsjahr bzw. 1.687.263,21 € über 5 Jahre nach dem Verhältnis ihrer Geschäftsanteile (2/3 Stadt Wermelskirchen / 1/3 Rheinisch-Bergischer Kreis). Eine Notwendigkeit, die beiden Gesellschafter zum Verlustausgleich heranzuziehen, bestand bisher nicht.

8. Bewertung

Nach der weiterhin erfolgreichen, bedarfsgerechten Weiterentwicklung des Leistungsangebotes der Inneren Medizin ist nun die Stabilisierung und der Ausbau der Leistungsfähigkeit der chirurgischen Abteilung durch die Neustrukturierung gelungen. Mit der positiven Leistungsentwicklung im Jahr 2012 konnte eine deutliche Leistungssteigerung aus 2011 stabilisiert werden. In der Unfallchirurgie und Orthopädie konnte der geplante Leistungsanstieg nicht realisiert werden, was auch an der hohen Fluktuation im Oberarztbereich lag. Die vereinbarte Leistungsmenge für 2011 betrug 7.400 Casemix-Punkte (ohne Überlieger), im Jahr 2012 wurden insgesamt 7.714 Casemix-Punkte (+ 4,24 % gegenüber der Vereinbarung 2011) erreicht.

Die umfangreichen Leistungssteigerungen erforderten eine Anpassung der Ablauforganisation und der Kapazitäten. Aufbauend auf dem Vorgenannten wurden umfangreiche Analyse- und Planungsprojekte abgeschlossen, die in sämtlichen Funktionsbereichen die Organisation an den neuen Bedarf angepasst haben.

In den letzten Jahren ist es gelungen, trotz immer wieder neu durchgesetzten „Kostendämpfungsmaßnahmen“ im Gesundheitswesen, das medizinische Leistungsangebot des Krankenhauses deutlich zu steigern. Dies wurde von der Bevölkerung und den niedergelassenen Ärzten im Einzugsgebiet des Krankenhauses positiv wahrgenommen und führte zu einer Zunahme von Patienten, die sich vertrauensvoll zur Behandlung in das Krankenhaus Wermelskirchen begaben. Wenn sich das Gleichgewicht aus Leistungsfähigkeit und persönlicher Nähe mit hochmotivierten Mitarbeitern unter den Rahmenbedingungen des Gesundheitswesens weiter erhalten lässt, wird sich das Krankenhaus Wermelskirchen auch in Zukunft im Wettbewerb auf dem Gesundheitsmarkt behaupten können.

Bei gleichbleibender Leistungserbringung und der dann ungekürzten Vergütung sollten die Personal- und Sachkostensteigerungen 2013 aufgefangen werden können. Nach erfolgreicher Nachbesetzung der Chefarztpositionen rechnet die Gesellschaft für 2014 mit der Fortsetzung des Wachstumskurses, so dass auch für die Jahre 2013 und 2014 mit einem positiven Ergebnis gerechnet werden kann.

Naturarena Bergisches Land GmbH**1. Allgemeine Unternehmensdaten**

Naturarena Bergisches Land GmbH
Eichenhofstraße 31
51789 Lindlar

Telefon: 02266 / 463370
Telefax: 02266 / 4633737

Internet: www.naturarena.de
E-Mail: info@naturarena.de

2. Öffentlicher Zweck

Die Gesellschaft wurde am 07.06.2005 vom Oberbergischen Kreis, dem Touristik-Verband Oberbergisches Land e.V., dem Rheinisch-Bergischen Kreis sowie dem RheinBerg Tourismus e.V. gegründet. Eingetragen ist sie unter HRB 56359 im Handelsregister des Amtsgerichtes Köln.

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung des Tourismus auf den Gebieten des Oberbergischen Kreises und des Rheinisch-Bergischen Kreises. Die Gesellschaft ist berechtigt, Geschäfte aller Art zu tätigen, die dem Zweck der Gesellschaft dienen, sämtliche Handlungen vorzunehmen, die sich unmittelbar oder mittelbar auf den Gegenstand des Unternehmens beziehen oder geeignet sind, die Unternehmungen der Gesellschaft zu fördern. Zur Erzielung dieser Geschäftszwecke kann sich die Gesellschaft an anderen Unternehmen mit gleichem oder ähnlichem Unternehmensgegenstand beteiligen, solche erwerben oder veräußern.

3. Kapital- und Beteiligungsverhältnisse

An dem Stammkapital der Gesellschaft in Höhe von 25.000,00 € sind beteiligt:

Gesellschafter	Stammeinlage in €	in %
Naturarena Bergisches Land e.V.	10.000,00	40
Oberbergischer Kreis	7.500,00	30
Rheinisch-Bergischer Kreis	7.500,00	30

4. Organe der Gesellschaft

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) die Geschäftsführung
- b) die Gesellschafterversammlung.

4.1 Geschäftsführung

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt er die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft von zwei Geschäftsführern oder von einem Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten.

Geschäftsführer der Gesellschaft ist Herr Mathias Derlin.

4.2 Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlungen werden von der Geschäftsführung einberufen, so oft dies im Interesse der Gesellschaft erforderlich erscheint, mindestens aber zweimal jährlich. Jeder Gesellschafter kann in die Gesellschafterversammlung bis zu drei Personen als ständige Mitglieder entsenden. Eine Stellvertretung ist möglich. Gesellschafterbeschlüsse werden, sofern sich nicht aus dem Gesetz oder aus dem Gesellschaftsvertrag etwas anderes ergibt, mit einfacher Mehrheit aller Stimmen gefasst. Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn von jedem Gesellschafter ein ständiges Mitglied anwesend oder vertreten ist. Andernfalls ist mit 2-wöchiger Frist eine zweite Gesellschafterversammlung einzuberufen, die ohne Rücksicht auf die Anzahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig ist. In der erneuten Einladung ist auf diese Rechtsfolge hinzuweisen. Das Stimmrecht der Gesellschafter richtet sich nach der Höhe ihrer Geschäftsanteile. Je 50,00 € des Stammkapitals gewähren eine Stimme. Jeder Gesellschafter kann die auf ihn entfallenden Stimmen nur einheitlich abgeben.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wird in der Gesellschafterversammlung durch folgende Personen vertreten:

Ordentliches Mitglied

Prinz zu Sayn-Wittgenstein, Hubertus
Schäfer Lenore
Dr. Werdel, Erik

Stellvertreter

Heutz, Ulrich
Musiala, Peter
Dr. Tebroke, Hermann-Josef

Ordentliches Mitglied (Gast)

Kamp, Wilfried
Ehren, Ursula
Burghoff, Friedel

Stellvertreter (Gast)

Günzel, Klaus-Peter
Wolfert, Harald
Höhne, Bert

5. Wirtschaftliche Daten

Das Geschäftsjahr 2012 schloss mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 559,8 T€. Während die Betriebsleistung mit 107,7 T€ auf dem Niveau des Vorjahres (106,6 T€) lag, erhöhten sich die Betriebsaufwendungen inkl. Abschreibungen um insgesamt 49,9 T€ auf 667,7 T€. Die im Vorjahr eingestellten Mitarbeiter führten erstmals über das gesamte Geschäftsjahr zu Personalaufwand, weshalb dieser um 27,3 T€ anstieg.

Die Eigenkapitalquote lag bei 27,5 %. Das Anlagevermögen der Naturarena war zu 185,8 % durch Eigenkapital gedeckt. Die vollständige Deckung des kurzfristigen Fremdkapitals durch Umlaufvermögen war gegeben.

Die Naturarena war im Geschäftsjahr 2012 mit insgesamt 44 Ausstellertagen extern präsent. Sowohl auf den Messen als auch bei einigen Veranstaltungen schlossen sich verschiedene Kommunen an, andere Partner unterstützten die Naturarena mit publikumswirksamen Aktionen am Stand.

Im Verlauf des Jahres wurden von der Naturarena 19 Anzeigen bzw. redaktionelle Beiträge in Fachpublikationen geschaltet.

Ganzjährig wurde monatlich der Email-Newsletter der Naturarena veröffentlicht. Daneben wurden über das gesamte Jahr etliche Presseinformationen herausgegeben, Zeitungs- und Radiointerviews durchgeführt. Außerdem unterstützte die Naturarena verschiedene Partner auf Presseterminen bei der Vorstellung neuer Projekte und touristischer Angebote.

Bilanz

Aktiva	31.12.2012 T€	31.12.2011 T€	31.12.2010 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	10	17	0
II. Sachanlagen	13	20	22
III. Finanzanlagen	0	0	0
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	1	1	4
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	30	35	15
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	103	124	140
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	157	197	181

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	25	25	25
II. Kapitalrücklage	18	64	66
III. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0	0	0
IV. Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0
B. Rückstellungen	43	35	19
C. Verbindlichkeiten	71	73	71
Bilanzsumme	157	197	181

Gewinn- und Verlustrechnung

	2012 T€	2011 T€	2010 T€
Umsatzerlöse	53	77	119
sonstige betriebliche Erträge	54	30	69
Materialaufwand	20	14	37
Personalaufwand	305	278	232
Abschreibungen	16	11	55
sonstige betriebliche Aufwendungen	325	314	397
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	- 559	- 510	- 533
Sonstige Steuern	0	1	0
Jahresfehlbetrag	- 559	- 511	- 533
Entnahmen aus der Kapitalrücklage	559	511	533
Bilanzgewinn	0	0	0

Kennzahlen

	Angaben in	2012	2011	2010
Eigenkapitalquote:	%	27,5	45,3	50,1
cash-flow aus lfd. Geschäftstätigkeit:	T€	- 533,3	- 499,6	- 419,7
cash-flow aus der Investitionstätigkeit	T€	- 3,2	- 25,1	- 16,8
EBIT:	T€	- 560	- 511	- 534

6. Beschäftigte

Personal	2012	2011	2010
Angestellte	5	5	5

Die Gesellschafter Rheinisch-Bergischer Kreis und Oberbergischer Kreis haben sich gemäß Gesellschaftsvertrag zu einer unentgeltlichen Personalgestellung in einem für die Erfüllung der Aufgaben der Gesellschaft erforderlichen Umfang verpflichtet. Im Geschäftsjahr 2012 beschäftigte die Gesellschaft durchschnittlich 5 Mitarbeiter. Da der Rheinisch-Bergische Kreis seiner Personalgestellungsverpflichtung bisher nicht nachkommen konnte, werden der Naturarena Bergisches Land GmbH ersatzweise die Personalkosten für die Anstellung externer Mitarbeiter durch den Rheinisch-Bergischen Kreis erstattet. Der Erstattungsbetrag belief sich im Geschäftsjahr 2012 auf insgesamt 129.000 €.

Die Personalkosten der Gesellschaft beliefen sich im Geschäftsjahr 2012 auf insgesamt 305.347,91 €. Davon entfielen 253.307,74 € auf Löhne und Gehälter sowie 52.040,17 € auf soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Neben seiner Beteiligung am Stammkapital in Höhe von 7.500,00 € hat sich der Rheinisch-Bergische Kreis gem. Gesellschaftsvertrag verpflichtet, einen jährlichen

Mindestzuschuss in Höhe von 55.000,00 € zu leisten. Darüber hinaus haben sich die Gesellschafter Rheinisch-Bergischer Kreis und Oberbergischer Kreis vertraglich verpflichtet, die jährlichen Geschäftsführerkosten zu übernehmen. Für das Geschäftsjahr 2012 entfiel auf den Rheinisch-Bergischen Kreis ein Kostenanteil in Höhe von 45.250,00 €.

8. Bewertung

Das Jahr 2012 war erneut ein erfolgreiches Geschäftsjahr für die Naturarena. Es wurden neben den etablierten Marketingtätigkeiten einige kleinere, neue Projekte abgeschlossen (z.B. Weiterbildung).

Die wirtschaftliche Basis der Gesellschaft ist stabil, und das Image und das Standing der Naturarena entwickelten sich stetig positiv weiter.

Die Naturarena wird sowohl innerhalb als auch außerhalb der eigenen Gebietskulisse als kompetente, touristische Organisation wahrgenommen.

Bei seit Jahren gleichbleibendem Personaleinsatz sind jedoch die Grenzen der Aktivitätssteigerung erreicht.

Für die kommenden Jahre wird die Naturarena mit der Marke „DasBergische“ ihre Präsenz bei den Endverbrauchern, auch im nahen Ausland, und dem Fachpublikum, besonders durch die enge Kooperation mit dem Wanderprojekt „Bergisches Wanderland“ steigern. Eigene neue Publikationen sind nur im Rahmen des Wanderprojektes geplant. Verbesserte Nachdrucke einzelner bewährter Broschüren werden herausgegeben werden.

PBH Papierservice „Britanniahütte“ gemeinnützige GmbH**1. Allgemeine Unternehmensdaten**

PBH
 Papierservice "Britanniahütte" gemeinnützige GmbH
 Britanniahütte 10
 51469 Bergisch Gladbach

Telefon: 02202 / 95585-0
 Telefax: 02202 / 95585-16

2. Öffentlicher Zweck

Die Gesellschaft wurde im Mai 1994 als Werkstatt für psychisch Behinderte von der Werkstatt für Behinderte Leverkusen/Rhein-Berg e. V. unter der Firma PBH Papierservice „Britanniahütte“ gemeinnützige GmbH gegründet. Eingetragen ist sie unter HRB 46596 im Handelsregister des Amtsgerichts Köln. Zweck der Gesellschaft ist die Errichtung, Unterhaltung und der Betrieb einer Werkstatt, die in ihrem Endausbau bis zu 115 psychisch Kranken oder Behinderten einen Arbeitsplatz bietet. Die Werkstattplätze werden in den Arbeitsbereichen Buchbinderei, Herstellung von Geschenkartikel, Mikroverfilmung bzw. Scanning, Archivdienstleistungen sowie Büroservice aller Art geschaffen.

Mit Gründung der Gesellschaft und der Kreisbeteiligung wird im Sinne des Psychiatrieplanes die Versorgung des Kreises mit Werkstattplätzen für psychisch Behinderte gewährleistet.

3. Kapital- und Beteiligungsverhältnisse

An dem Stammkapital der Gesellschaft in Höhe von 90.000 € sind beteiligt:

Gesellschafter	Stammeinlage in €	in %
Lebenshilfe Werkstätten Leverkusen/Rhein-Berg gemeinnützige GmbH	46.400	51,56
Die Kette-Rheinisch-Bergischer Verein für Sozialtherapeutische Dienste e.V.	12.800	14,22
Sozialpsychiatrisches Zentrum Leverkusen e.V.	12.800	14,22
Alpha e.V.	12.800	14,22
Stadt Leverkusen	2.600	2,89
Rheinisch-Bergischer Kreis	2.600	2,89

Der gemeinsame Anteil aller Gesellschafter, außer dem der Lebenshilfe Werkstätten Leverkusen/Rhein-Berg gemeinnützige GmbH, darf 49 % des Stammkapitals nicht übersteigen. Der Anteil jedes einzelnen Gesellschafters, außer dem der Lebenshilfe

Werkstätten Leverkusen/Rhein-Berg gemeinnützige GmbH, ist auf höchstens 24,5 % des Stammkapitals beschränkt.

4. Organe der Gesellschaft

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) die Geschäftsführung,
- b) die Gesellschafterversammlung.

4.1 Geschäftsführung

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Sie wird, falls mehrere Geschäftsführer bestellt sind, durch zwei Geschäftsführer gemeinsam oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Ist nur ein Geschäftsführer vorhanden, vertritt er die Gesellschaft allein.

Geschäftsführer der Gesellschaft ist Herr Harald Mohr.

4.2 Gesellschafterversammlung

In der Gesellschafterversammlung gewähren je 50,00 € eine Stimme. Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn so viele Gesellschafter anwesend oder vertreten sind, dass sie gemeinsam zwei Drittel aller vorhandenen Stimmen auf sich vereinigen, mindestens aber drei Gesellschafter. Ist dies nicht der Fall, kann eine neue Versammlung einberufen werden, die ohne Rücksicht auf die Höhe des vertretenen Stammkapitals beschlussfähig ist, sofern hierauf in der ersten Einladung hingewiesen wurde. Die Beschlüsse der Gesellschafterversammlung werden, soweit das Gesetz keine andere Mehrheit vorschreibt, mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wird in der Gesellschafterversammlung durch Herrn Kreiskämmerer Klaus Eckl vertreten. Sein Stellvertreter ist Herr Dietmar Virnich, Dezernatsleiter Innere Verwaltung.

5. Wirtschaftliche Daten

Die Gesellschaft erwirtschaftete im Berichtsjahr 2012 einen Jahresüberschuss in Höhe von 112.859,84 €. Dies ist gegenüber dem Vorjahr (14.028,36 €) eine deutliche Verbesserung in Höhe von 98.831,48 €.

Die Bilanzsumme erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 140,1 T€ (9,6 %) auf insgesamt 1.598,2 T€.

Die ursprünglichen Anschaffungs- und Herstellungskosten für das Anlagevermögen beliefen sich auf insgesamt 1.390,9 T€. Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2012 wurden Investitionen in Betriebs- und Geschäftsausstattung von insgesamt 33,0 T€ getätigt. Die in der Betriebsleistung von 2.329,8 T€ erfassten Umsatzerlöse enthielten u.a. Erlöse für die Erstattung von Maßnahmekosten (2.038,6 T€) und für erwirtschaftete Werkstattleistungen (290,1 T€).

Im Bereich der Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand ist die Zunahme um 40,4 T€ vornehmlich auf den Anstieg der Durchschnittsbelegung sowie dem damit einhergehenden erhöhten Leistungsumfang der Rehabilitationsträger zurückzuführen. Die Position betraf überwiegend Erstattungen für Sozialversicherungsbeiträge der behinderten Mitarbeiter. Die Aufwendungen dazu wurden in gleicher unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen erfasst.

Das durchschnittlich ausgezahlte monatliche Arbeitsentgelt je behindertem Mitarbeiter im Arbeitsbereich betrug 150,30 €. Zusätzlich wurde den behinderten Mitarbeitern Arbeitsförderungsgeld nach dem Sozialhilfegesetzbuch in Höhe von 35.047,02 € gezahlt. Im Jahr 2012 waren durchschnittlich 146,39 behinderte Mitarbeiter beschäftigt.

Bilanz

Aktiva	31.12.2012 T€	31.12.2011 T€	31.12.2010 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	1
II. Sachanlagen	261	315	350
III. Finanzanlagen	0	0	0
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	35	34	35
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	396	283	406
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	898	821	652
C. Rechnungsabgrenzungsposten	4	4	2
D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	4	1	0
Bilanzsumme	1.598	1.458	1.446

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	90	90	90
II. Gewinnrücklagen	1.141	993	988
III. Bilanzgewinn/Bilanzverlust	56	91	82
B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	20	27	37
C. Rückstellungen	49	49	58
D. Verbindlichkeiten	242	208	191
Bilanzsumme	1.598	1.458	1.446

Gewinn- und Verlustrechnung

	2012 T€	2011 T€	2010 T€
Umsatzerlöse	2.329	2.182	2.095
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	1	- 1	0
Zuweisungen und Zuschüsse der öff. Hand	820	780	773
sonstige betriebliche Erträge	29	42	28
Materialaufwand	42	31	34
Personalaufwand	1.077	1.066	1.115
Abschreibungen	86	100	115
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.870	1.807	1.712
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3	6	6
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	6	10	11
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	1
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	113	15	- 64
Sonstige Steuern	1	1	1
Jahresüberschuss	112	14	- 65
Einstellungen/Entnahmen aus Rücklagen	- 147	- 5	102
Gewinnvortrag	91	82	45
Bilanzgewinn	56	91	82

Kennzahlen

	Angaben in	2012	2011	2010
Eigenkapitalquote:	%	81,8	82,4	82,7
cash-flow:	T€	191,9	103,9	39,0
Durchschnittliches mtl. Arbeitsentgelt je Werkstattbeschäftigten:	€	150,30	159,86	160,42

6. Beschäftigte

Die Anzahl der zum Bilanzstichtag 31.12. beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

Personal	2012	2011	2010
Angestellte	25	24	26
Mitarbeiter	153	133	136
Summe	178	157	162

Der Personalaufwand betrug im Berichtsjahr insgesamt 1.077.190,00 €. Davon entfielen auf Löhne und Gehälter 827.901,27 T€ und auf soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung und für Unterstützung 249.288,73 T€.

7. Verflechtungen mit dem Kreishaushalt

Neben seiner Beteiligung am Stammkapital in Höhe von 2.600 € hat der Rheinisch-Bergische Kreis den Aufbau der Werkstatt mit einem Darlehen in Höhe von 184.065,08 € sowie einem Zuschuss von 66.467,94 € gefördert. Gem. der Ergänzungsvereinbarung vom 10.09.1999 zum Darlehensvertrag vom 15.09.1994 zahlte die PBH für das gewährte Darlehen seit 2002 eine jährliche Tilgungsleistung von je 18.406,51 € über eine Laufzeit von 10 Jahren (bis 2011). Die letzte Tilgungsrate in Höhe von 18.406,49 € wurde im Geschäftsjahr 2011 an den Rheinisch-Bergischen Kreis überwiesen, so dass das Darlehen nunmehr vollständig getilgt ist. Verlustabdeckungen sind in dem Gesellschaftsvertrag der PBH nicht vorgesehen. Eine Nachschusspflicht der Gesellschafter sieht der Gesellschaftsvertrag nicht vor.

Radio Berg GmbH & Co. KG**1. Allgemeine Unternehmensdaten**

Radio Berg GmbH & Co. KG
Cliev 19
51515 Kürten

Telefon: 02207 / 7016-0
Telefax: 02207 / 7016-97

Internet: www.radioberg.de
E-Mail: sekretariat@radioberg.de

2. Öffentlicher Zweck

Das Landesrundfunkgesetz Nordrhein-Westfalen sieht ein „Zwei-Säulen-Modell“ für den Lokalfunk in privater Trägerschaft vor. Als Betriebsgesellschaft stellt die Gesellschaft neben der Veranstaltergemeinschaft (Radio Berg e.V.) die zweite Säule des privaten Lokalfunks dar. Die am 20. Juli 1989 gegründete Gesellschaft ist im Handelsregister des Amtsgerichts Gummersbach unter der Nr. HRA 1940 eingetragen. Gründungssitz ist Gummersbach. Der Rheinisch-Bergische Kreis beteiligte sich an der Gesellschaft im Februar 1990.

Die rundfunkrechtliche Verantwortung hat entsprechend dem Landesrundfunkgesetz Nordrhein-Westfalen die Veranstaltergemeinschaft Radio Berg e.V. Sie beschäftigt die redaktionellen Mitarbeiter/innen des Senders.

Die Aufgaben der Betriebsgesellschaft liegen im kaufmännischen und technischen Bereich. Im Einzelnen ergeben sich für sie aus dem Landesrundfunkgesetz

1. die zur Produktion und zur Verbreitung des lokalen Rundfunks erforderlichen technischen Einrichtungen zu beschaffen und der Veranstaltergemeinschaft zur Verfügung zu stellen;
2. der Veranstaltergemeinschaft die zur Wahrnehmung ihrer gesetzlichen und durch Vereinbarung bestimmten Aufgaben erforderlichen Mittel im vertraglich bestimmten Umfang zur Verfügung zu stellen;
3. für die Veranstaltergemeinschaft Produktionshilfen zur Verfügung zu stellen;
4. Hörfunkwerbung zu verbreiten.

3. Kapital- und Beteiligungsverhältnisse

Die Gesellschaft firmiert in der Rechtsform der Kommanditgesellschaft. Bei dieser Rechtsform werden - neben der vollhaftenden Komplementärin - Kommanditisten ohne Berechtigung zur Geschäftsführung aufgenommen.

Komplementärin ist die Radio Berg Gesellschaft mbH, Gummersbach, deren einziger Gesellschafter die Radio Berg GmbH & Co. KG ist.
Zur Führung der Geschäfte ist nach § 14 des Gesellschaftsvertrages die Komplementärin allein berechtigt und verpflichtet.

Das Gesellschaftskapital als Summe der Einlagen der Kommanditisten beträgt 511.291,88 €.

Es ergeben sich nun folgende Kapitalanteile:

Gesellschafter	Stammeinlage in €	in %
Rundfunk-Holding Rhein-Berg/ Oberberg GmbH & Co. KG	383.468,91	75,0
Oberbergischer Kreis	32.211,39	6,3
Stadt Gummersbach	10.737,13	2,1
Stadt Wiehl	10.225,84	2,0
Stadt Bergneustadt	4.601,63	0,9
BGW Bau-, Grundstücks- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH der Gemeinde Lindlar	4.601,63	0,9
Gemeinde Nümbrecht	1.533,87	0,3
Rheinisch-Bergischer Kreis	63.911,48	12,5

Die kommunalen Träger haben die ihnen nach Landesrundfunkgesetz Nordrhein-Westfalen eingeräumte Möglichkeit ausgeschöpft, bis 25 % der Kapital- und Stimmrechtsanteile der Betriebsgesellschaft auf sich zu vereinigen.

Die Rundfunk-Holding vertritt die Interessen des Verlags M. DuMont Schauberg, Köln, sowie der Pressefunk Düsseldorf GmbH und der J. F. Ziegler KG, Remscheid.

4. Organisationsstruktur

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) die Geschäftsführung,
- b) die Gesellschafterversammlung.

4.1 Geschäftsführung

Geschäftsführer der alleinvertretungsberechtigten Komplementärin, der Radio Berg GmbH, mit Sitz in Gummersbach, ist Herr Dietmar Henkel.

4.2 Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn die anwesenden oder gemäß Absatz 5 des Gesellschaftsvertrages vertretenen Gesellschafter mindestens die Mehrheit aller vorhandenen Stimmen vertreten. Erweist sich eine Gesellschafterversammlung als beschlussunfähig, so hat die Geschäftsführung binnen drei Wochen eine neue Gesellschafterversammlung mit der gleichen Tagesordnung einzuberufen. Diese zweite Gesellschafterversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der vertretenen Stimmen beschlussfähig, in der Einladung ist darauf hinzuweisen. Die Beschlüsse der Gesellschafterversammlung werden mit Mehrheit aller vorhandenen Stimmen gefasst, innerhalb einer zweiten Gesellschafterversammlung

mit der Mehrheit aller vertretenen Stimmen. Das Stimmrecht bestimmt sich nach der Höhe der Kommanditeinlage. Stimmenthaltungen gelten als nicht abgegebene Stimmen.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wird in der Gesellschafterversammlung durch Herrn Kreistagsabgeordneten Uwe Pakendorf vertreten.

5. Wirtschaftliche Daten

Die Radio Berg GmbH & Co. KG schloss das Berichtsjahr 2012 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 552.321,40 € ab und konnte damit das Vorjahresergebnis (387 T€) deutlich übertreffen.

Die über die HSG Hörfunk Service GmbH akquirierten Werbeerlöse gingen hingegen im Geschäftsjahr 2012 um 98 T€ auf 1.246 T€ zurück.

Die Vertriebsprovisionen des Mantelprogrammlieferers Radio NRW stiegen um 44,9 % zum Vorjahr auf 847 T€. Gesunken sind die betrieblichen Aufwendungen, 4,4 % auf 1.452 T€. Während die Kosten der Veranstaltergemeinschaft mit 633 T€ (0,5 %) leicht zunahmen, blieben alle anderen Kosten unter dem Vorjahreswert.

Die Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2012 sehr solide. Das Eigenkapital von 513 T€ entsprach einer Eigenkapitalquote im Verhältnis zur Bilanzsumme von 40,3 %.

Bilanz

Aktiva	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010
	T€	T€	T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	1
II. Sachanlagen	40	60	82
III. Finanzanlagen	37	37	37
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.194	1.008	835
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	0	0	0
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1	2	2
Bilanzsumme	1.272	1.107	957

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Kommanditkapital	511	511	511
II. Gewinnrücklagen	2	2	2
B. Rückstellungen	75	69	55
C. Verbindlichkeiten	684	525	389
Bilanzsumme	1.272	1.107	957

Gewinn- und Verlustrechnung

	2012	2011	2010
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	2.104	1.933	1.820
sonstige betriebliche Erträge	40	46	57
Personalaufwand	5	1	1
Abschreibungen	26	27	31
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.452	1.518	1.546
Erträge aus Beteiligungen	0	22	0
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2	3	1
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	9	8	10
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	654	450	290
Steuern vom Ertrag	102	63	43
Sonstige Steuern	0	0	3
Jahresüberschuss	552	387	244

Kennzahlen

	Angaben in	2012	2011	2010
Eigenkapitalquote:	%	40,3	46,5	53,6
Umsatzrendite:	%	26,4	20,0	-

6. Beschäftigte

Im Berichtsjahr 2012 wurden Aushilfslöhne in Höhe von 5.287,03 € gezahlt.

7. Verflechtungen mit dem Kreishaushalt

Neben seiner Beteiligung am Stammkapital in Höhe von 63.911,48 € gewährte der Rheinisch-Bergische Kreis der Gesellschaft gem. Darlehensverträge vom 09.12.1993 und 14.01.1997 Darlehen von insgesamt 121.431,82 €. Diese wurden zwischenzeitlich vollständig von der Gesellschaft zurückgezahlt.

Der Jahresüberschuss aus dem Geschäftsjahr 2012 in Höhe von 552.321,40 € wurde an die Gesellschafter im Verhältnis ihrer Stammkapitalbeteiligung ausgeschüttet. Auf den Rheinisch-Bergischen Kreis entfiel ein Gewinnanteil in Höhe von 69.040,18 €.

8. Bewertung

Obwohl die Hörer-Reichweiten „Hörer gestern Montag-Freitag“ im März 2012 mit einem Anteil von 29,6 % um 2,8 %-Punkte zum März 2011 rückläufig waren und im Juli 2012 nochmals auf 28,6 % fielen, blieb der Sender dennoch Marktführer in der Region.

Für das Geschäftsjahr 2013 geht die Geschäftsführung von einem Jahresüberschuss in Höhe von 341 T€ aus. Hierin enthalten sind die Werbeerlöse einschließlich Onlineerlöse und die Vertriebsprovision von Radio NRW.

Erfreulich ist, dass der Sender die Verweildauer deutlich steigern konnte. Schalteten die Hörer lt. Erhebung im März 2011 nur 148 Minuten am Tag Radio Berg ein, so hören sie jetzt 204 Minuten ihren Sender.

Die Geschäftsführung geht für die Geschäftsjahre 2013 und 2014 davon aus, dass sich keine besonderen Risiken ergeben werden.

Regionalverkehr Köln GmbH**1. Allgemeine Unternehmensdaten**

Regionalverkehr Köln GmbH
Theodor-Heuss-Ring 19-21
50668 Köln

Telefon: 0221 / 16370
Telefax: 0221 / 1637239

Internet: www.rvk.de
E-Mail: info@rvk.de

2. Öffentlicher Zweck

Gegenstand der Regionalverkehr Köln GmbH (RVK) sind die Durchführung des Personennahverkehrs und hiermit zusammenhängende Nebengeschäfte, die der Förderung des Hauptgeschäftes dienen. Die Gesellschaft darf Zweigniederlassungen errichten und sich an Unternehmen gleicher oder verwandter Art beteiligen, solche Unternehmen gründen oder erwerben.

Die Gesellschaft ist im Handelsregister des Amtsgerichts Köln unter der Nummer 7432 eingetragen.

Die Gesellschaft entstand im Jahre 1976 aus einem Zusammenschluss der Bahn- und Post-Omnibusdienste. In der Zeit von 1978 bis 1995 gehörte die RVK der Unternehmensgruppe "Vereinigte Bundesverkehrsbetriebe GmbH" (VBG) an. 1995 erwarben sieben kommunale Unternehmen und der Rheinisch-Bergische Kreis das Unternehmen zu jeweils gleichen Anteilen. Die RVK ist alleinige Anteilseignerin der Regio-Bus-Rheinland GmbH (RBR), Köln. Die RBR führt im Wesentlichen Verkehrsleistungen und Dienstleistungen im Auftrag der RVK durch. Außerdem hält die RVK einen Anteil von 25% an der Verkehrsgesellschaft Bergisches Land mbH (VBL), Gummersbach. Diese führt im Wesentlichen Verkehrsleistungen für die Oberbergische Verkehrsgesellschaft AG (OVAG) durch.

Das Verkehrsgebiet umfasst im Rheinisch-Bergischen Kreis den südlichen Teil der Stadt Bergisch Gladbach sowie der Städte Overath und Rösrath. Außerdem werden bedeutende Verkehrsleistungen im Stadtgebiet Wermelskirchen, sowie in angrenzenden Teilen der Städte Remscheid und Solingen erbracht.

Die Verkehrsleistungen im Rheinisch-Bergischen Kreis werden von den Niederlassungen in Bergisch Gladbach (gemeinsam betrieben mit der KWS AG) und Wermelskirchen aus gefahren.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Der Rheinisch-Bergische Kreis hält Anteile an der RVK mit einem Nennwert von 447.400 €. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt insgesamt 3.579.200 €. Die Beteiligungsverhältnisse stellen sich wie folgt dar:

Gesellschafter	Stammeinlage in €	in %
Kölner Verkehrs-Betriebe AG, Köln	447.400	12,5
Stadtwerke Bonn Verkehrs-GmbH, Bonn	447.400	12,5
Elektrische Bahnen der Stadt Bonn und des Rhein-Sieg-Kreises oHG, Bonn	447.400	12,5
Linksrheinische Verkehrsgesellschaft mbH, Siegburg	447.400	12,5
Oberbergische Verkehrsgesellschaft AG, Gummersbach	447.400	12,5
Rhein-Erft-Verkehrsgesellschaft mbH, Bergheim	447.400	12,5
Kreis Euskirchen, Euskirchen	447.400	12,5
Rheinisch-Bergischer Kreis, Bergisch Gladbach	447.400	12,5

4. Organisationsstruktur

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) die Geschäftsführung,
- b) der Aufsichtsrat,
- c) die Gesellschafterversammlung.

4.1 Geschäftsführung

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Bei nur einem Geschäftsführer wird die Gesellschaft durch diesen allein, bei mehreren Geschäftsführern durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen gesetzlich vertreten.

Die Gesellschaft wurde im Berichtsjahr 2012 durch den Geschäftsführer Eugen Puderbach gesetzlich vertreten.

4.2 Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der RVK GmbH besteht aus 12 Mitgliedern, wobei je 1 Mitglied von den 8 Gesellschaftern entsandt und 4 Mitglieder nach den Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes gewählt werden. Die Mitglieder des Aufsichtsrates werden längstens für die Zeit bis zur Beendigung der Gesellschafterversammlung bestellt, die über die Entlastung für das vierte Geschäftsjahr nach dem Beginn der Amtszeit beschließt; hierbei wird das Geschäftsjahr, in dem die Amtszeit beginnt, nicht mitberechnet. Die Wiederbestellung ist zulässig.

Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn mindestens sieben Mitglieder, darunter der Aufsichtsratsvorsitzende oder einer seiner Stellvertreter, an der Beschlussfassung teilnehmen. Jedes Mitglied des Aufsichtsrates hat eine Stimme.

Der Aufsichtsrat setzte sich im Geschäftsjahr 2012 wie folgt zusammen:

Günter Rosenke,
Landrat Kreis Euskirchen, Weilerswist (Vorsitzender)

Karl-Hans Ganseuer,
Kreiskämmerer Rhein-Sieg-Kreis, Windeck (stellvertretender Vorsitzender)

Michael Bauch,
freigestellter Betriebsrat RVK, HV (Betriebsrat Vorsitzender), Bergheim

Franzjosef Baumeister,
Fachbereichsleiter Materialwirtschaft, Köln

Ulrich Timm,
Busfahrer, Betriebsrat RVK, Odenthal (bis 31. Mai 2012)

Andreas Frauenkron,
stellvertretender Niederlassungsleiter RVK , Hellenthal

Heinz Küpper,
Beigeordneter a. D., Ertstadt

Heinz Jürgen Reining,
Geschäftsführer SWBV, Wachtberg

Christoph Stock,
Prokurist OVAG, Olpe

Svenja Udelhoven,
Geschäftsführerin LVG, Bonn

Kuno Weber,
Vorstand KVB, Köln

Hans-Jürgen König,
Busfahrer, Betriebsrat RVK, Euskirchen (seit 01.07.2012)

Holger Müller,
Vorstand, Rheinisch-Bergischer-Kreis (seit 17.04.2012)

4.3 Gesellschafterversammlung

Je 50,00 € Geschäftsanteil gewähren eine Stimme in der Gesellschafterversammlung. Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens 2/3 des Stammkapitals vertreten sind. Erweist sich eine Gesellschafterversammlung als nicht beschlussfähig, so ist binnen zwei Wochen eine zweite Versammlung mit gleicher Tagesordnung einzuberufen und innerhalb weiterer drei Wochen abzuhalten, die ohne Rücksicht auf die Höhe des vertretenen Stammkapitals beschlussfähig ist; hierauf ist in der Einladung hinzuweisen. Eine ordentliche Gesellschafterversammlung muss in

jedem Jahr innerhalb von acht Monaten nach Ende des vorangegangenen Geschäftsjahres abgehalten werden.

In der Gesellschafterversammlung der RVK wurde der Rheinisch-Bergische Kreis im Berichtsjahr durch Herrn Reinhard Haase vertreten.

5. Wirtschaftliche Daten

Die Gesamtfahrleistung im RVK-Konzern ist im Vergleich zum Vorjahr leicht zurückgegangen und umfasst insgesamt 27,83 Mio. km.

Der RVK-Konzern verfügte am Ende des Berichtsjahres im Fahrzeugbestand über 317 eigene Omnibusse, mit denen 54 % der Gesamtfahrleistungen erbracht wurden. Für 46 % der Fahrleistungen wurden durchschnittlich 328 Omnibusse von privaten Verkehrsunternehmen eingesetzt.

Im Berichtsjahr 2012 sind auf Ebene der Muttergesellschaft Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen im Umfang von rd. 6.334 T€ erfolgt. Auf Konzernebene ergab sich ebenfalls ein Investitionsvolumen in Höhe von rd. 6.334 T€. Die Investitionen betrafen überwiegend die Errichtung von Photovoltaikanlagen (828 T€), Softwarelizenzen (563 T€), Betriebs- und Geschäftsausstattung (670 T€), und ein Bauvorhaben in Meckenheim (4.144 T€).

Die Eigenkapitalquote (ohne Sonderposten) des Konzerns beträgt unter Berücksichtigung der von den Gesellschaftern in 2012 im Rahmen der Ergebniskonsolidierung geleisteten Zahlungen 31,02 %.

Die Umsatzerlöse stiegen im RVK-Konzern um insgesamt ca. 313 T€ auf 65.320 T€, bei der Muttergesellschaft lag eine Steigerung um ca. 351 T€ auf 67.624 T€ vor.

Bilanz, RVK GmbH

Aktiva	31.12.2012 T€	31.12.2011 T€	31.12.2010 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.216	750	760
II. Sachanlagen	43.666	45.734	46.751
III. Finanzanlagen	295	292	291
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	357	371	319
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	9.859	7.524	7.954
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	6.050	3.382	4.071
C. Rechnungsabgrenzungsposten	114	107	126
Bilanzsumme	61.557	58.160	60.272

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	3.579	3.579	3.579
II. Kapitalrücklage	8.018	7.915	7.766
III. Gewinnrücklagen	710	710	710
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0	0	0
V. Bilanzgewinn, -verlust	3.282	2.935	4.268
B. Sonderposten für erhaltene Investitionszu- schüsse	11.310	13.653	12.658
C. Rückstellungen	7.935	6.603	5.720
D. Verbindlichkeiten	26.410	22.689	25.416
E. Rechnungsabgrenzungsposten	313	76	155
Bilanzsumme	61.557	58.160	60.272

Gewinn- und Verlustrechnung, RVK GmbH

	2012 T€	2011 T€	2010 T€
Umsatzerlöse	67.625	67.273	66.542
sonstige betriebliche Erträge	18.869	17.574	17.611
Materialaufwand	45.932	44.800	43.350
Personalaufwand	23.620	23.909	23.735
Abschreibungen	7.658	7.310	6.620
sonstige betriebliche Aufwendungen	8.207	7.303	7.203
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	27	46	83
Erträge aus Beteiligungen	3	3	3
Erträge aus Gewinnabführungsvertrag	27	16	14
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0	0	1
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	652	615	577
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	482	975	2.769
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
sonstige Steuern	31	35	34
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	451	940	2.735
Außerordentliche Erträge	0	0	134
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	79
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	451	940	2.790

Kennzahlen, RVK GmbH

	Angaben in	2012	2011	2010
Eigenkapitalquote:	%	25	26	27
Gesamtkapitalrentabilität:	%	2,9	6,2	5,6
Investitionen:	T€	6.334	6.509	4.221
Personalaufwandsquote:	%	34,9	35,5	35,7
Materialaufwandsquote:	%	67,9	66,6	65,1
Cash-flow aus lfd. Geschäftstätigkeit:	T€	10.361	1.534	3.332
Betriebsstreckenlänge:	Km	2.194	2.225	2.224
Anzahl der Fahrzeuge:	Anzahl	317	321	311

Bilanz, Konzern

Aktiva	31.12.2012 T€	31.12.2011 T€	31.12.2010 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.216	750	760
II. Sachanlagen	43.671	45.738	46.757
III. Finanzanlagen	68	65	64
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	357	371	319
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	9.897	7.540	7.979
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	6.293	3.492	4.442
C. Rechnungsabgrenzungsposten	115	109	125
Bilanzsumme	61.617	58.065	60.446

A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	3.579	3.579	3.579
II. Kapitalrücklage	8.014	7.912	7.763
III. Gewinnrücklagen	711	711	711
IV. Bilanzgewinn, -verlust	3.299	2.952	4.285
Sonderposten für erhaltene B. Investitionszuschüsse	11.310	13.653	12.658
C. Rückstellungen	8.259	6.925	6.057
D. Verbindlichkeiten	26.132	22.257	25.238
E. Rechnungsabgrenzungsposten	313	76	155
Bilanzsumme	61.617	58.065	60.446

Gewinn- und Verlustrechnung, Konzern

	2012 T€	2011 T€	2010 T€
Umsatzerlöse	65.320	65.007	64.365
sonstige betriebliche Erträge	18.853	17.542	17.623
Materialaufwand	34.529	34.281	33.460
Personalaufwand	32.505	31.982	31.210
Abschreibungen	7.659	7.311	6.621
sonstige betriebliche Aufwendungen	8.377	7.434	7.372
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	28	47	22
Erträge aus Beteiligungen	3	3	3
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlage- Vermögens	0	0	1
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	652	615	578
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	482	976	2.773
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
sonstige Steuern	31	36	35
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	451	940	2.738
Außerordentliche Erträge	0	0	134
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	82
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	451	940	2.790

Kennzahlen, Konzern

	Angaben in	2012	2011	2010
Eigenkapitalquote:	%	31,0	34,1	34,2
Investitionen:	T€	6.334	6.509	4.221
Materialintensität:	%	41,0	41,2	42,0
Cash-flow aus lfd. Geschäftstätigkeit:	T€	9.917	1.398	3.612
Betriebsstreckenlänge:	Km	2.194	2.225	2.224
Anzahl der Fahrzeuge:	Anzahl	317	321	311

6. Beschäftigte

Im Jahresdurchschnitt wurden folgende Mitarbeiter beschäftigt:

Personal	2012		2011		2010	
	RVK	Konzern	RVK	Konzern	RVK	Konzern
Angestellte	194	199	190	196	193	199
Arbeiter	377	639	392	631	416	645
Summe	571	838	582	827	609	844

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Neben seiner Beteiligung am Stammkapital in Höhe von 447.400 € hat der Rheinisch-Bergische Kreis im Rahmen einer sogenannten marktorientierten Direktvergabe seine Bestellentscheidung für ÖPNV-Leistungen gegenüber der RVK umgesetzt. Darüber erfolgt der Ausgleich für defizitäre Leistungen in beihilfekonformer Weise und über eine gebietskörperschaftsscharfe Abrechnung.

8. Bewertung

Die Gesamtlage für öffentliche Verkehrsunternehmen war im Jahre 2012 weiterhin durch Vorbereitung auf geänderte gesetzliche Rahmenbedingungen und von der Anpassung bereits bestehender Gesetze und Regelungen geprägt.

Für den RVK-Konzern (RVK und RBR) soll die Entwicklung des Unternehmens zu noch kostengünstigeren Strukturen fortgesetzt und die permanente Qualitätssicherung sowie der systematische Umweltschutz als Ziele fortbestehen.

Unverändert bleibt auch der Ansatz der RVK, angebotsverträgliche Einschnitte in das Busfahrleistungsangebot unter Ersatz durch alternative, an der Nachfrage orientierte Verkehrsangebote im Zusammenwirken mit den Aufgabenträgern anzuregen und nach entsprechenden Entscheidungen sodann umzusetzen.

Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft mbH**1. Allgemeine Unternehmensdaten**

Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft mbH
 Paffrather Straße 48
 51465 Bergisch Gladbach

Telefon: 02202 / 95220
 Telefax: 02202 / 952244

Internet: www.rbs-wohnen.de
 E-Mail: info@rbs-wohnen.de

2. Öffentlicher Zweck

Nach dem zweiten Weltkrieg war Wohnraum vielerorts überaus knapp. Es galt, in sehr kurzer Zeit Häuser und Wohnungen für sehr viele Menschen bereitzustellen. Diese Situation führte im Rheinisch-Bergischen Kreis zur Gründung der Rheinisch-Bergischen Siedlungsgesellschaft am 13.05.1948. Die Gesellschaft ist im Handelsregister des Amtsgerichts Köln unter der Nr. 45523 eingetragen.

Schwerpunkt der Tätigkeit der Gesellschaft ist der soziale Wohnungsbau. Sie trägt vorrangig zu einer sicheren und sozial verantwortbaren, ökologisch ausgerichteten Wohnungsversorgung breiter Bevölkerungsschichten bei. Zu diesem Zweck errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet die Gesellschaft Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen. Neubauten sollen nur im Rheinisch-Bergischen Kreis errichtet werden. Sie kann alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaues und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 4.500.000 €.

Die Gesellschaftsanteile gliedern sich wie folgt auf:

Gesellschafter	Stammeinlage in €	in %
Stadt Bergisch Gladbach	1.478.200	32,85
Zweckverband für die Kreissparkasse Köln	299.950	6,67
KSK Köln Beteiligungsgesellschaft mbH	89.900	1,99
Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft mbH (eigene Anteile)	1.131.900	25,15
Gemeinde Kürten	21.850	0,49
Rheinisch-Bergischer Kreis	1.478.200	32,85

4. Organisationsstruktur

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) die Geschäftsführung,
- b) den Aufsichtsrat,
- c) die Gesellschafterversammlung.

4.1 Geschäftsführung

Die Gesellschaft hat je nach der Bestimmung des Aufsichtsrates einen oder mehrere Geschäftsführer/innen. Ist nur ein/e Geschäftsführer/in vorhanden, so vertritt diese/r die Gesellschaft allein. Die Geschäftsführung vertritt die Gesellschaft gerichtlich und außergerichtlich. Sind mehrere Geschäftsführer/innen bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer/innen gemeinschaftlich oder, falls Prokuristen vorhanden sind, durch eine/n Geschäftsführer/in gemeinschaftlich mit einem Prokuristen vertreten. Die Geschäftsführer/innen werden von der Gesellschafterversammlung bestellt. Wiederholte Bestellung ist zulässig. Die Bestellung kann vorzeitig nur aus wichtigem Grund von der Gesellschafterversammlung widerrufen werden.

Seit dem 01.10.2001 ist Frau Sabine Merschjohann, Bergisch Gladbach, alleinige Geschäftsführerin der Gesellschaft. Für die Geschäftsführung besteht seit Januar 1994 eine Geschäftsordnung.

4.2 Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht gem. § 10 des Gesellschaftsvertrages aus 11 Mitgliedern. Hiervon werden je 4 Mitglieder von der Stadt Bergisch Gladbach und dem Rheinisch-Bergischen Kreis und ein Mitglied vom Zweckverband Kreissparkasse entsandt. Darüber hinaus sind der/die Hauptverwaltungsbeamt(e)/in des Kreises und der Stadt Bergisch Gladbach oder von diesen zu benennende Vertreter/innen geborene Mitglieder des Aufsichtsrates.

Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter für die Dauer einer kommunalen Wahlperiode.

Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder in der Sitzung zugegen sind und mindestens fünf Mitglieder an der Beschlussfassung teilnehmen. Stimmenthaltung gilt als Nichtteilnahme an der Beschlussfassung. Der Aufsichtsrat fasst, soweit durch den Gesellschaftsvertrag nicht anders bestimmt ist, seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmgleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.

Über die Angleichung der Stammkapitalanteile der beiden Hauptgesellschafter Stadt Bergisch Gladbach und Rheinisch-Bergischer Kreis wird eine Parität bei den Stimmenanteilen und damit eine angemessene Vertretung des Rheinisch-Bergischen Kreises im Aufsichtsrat der Gesellschaft gewährleistet.

Der Aufsichtsrat setzte sich wie folgt zusammen:

Dr. Hermann-Josef Tebroke
Landrat Rheinisch-Bergischer Kreis

Vorsitzender (ab 21.03.2012)

Herrn Klaus W. Waldschmidt
Rechtsanwalt

stellvertretender Vorsitzender

Herrn Udo Buschmann
Vorstandsmitglied der Kreissparkasse Köln

Frau Dipl.-Ing. Angelika Graner
Architektin

Frau Dipl.-Ing. Petra Holtzmann
Lebensmitteltechnik

Herrn Dipl.-Ing. Rolf-Dieter Schacht
Rentner

Herrn Jürgen Mumdey
Stadtkämmerer

Herr Dr. Klaus-Georg Wey
Leitender Regierungsschuldirektor

Herrn Volker Damm
Rentner

Herrn Bert Höhne
Immobilienkaufmann

Herrn Frank Rausch
Mess- und Regeltechniker

4.3 Gesellschafterversammlung

In der Gesellschafterversammlung, in der je 50,00 € Geschäftsanteil eine Stimme gewähren, werden Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Beschlüsse der Gesellschafterversammlung über die Abberufung von Aufsichtsratsmitgliedern und den Widerruf der Bestellung von Geschäftsführern, die Verschmelzung, Vermögensübertragung oder Umwandlung der Gesellschaft, die Änderung des Gesellschaftsvertrages, die Auflösung der Gesellschaft, die Zustimmung zur Abtretung von Geschäftsanteilen und zum Beitritt neuer Gesellschafter sowie dem Abschluss und der Änderung von Unternehmensverträgen bedürfen zu ihrer Gültigkeit einer Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen.

Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte des Stammkapitals vertreten ist. Ist die Versammlung nicht beschlussfähig, so ist mit einem Zwischenraum von mindestens zwei höchstens vier Wochen eine neue Gesellschafterversammlung mit der gleichen Tagesordnung einzuberufen, die ohne Rücksicht auf die Höhe des vertretenden Stammkapitals beschlussfähig ist.

Die ordentliche Gesellschafterversammlung hat spätestens bis Ende August jeden Jahres in der Regel am Sitz der Gesellschaft stattzufinden.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wird in der Gesellschafterversammlung durch folgende Personen vertreten.

Frau Mathilde Drewing
Frau Monika Koczwara
Herr Lasse Pütz
Herr Christopher Schiefer

Kreistagsabgeordnete
Leiterin der Wohnungsbauförderung
Kreistagsabgeordneter
Kreistagsabgeordneter

5. Wirtschaftliche Daten

Die Gesellschaft schloss das Geschäftsjahr 2012 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 1.237.218,91 € ab. Aus dem Jahresüberschuss wurden gem. § 22 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages 123.721,89 € (10 %) den gesellschaftsvertraglichen Rücklagen zugeführt. Der Bilanzgewinn belief sich auf 1.113.497,02 €.

Im Jahre 2012 wurden 2.905 T€ an Fremdkosten für die Instandsetzung und Instandhaltung der Mietobjekte aufgewandt.

Neben der laufenden Instandhaltung wurden weiterhin Mittel in die Grundsanierung von frei finanzierten Wohnungen investiert, um diese langfristig vermietbar zu halten. Im Jahr 2012 wurden 10 Wohnungen umfangreich – teilweise vollständig – saniert; die Kosten betrugen insgesamt 122 T€. Die kontinuierlich betriebene Untersuchung der Grundleitungen führte im Geschäftsjahr 2012 zu Sanierungskosten von 247 T€.

Im Geschäftsjahr 2012 wurden –insbesondere in Paffrath- erhebliche Mittel, insgesamt 384 T€, für die Erneuerung von Dacheindeckungen ausgegeben; aus Verkehrssicherungsgründen wurde ein Betrag von 134 T€ für die Sanierung der Balkone in der Borngasse verausgabt; für Außenanlagenprojekte –mit Schwerpunkt in Gronau- gab das Unternehmen 278 T€ aus; im Wert von 137 T€ wurden Heizungsanlagen erneuert oder umfassend überholt (insbesondere in der Lutonstraße 10 bis 22 mit über 100 T€); ca. 100 Wohnungseingangstüren in diversen Liegenschaften wurden ausgetauscht (84 T€); ein Gasnetz saniert (Martin-Luther-King-Straße mit 67 T€); Wärmemengenzähler installiert (33 T€); die Vorbereitung für die Umsetzung der Trinkwasserverordnung (Entnahmestellen 28 T€) getroffen und der Wohnungsbestand abschließend mit Rauchwarnmeldern ausgestattet (in 2012 9 T€), so dass der ab 2013 in Nordrhein-Westfalen geltenden Verpflichtung zur Ausstattung mit diesen Geräten bereits genüge getan wurde.

Für das angekaufte Objekt Richard-Zanders-Straße 84 a wurden Sanierungsaufwendungen in Höhe von 189 T€ getätigt, wovon ein Betrag in Höhe von 163 T€ den Instandhaltungsaufwand belastet und ein Betrag in Höhe von 30 T€ (Balkonanbau) neben dem Kaufpreis für Gebäude und Grundstücke aktiviert werden konnte.

Im Jahr 2012 wurden 13 Gebäude mit 66 Wohnungen in der Schmidt-Blegge-Straße 4 bis 16, Maria-Juchacz-Straße 1 bis 6 sowie eine Zeile mit elf Mietreihenhäusern in der Carl-Sonnenschein-Straße 13 bis 33 in Bergisch Gladbach energetisch modernisiert. Diese Maßnahmen sind aktivierungsfähig. Die dafür erforderlichen Mittel wurden bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau aufgenommen und mit einem Betrag von 1.689 T€ valuiert. Darüber hinaus wurden teilweise auch umfangreiche Instandsetzungsmaßnahmen durchgeführt.

Insgesamt umfasste der energetische Teil des Projektes ein Volumen von ca. 2.283 T€ und konnte zu einem geringeren Teil aufgrund der lang anhaltenden kalten Witterungsverhältnisse erst im II. Quartal 2013 beendet und abgerechnet werden.

Die Gesamtausgaben für Instandhaltung einschließlich verrechneter Personal- und Sachkosten betrugen 3.237 T€.

Im Geschäftsjahr 2012 betrugen die Mieterträge insgesamt 7.828 T€. Es wurden 160 Wohnungen gekündigt, so dass stichtagsbezogen eine Zunahme der Fluktuation auf 8,7 % (Vorjahr 7,4 %) zu verzeichnen war. Zum Stichtag 31.12.2012 standen 21 Wohnungen leer (Vorjahr 37 Wohnungen).

Die Ertragslage war im Wesentlichen durch das positive Ergebnis der Hausbewirtschaftung (1.051 T€) geprägt. Die Verringerung des Ergebnisses der Hausbewirtschaftung um 376 T€ resultierte bei um 208 T€ gestiegenen Sollmieten und um 36 T€ gesunkenen Erlösschmälerungen im Wesentlichen aus der gestiegenen Abschreibung auf Sachanlagen (193 T€) und Instandhaltungskosten (481 T€). Die gesamten Mietausfälle betrugen 195 T€ (1,8 % der Sollmieten und Umlagen).

Bilanz

Aktiva	31.12.2012 T€	31.12.2011 T€	31.12.2010 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	2	1	1
II. Sachanlagen	59.999	59.694	57.413
III. Finanzanlagen		0	0
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	3.258	3.146	3.116
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	174	216	251
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	5.141	4.231	4.758
C. Rechnungsabgrenzungsposten	23	31	35
Bilanzsumme	68.597	67.319	65.574

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	3.368	3.368	3.368
II. Kapitalrücklage	0	0	0
III. Gewinnrücklagen	14.537	13.270	12.115
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0	0	0
V. Bilanzgewinn/Bilanzverlust	1.113	1.413	1.268
B. Rückstellungen	87	82	80
C. Verbindlichkeiten	49.420	49.127	48.743
D. Rechnungsabgrenzungsposten	72	59	0
Bilanzsumme	68.597	67.319	65.574

Gewinn- und Verlustrechnung

	2012 T€	2011 T€	2010 T€
Umsatzerlöse	10.870	10.581	10.520
Erhöhung/Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	112	31	- 157
andere aktivierte Eigenleistungen	38	61	76
sonstige betriebliche Erträge	307	212	132
Aufwendungen für Hausbewirtschaftung	5.751	5.260	5.305
Personalaufwand	1.029	981	962
Abschreibungen	1.678	1.492	1.409
sonstige betriebliche Aufwendungen	381	333	348
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	83	65	73
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.039	1.028	952
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.532	1.856	1.668
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	13	11	11
Sonstige Steuern	282	275	248
Jahresüberschuss	1.237	1.570	1.409
Einstellungen in Rücklagen	124	157	141
Bilanzgewinn	1.113	1.413	1.268

Kennzahlen

	Angaben in	2012	2011	2010
Eigenkapitalquote:	%	27,3	26,4	25,1
Investitionen in Sachanlagen:	T€	1.983	3.772	4.816
cash-flow:	T€	2.927	3.066	2.821
Eigenkapitalrentabilität:	%	6,7	8,9	8,4
Wohnungseinheiten:	Anzahl	1.845	1.845	1.821
Durchschnittliche Sollmiete:	€/m²/mtl.	5,73	5,58	5,48
Fluktuationsquote der Wohn- und Gewerbeeinheiten:	%	8,7	7,4	9,6
Leerstandsquote der Wohn- und Gewerbeeinheiten:	%	1,1	2	1,4

6. Beschäftigte

Im Geschäftsjahr 2012 wurden durchschnittlich 18 Arbeitnehmer/innen beschäftigt.

Personal/Bereiche	2012	2011	2010
Kaufmännische Angestellte	7	6	5
Kaufmännische Angestellte (Teilzeitkräfte)	2	2	3
Technische Angestellte	2	2	2
Auszubildende	2	2	1
Mitarbeiter im Regiebetrieb, Hauswarte	4	4	4
Mitarbeiter im Regiebetrieb, Hauswarte (Teilzeitkräfte)	1	1	1
Summe	18	17	16

Das Unternehmen zahlte im Geschäftsjahr 2012 insgesamt 821.335,70 € an Löhne und Gehälter sowie soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung in Höhe von 207.243,50 T€.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Die Verbindungen zum Kreishaushalt resultieren aus der o.a. Kapitalbeteiligung. Abzüglich der Kapitalertragsteuer sowie des Solidaritätsbeitrags konnte der Rheinisch-Bergische Kreis in 2013 für das Geschäftsjahr 2012 eine Dividende von rd. 100 T€ vereinnahmen.

8. Bewertung

Die Gesellschaft ergänzt das örtliche Wohnungsangebot durch vorhandenen oder neu erstellten preiswerten Wohnraum. Dies führt zu positiven Synergieeffekten bei der Ansiedlung von Industrie und Handwerksbetrieben. Erfolgreich wird die Gesellschaft bei der Förderung eines modernen, zukunftsweisenden Wohnungsbaus vor allem dann sein, wenn preisgünstige Grundstücke zur Verfügung stehen.

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft war im Berichtsjahr 2012 weiterhin auf das Kerngeschäft der Bewirtschaftung der eigenen Bestände ausgerichtet mit einem umfangreichen Sanierungsprogramm zur Ertüchtigung der Immobilien.

Der mit über 30 % Anteil dominierende Gebäudebestand aus den 1950er und 1960er Jahren im Gebiet des Rheinisch-Bergischen Kreises weist insbesondere im Bereich der Einfamilienhäuser strukturelle Defizite bzw. Modernisierungs- und Sanierungsbedarfe auf.

Während die Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft in der Sanierung im energetischen Bereich sicherlich als Vorreiter zu bezeichnen ist, bleibt der altersgerechte Umbau aus den verschiedensten Gründen weiterhin eine zu bewältigende Aufgabenstellung für das Unternehmen.

Ein Nischenangebot für demenziell veränderte Menschen bietet das Unternehmen inzwischen an zwei Standorten mit drei Wohngemeinschaften an. Angesichts der steigenden Zahlen in dieser Zielgruppe und der Diskussion um eine würdige Unterbringung ist langfristig mit einem weiteren Bedarf zu rechnen.

Weiterhin bleibt das energetische Modernisierungsprogramm des Unternehmens auf hohem Niveau. Inzwischen kann ein Anteil von über 70 % des Bestandes als energetisch gut oder sehr gut bezeichnet werden, während sich der Einsatz erneuerbarer Energien weiterhin als schwierig erweist.

Rheinisch-Bergisches TechnologieZentrum GmbH

1. Allgemeine Unternehmensdaten

Rheinisch-Bergisches TechnologieZentrum GmbH
Friedrich-Ebert-Straße
51429 Bergisch Gladbach

Telefon: 02204 / 842470
Telefax: 02204 / 842471

Internet: www.tz-bg.de
E-Mail: info@tz-bg.de

2. Öffentlicher Zweck

Die Rheinisch-Bergisches TechnologieZentrum GmbH wurde am 26.10.1994 gegründet und ist im Handelsregister Köln unter der Nummer HRB 46635 eingetragen.

Gegenstand des Unternehmens der Gesellschaft ist die Einrichtung und der Betrieb eines Technologiezentrums, mit dem die Gründung neuer Unternehmen sowie die Entwicklung junger Unternehmen, die neue Technologien, Güter oder Verfahren entwickeln, produzieren und vermarkten, gefördert werden soll. Weiterhin sollen Unternehmen koordiniert und gefördert werden, deren Tätigkeiten auf dem Gebiet des Umweltschutzes liegen. (§ 2 Gesellschaftsvertrag)

Die Gesellschaft bietet innovativen Unternehmen ein Zentrums-Management, Service-Einrichtungen und anforderungsgerechte Betriebsräume an. Die Leistungen des Zentrums-Managements liegen vorwiegend in einer betriebswirtschaftlichen und technischen Beratung der im Zentrum ansässigen Unternehmen sowie in der Vermittlung von Kontakten zu Wirtschafts- und Forschungsinstitutionen in der Wirtschaftsregion.

Der gemeinsame Standort soll die Absatzchancen verbessern sowie wirtschaftliche Verflechtungen innerhalb des Zentrums und der Region fördern. Das Technologiezentrum soll einen Beitrag zur notwendigen Strukturverbesserung der regionalen Wirtschaft leisten.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 100.000 €.
Es ergeben sich folgende Beteiligungsverhältnisse:

Gesellschafter	Stammeinlage in €	in %
KSK Köln Beteiligungsgesellschaft mbH	48.000	48,0
Stadt Bergisch Gladbach	25.000	25,0
IHK Köln	2.000	2,0
Rheinisch-Bergischer Kreis	25.000	25,0

4. Organisationsstruktur

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) die Geschäftsführung,
- b) die Gesellschafterversammlung.

4.1 Geschäftsführung

Die Gesellschaft kann einen hauptberuflichen und bis zu drei nebenberufliche Geschäftsführer haben. Bestellung und Anstellung der Geschäftsführer sowie die Geschäftsverteilung unter ihnen erfolgen durch die Gesellschafterversammlung.

Hauptamtlicher Geschäftsführer des Unternehmens ist Herr Martin Westermann, Prokurist Stadtentwicklungsbetrieb Stadt Bergisch Gladbach AöR.

Nebenamtliche Geschäftsführer sind die Herren Stefan Dürselen, Dipl. Ing., Projektmanager bei der Kreissparkasse Köln, und Volker Suermann, stellvertretender Geschäftsführer der Rheinisch-Bergischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH.

4.2 Gesellschafterversammlung

Je 500 € eines Geschäftsanteils gewähren eine Stimme. Die den einzelnen Gesellschaftern zustehenden Stimmen können nur einheitlich abgegeben werden. Die Beschlüsse der Gesellschafter werden mit einer Mehrheit von mehr als drei Vierteln der abgegebenen Stimmen gefasst, soweit nicht im Gesetz oder im Gesellschaftsvertrag etwas anderes bestimmt ist. Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens drei Viertel des Stammkapitals vertreten sind. Erweist sich eine Gesellschafterversammlung als beschlussunfähig, so ist durch die Geschäftsführung binnen zwei Wochen eine neue Gesellschafterversammlung mit gleicher Tagesordnung einzuberufen. Diese Gesellschafterversammlung ist, worauf in der Einladung ausdrücklich hinzuweisen ist, ohne Rücksicht auf die Zahl der vertretenen Stimmen beschlussfähig.

Der Rheinisch-Bergische Kreis verfügt gemäß seiner Beteiligung am Stammkapital über 50 Stimmen. Die Vertretung des Rheinisch-Bergischen Kreises in der Gesellschafterversammlung wird durch Herrn Kreisdirektor Dr. Erik Werdel wahrgenommen.

5. Wirtschaftliche Daten

Das Geschäftsjahr 2012 schloss mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 69.332,21 €. Seit dem Bestehen der Gesellschaft wurden 687 Gründungsvorhaben geprüft. Bis zum 31.12.2012 wurden insgesamt 235 Unternehmen gegründet. Als Gründer in das Rheinisch-Bergische TechnologieZentrum wurden bisher 82 Unternehmen aufgenommen. Am 31.12.2012 hatten dort 20 Existenzgründer Mietverträge.

Von den zum 31.12.2012 zur Verfügung stehenden Flächen in der Größenordnung von ca. 2.900 m² waren rd. 2.660 m² belegt. Davon 140 m² in Eigennutzung des TechnologieZentrums.

Zum Zeitpunkt der jeweiligen Existenzgründung im TechnologieZentrum werden seit 18 Jahren nachweislich zum Unternehmensstart durchschnittlich 2 neue Arbeitsplätze geschaffen. Aus Mieterbefragungen zum Ende der vorangegangenen Jahre ergibt sich eine durchschnittliche Mitarbeiterzahl von rd. 9 über die letzten 10 Jahre.

Legt man eine ähnliche Wachstumsentwicklung für die Gesamtmieterschaft des TechnologieZentrums seit 1995 und eine TechnologieZentrum-spezifische Insolvenzquote in Höhe von 8,5 % zugrunde (von 82 Unternehmen wurden 7 im

Rahmen eines Insolvenzverfahrens abgewickelt), so werden von den erfolgreichen Unternehmen, die im TechnologieZentrum gegründet wurden, heute rd. 650 qualifizierte Arbeitsplätze bereitgestellt. Die Gesamtzahl der durch die in TechnologieZentrum, TechnologiePark und Region neu gegründeten 235 Unternehmen geschaffenen Arbeitsplätze lässt sich unter Zugrundelegung der TZ-spezifischen Insolvenzquote somit auf bis rd. 1.870 hochrechnen. Die hierdurch erreichten strukturellen Effekte und Folgewirkungen für die Region dürften sehr hoch sein, lassen sich aber zahlenmäßig ohne größeren Aufwand nicht quantifizieren. Die Umsatzerlöse erhöhten sich im abgelaufenen Berichtsjahr 2012 um ca. 2,5 %. Wesentlicher Grund hierfür war die Neuansiedlung von Existenzgründern. Im Jahr 2012 wurden keine wesentlichen Einzelinvestitionen durchgeführt.

Bilanz

Aktiva	31.12.2012 T€	31.12.2011 T€	31.12.2010 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	4	0	0
II. Sachanlagen	4	5	9
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	94	112	97
III. Wertpapiere	0	250	250
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	464	198	203
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	1
Bilanzsumme	566	565	560

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	100	100	100
II. Kapitalrücklage	26	26	26
III. Gewinnrücklage	373	373	373
B. Rückstellungen	41	45	39
C. Verbindlichkeiten	12	8	9
D. Rechnungsabgrenzungsposten	14	13	13
Bilanzsumme	566	565	560

Gewinn- und Verlustrechnung

	2012 T€	2011 T€	2010 T€
Umsatzerlöse	325	317	341
Sonstige betriebliche Erträge	133	142	127
Personalaufwand	127	121	118
Abschreibungen	4	4	2
Sonstige betriebliche Aufwendungen	399	430	430
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3	4	3
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit/ Jahresfehlbetrag	- 69	- 92	- 79
Entnahme aus der Kapitalrücklage	69	92	79
Bilanzgewinn	0	0	0

Kennzahlen

	Angaben in	2012	2011	2010
Eigenkapitalquote:	%	88,0	88,0	89,0
cash-flow aus lfd. Geschäftstätigkeit:	T€	- 69	- 83	- 83
cash-flow aus der Investitionstätigkeit	T€	- 7	- 1	- 5

6. Beschäftigte

Neben dem hauptamtlichen Geschäftsführer beschäftigt die Gesellschaft durchschnittlich wie im Vorjahr eine Arbeitnehmerin.

Die Gesellschaft zahlte im Berichtsjahr 2012 insgesamt 126.784,53 T€ an Personalaufwendungen. Davon 102.332,68 T€ an Löhne und Gehälter sowie 24.451,85 T€ an soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung und für Unterstützung.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Die Gesellschafter Stadt Bergisch Gladbach und Rheinisch-Bergischer Kreis haben sich gem. Gesellschaftsvertrag bereiterklärt, etwaige Betriebsverluste der Gesellschaft bis zu einer Obergrenze von 100.000 € pro Jahr auszugleichen.

Der Verlust wird zu einem Anteil von jeweils 50 % durch die beiden v.g. Gesellschafter übernommen.

Der Rheinisch-Bergische Kreis hat von dem Jahresfehlbetrag des Geschäftsjahres 2012 (rd. 69 T€) einen Verlustanteil in Höhe von 34.666,11 € durch neue Einzahlung in die Kapitalrücklage übernommen.

Die KSK Köln Beteiligungsgesellschaft mbH ist gem. Gesellschaftsvertrag nicht zur anteiligen Verlustübernahme verpflichtet. Aus dem vielseitigen Aufgabenspektrum des Rheinisch-Bergischen TechnologieZentrums als Existenzgründungsdienstleister technologieorientierter Gründungen ergibt sich jedoch ein hoher Werbeeffect auch für die Geschäftsinteressen der Kreissparkasse Köln in diesem Bereich, der entsprechend von der Kreissparkasse Köln an das TechnologieZentrum vergütet wird.

Gem. Gesellschaftsvertrag nimmt die Industrie- und Handelskammer zu Köln mit ihren Geschäftsanteilen am Gewinn/Verlust der Gesellschaft nicht teil.

8. Bewertung

Seit achtzehn Jahren hat sich das Rheinisch-Bergische TechnologieZentrum in Bergisch Gladbach als Keimzelle für technologieorientierte Existenzgründer und Jungunternehmer etabliert. Tätigkeitsschwerpunkt ist die qualifizierte und kostenlose Beratung bei technologieorientierten Unternehmensgründungen.

Die Rheinisch-Bergische TechnologieZentrum GmbH leistet einen Beitrag zur Gründungsförderung sowie zur Weiternutzung eines ausgewiesenen Technologiestandorts.

Der Imageeffekt für die Region und den Standort Rhein-Berg ist hoch. Die Existenz eines Zentrums kann Standort- und Arbeitsplatzentscheidungen von Unternehmen in technologieorientierten Bereichen positiv beeinflussen.

Neben der quantitativen Betrachtung des Gründungsgeschehens ist die Qualität der Gründungen ein wesentlicher Aspekt. Ein wichtiger Indikator hierfür ist die Tatsache, dass den Unternehmen aus dem Rheinisch-Bergischen TechnologieZentrum 40 Preise oder Auszeichnungen überwiegend im Rahmen von regionalen und überregionalen Business-Plan- und Innovations-Wettbewerben seit 1995 zuteil wurden.

Um die Ansiedlung von technologieorientierten Gründungsvorhaben sicherzustellen und zu intensivieren, wurden auch in 2012 speziell für technologieorientierte Unternehmen zugeschnittene Workshops und Seminare im Rahmen des ManagementsForums in Zusammenarbeit mit der Kreissparkasse Köln, dem TechnologieZentrum St@rt HÜRTH, den Gründer- und Technologiezentren Gummersbach, Rheinbach sowie dem BusinessCampus Rhein-Sieg in Sankt Augustin und Start Media in Hürth konzipiert und durchgeführt. Die Aktivitäten sollen auch im Jahr 2013 fortgeführt werden.

Für das Rheinisch-Bergische TechnologieZentrum ist auch im Jahr 2013 eine kontinuierliche Weiterentwicklung geplant. Die bestehenden Kooperationsmöglichkeiten mit dem TechnologiePark sollen weiterhin genutzt werden. Die Suche nach qualifizierten Gründern soll weiterhin vorangetrieben werden, um so die vorhandenen Vermietungskapazitäten besser auszulasten. Aus diesem Grunde forciert die Geschäftsführung des Rheinisch-Bergischen TechnologieZentrums die Gründerakquisition.

Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH**1. Allgemeine Unternehmensdaten**

Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH
Friedrich-Ebert-Straße 75
51429 Bergisch Gladbach

Telefon: 02204 / 97630
Telefax: 02204 / 976399

Internet: www.rbw.de
E-Mail: info@rbw.de

2. Öffentlicher Zweck

Am 19.12.1991 traf der Kreistag seine Grundsatzentscheidung zur Auflösung des bisherigen Referats für Wirtschaftsförderung bei gleichzeitiger Gründung der Rheinisch-Bergischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft mit beschränkter Haftung (RBW). Die Konzeption einer privatrechtlich organisierten Wirtschaftsförderung, die dieser Entscheidung nach mehrjähriger Diskussion in den Kreisgremien zugrunde lag, geht vom Modell des „strategischen Dreiecks“ für die zukünftige Kreiswirtschaftsförderung aus. Die Basis in diesem Verbund bilden die kreisangehörigen Städte und Gemeinden sowie der Rheinisch-Bergische Kreis mit ihren Aufgaben zur lokalen bzw. regionalen Wirtschaftsförderung. Im Sinne des public-private-partnership sind die öffentlich-rechtlichen Sparkassen und Kreditgenossenschaften mit Sitz im Kreisgebiet integriert.

Die Gesellschaft ist im Registergericht des Amtsgerichtes Köln unter der Nr. HRB 46525 eingetragen. Unternehmensgegenstand ist die Förderung der Wirtschaft auf dem Gebiet des Rheinisch-Bergischen Kreises. Die Gesellschaft wird ergänzend zum eigenständigen örtlichen Angebot wirtschaftsfördernder Leistungen der kreisangehörigen Kommunen nach Abstimmung und in Kooperation mit den Gesellschaftern tätig. Zweck der Gesellschaft ist die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur des Kreisgebietes durch Förderung der Wirtschaft. Die Tätigkeit darf nicht über den für die Zweckverwirklichung sachlich gebotenen Umfang hinausgehen, insbesondere darf sie nicht den Umfang einer laufenden Unternehmensberatung annehmen.

Die Gesellschaft versteht sich als Dienstleistungsunternehmen für die Unternehmen im kreisangehörigen Raum und für die Gesellschafter. Zu ihren Aufgaben gehören insbesondere:

- Entwicklung und Vermarktung der wirtschaftlichen Kernkompetenzen,
- Allgemeiner Firmenkundenservice,
- Standortmarketing,
- Unterstützung bei der Entwicklung von Gewerbeimmobilien.

Zur Erzielung dieser Geschäftszwecke kann sich die Gesellschaft an anderen Unternehmen, Gesellschaften und Institutionen unmittelbar oder mittelbar beteiligen und/oder deren Geschäftsführung übernehmen.

3. Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 74.300 €
Die Beteiligungsverhältnisse stellen sich wie folgt dar:

Gesellschafter	Stammeinlage in €	in %
Rheinisch-Bergischer Kreis	37.900	51,0
Stadt Bergisch Gladbach	7.020	9,45
Stadt Burscheid	1.040	1,4
Stadt Leichlingen	1.820	2,45
Stadt Wermelskirchen	2.600	3,5
Gemeinde Kürten	1.040	1,4
Gemeinde Odenthal	1.040	1,4
Stadt Overath	1.820	2,45
Stadt Rösrath	1.820	2,45
Öffentlich-rechtliche Sparkassen im Rheinisch-Bergischen Kreis		
KSK Kapitalbeteiligung Holding GmbH der Kreissparkasse Köln	7.800	10,5
Stadtsparkasse Wermelskirchen	1.300	1,75
Volks- und Raiffeisenbanken im Rheinisch-Bergischen Kreis (in Gesellschaft bürgerlichen Rechts)		
Bensberger Bank eG Paffrather Raiffeisenbank eG Raiffeisenbank Kürten-Odenthal eG Raiffeisenbank Overath-Rösrath eG	9.100	12,25

4. Organisationsstruktur

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) die Geschäftsführung,
- b) die Gesellschafterversammlung.

4.1 Geschäftsführung

Die Geschäftsführung wird von der Gesellschafterversammlung bestellt und abberufen. Die Geschäftsführung führt die Geschäfte der Gesellschaft eigenverantwortlich nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen und des Gesellschaftsvertrages. Geschäftsführer ist Herr Kreisdirektor Dr. Erik Werdel.

4.2 Gesellschafterversammlung

In die Gesellschafterversammlung entsenden:

- | | |
|---|--------------------|
| - der Rheinisch-Bergische Kreis | 9 Vertreter (9) |
| - die beteiligten kreisangehörigen Kommunen | je 1 Vertreter (8) |
| - die KSK-Kapitalbeteiligung Holding GmbH sowie
die Stadtparkasse Wermelskirchen | je 1 Vertreter (2) |
| - die GbR der Volks- und Raiffeisenbanken
im Rheinisch-Bergischen Kreis | 2 Vertreter (2) |

Die Gesellschafterversammlung ist jährlich spätestens 6 Monate nach Schluss des Geschäftsjahres - als ordentliche Gesellschafterversammlung - einzuberufen. Je 10 € eines Geschäftsanteils gewähren eine Stimme. Die dem einzelnen Gesellschafter zustehenden Stimmen können nur einheitlich abgegeben werden, ansonsten sind sie ungültig.

Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte des Stammkapitals vertreten ist. Beschlüsse werden mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst, soweit der Gesellschaftsvertrag oder das Gesetz nicht eine größere Mehrheit vorschreiben.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wird in der Gesellschafterversammlung durch folgende Personen vertreten:

Ordentliches Mitglied

Merten, Thomas
Büscher, Wolfgang
Drefahl, Christian
Conrad, Werner
Mertens, Dirk
Neu, Heinz Gerd
Pütz, Lasse
Rickes, Roland
Winkels, Robert Gordon

Stellvertreter

Rhode, Ursula
Kieweg, Dietmar
Ziepke, Klaus-Dieter
Wolf, Alfred
Dr. Beckers-Schwarz, Wolfgang
Zorn, Gerhard
Riedel, Eva-Maria
Clemen, Christiane

5. Wirtschaftliche Daten

Die Gesellschaft erzielte in 2012 bei Betriebserträgen von 73.732,69 € und Betriebsaufwendungen von 580.419,18 € ein Betriebsergebnis von – 506.686,49 €. Nach Verrechnung des Finanzergebnisses von 54.620,21 € ergab sich ein Jahresfehlbetrag von 452.066,28 €.

Der Anstieg der Betriebserträge in 2012 um rd. 24 T€ gegenüber dem Vorjahr beruhte im Wesentlichen auf gestiegene Einnahmen aus Anzeigen des Wirtschaftsmagazins „punkt.RBW“ sowie auf höheren Erträgen aus Beteiligungen an Messekosten.

Der Jahresfehlbetrag wurde durch Entnahmen aus der Kapitalrücklage vollständig ausgeglichen, wobei sich die Kapitalrücklage gegenüber dem Vorjahr von 3.175 T€ auf 3.181 T€ zum Bilanzstichtag erhöht hat, da die gewährten Gesellschafterbeiträge in 2012 in Höhe von 458 T€ über dem Jahresfehlbetrag von 452 T€ lagen.

Die Bilanzsumme betrug zum 31.12.2012 rund 4.477 T€. Gegenüber dem Vorjahr (4.544 T€) sank sie um rund 67 T€, insbesondere wegen der Rückzahlung sonstiger Ausleihungen im Rahmen des Public Leasings durch die Leasingnehmer (- 118 T€).

Bilanz

Aktiva	31.12.2012 T€	31.12.2011 T€	31.12.2010 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	9	10	37
II. Sachanlagen	24	25	31
III. Finanzanlagen	987	1.105	1.282
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	527	458	402
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	2.930	2.946	2.931
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	4.477	4.544	4.683

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	74	74	74
II. Kapitalrücklage	3.181	3.175	3.192
B. Rückstellungen	83	76	67
C. Verbindlichkeiten	1.139	1.219	1.350
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	4.477	4.544	4.683

Gewinn- und Verlustrechnung

	2012 T€	2011 T€	2010 T€
Umsatzerlöse	54	35	27
sonstige betriebliche Erträge	20	15	18
Materialaufwand	0	0	0
Personalaufwand	328	316	313
Abschreibungen	9	11	20
sonstige betriebliche Aufwendungen	244	252	261
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	46	51	71
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	40	42	38
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	31	38	62
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	- 452	- 474	- 502
Sonstige Steuern	0	0	0
Jahresfehlbetrag	-452	- 474	- 502
Entnahme aus der Kapitalrücklage	452	474	502
Bilanzgewinn/- verlust	0	0	0

Kennzahlen

	Angaben in	2012	2011	2010
Eigenkapitalquote:	%	72,7	71,5	69,7
Betriebsergebnis:	T€	- 506,6	- 529,5	- 549,6
cash-flow:	T€	- 439	- 436	- 483
Investitionen in Anlagevermögen	T€	- 1,2	- 1,8	- 22,6

6. Beschäftigte

Die Gesellschaft zahlte im Berichtsjahr 2012 insgesamt 327.595,28 T€ an Personalaufwendungen. Davon 262.042,90 T€ an Löhne und Gehälter sowie 65.552,38 T€ an soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung und für Unterstützung.

Insgesamt wurden im Geschäftsjahr 2012 durchschnittlich 6 Arbeitnehmer beschäftigt.

Personal	2012	2011	2010
Angestellte	6	6	6

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Neben seiner Beteiligung am Stammkapital in Höhe von 37.900 € hat sich der Rheinisch-Bergische Kreis verpflichtet, zur Deckung etwaiger Verluste der Gesellschaft einen jährlichen Gesellschafterbeitrag in Höhe von 458.000 € an die RBW zu leisten. Der Rheinisch-Bergische Kreis ist berechtigt, den Beitrag angemessen herabzusetzen, wenn der Beitrag andernfalls im Verhältnis zur Ertragslage der Gesellschaft unangemessen hoch wäre. Der Beitrag des Rheinisch-Bergischen Kreises wird gegen etwaige Verluste der Gesellschaft gebucht; soweit er diesen Betrag

übersteigt, erfolgt eine Verbuchung auf gesondertem Rücklagenkonto zugunsten des Rheinisch-Bergischen Kreises. Zur Abdeckung des Jahresfehlbetrages 2012 der RBW, wurde der Gesellschafterbeitrag durch den Rheinisch-Bergischen Kreis in voller Höhe (458.000 €) an die Gesellschaft ausgezahlt.

Darüber hinaus stellte der Rheinisch-Bergische Kreis im Einvernehmen mit den Städten und Gemeinden der RBW ursprünglich 4,35 Mio. € als Sondervermögen zur Verfügung. Hiervon wurden zwischenzeitlich 1 Mio. € an den Rheinisch-Bergischen Kreis zurücküberwiesen. Die Verwendungsmöglichkeiten des Sondervermögens sind in einer gesonderten Vergaberichtlinie geregelt. Gemäß der Vergaberichtlinie dient das Sondervermögen einer gezielten Förderung der Wirtschaft im Rheinisch-Bergischen Kreis. Es dient im Einzelnen der Finanzierung der im Gesellschaftsvertrag und aufgrund von Beschlüssen der Gesellschafterversammlung bestimmten Zwecke der Gesellschaft. Hierzu zählt auch die Unterstützung bei der Entwicklung von Gewerbeimmobilien und deren Vermarktung. Um das Sondervermögen langfristig zu erhalten, wurde in der Vergaberichtlinie bei der Mittelverwendung eine grundsätzliche Rückzahlungsverpflichtung aufgenommen.

Die Verwaltung des Sondervermögens erfolgt seit Oktober 2006 bei der Rheinisch-Bergischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft.

In seiner Sitzung am 13.12.2012 beschloss die Gesellschafterversammlung die Einrichtung eines neuen Tätigkeitsfeldes „Fachkräftesicherung und –marketing“ und bewilligte hierzu eine neue Vollzeitstelle. Mit Beschluss vom 20.12.2012 sprach sich der Kreistag des Rheinisch-Bergischen Kreises dafür aus, dass dieses Tätigkeitsfeld mit in den Aufgabenkatalog der RBW aufgenommen wird. Zudem hat sich in den letzten Jahren herausgestellt, dass die Finanzierung der Gesellschaft in der bisherigen Höhe aufgrund Personal- und Sachkostensteigerungen und des Zinsverlustes wegen der beabsichtigten Entnahme von Mitteln aus dem Sondervermögen zur Finanzierung der Breitbandförderung von Gewerbegebieten nicht mehr auskömmlich ist. Der Kreistag beschloss daher, den Haushaltsansatz zur jährlichen Förderung der Arbeit der RBW von bisher 458 T€ auf 600 T€ zu erhöhen.

8. Bewertung

Im Geschäftsjahr 2012 stellte sich die Gesellschaft in allen Bereichen als steuerungsfähige Wirtschaftsförderungsgesellschaft dar. Die Tätigkeitsfelder Existenzgründungsberatung, Unternehmenssicherung und –nachfolge, Fördermittelberatung, Behördenscout, Kompetenzfeldentwicklung, Gewerbeblächenservice, Standortmarketing und Öffentlichkeitsarbeit zeigten im Geschäftsjahr 2012 einen planmäßigen Geschäftsverlauf. Der Zweck der Gesellschaft, die soziale und wirtschaftliche Struktur des Rheinisch-Bergischen Kreises durch die Förderung der Wirtschaft zu verbessern, wurde erreicht.

Seit der Umstrukturierung der Gesellschaft im Jahr 2005 wurde ein kontinuierlicher Prozess zur Verbesserung der Arbeit der Gesellschaft eingeleitet. Dieser Prozess setzte sich im Jahr 2012 fort. Die Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft entwickelte ein speziell auf die Gesellschaft abgestimmtes Controlling, das erstmals in 2006 durchgeführt wurde. Im Geschäftsjahr 2012 wurde dieses Controlling fortgeschrieben, somit ergaben sich weitere Vergleichswerte über die Jahre. Auch hier zeigt sich die Kontinuität des Geschäftsverlaufs in den einzelnen Tätigkeitsbereichen der RBW. Mit der Umsetzung des Controllings leistet die Gesellschaft weiterhin einen Beitrag zur Transparenz der Tätigkeit sowohl für die Gesellschafter als auch für die Kunden.

Im Hinblick auf die der Rheinisch-Bergischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft gestellten Aufgaben ist diese derzeit nicht in der Lage, ein ausgeglichenes Ergebnis zu erzielen, da sie aufgrund ihrer Geschäftstätigkeit selbst nur in eingeschränktem Umfang Erträge erzielen kann. Die Gesellschaft ist daher auch in Zukunft nur dann

existenzfähig, wenn die jährlichen Fehlbeträge durch Zahlungen der Gesellschafter ausgeglichen werden.

Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung in Köln GbR**1. Allgemeine Unternehmensdaten**

Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung in Köln
Konrad-Adenauer-Straße 13
50996 Köln

Telefon: 0221 / 937663
Telefax: 0221 / 9376650

Internet: www.rheinstud.de
E-Mail: Abt.Koeln@Rheinstud.de

2. Öffentlicher Zweck

Das Studieninstitut vermittelt den Dienstkräften der Gesellschafter sowie ihrer kreisangehörigen Städte und Gemeinden, einschließlich deren Eigenbetriebe, durch planmäßigen Unterricht eine gründliche Berufsausbildung, nimmt die vorgeschriebenen Prüfungen ab und sorgt für die berufliche Fortbildung. Es kann darüber hinaus weitere Aufgaben übernehmen.

Das Studieninstitut übernimmt auch die Ausbildung, Prüfung und Fortbildung der Dienstkräfte gemeindlicher Zweckverbände sowie solcher Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts, deren Leiterin oder Leiter Beamtin oder Beamter einer Gemeinde oder eines Gemeindeverbands ist.

Das Studieninstitut hat ferner die Aufgabe, die Anstellungskörperschaften bei der Auslese der Bewerberinnen und Bewerber nach dem geltenden Beamten- sowie Arbeits- und Tarifrecht zu beraten und zu unterstützen. Insbesondere hat es die vorgeschriebenen Auswahlverfahren durchzuführen.

Das Studieninstitut kann auch Dienstkräfte anderer Verwaltungen, Körperschaften und Einrichtungen, die öffentlichen Zwecken dienen, auswählen, ausbilden, prüfen und fortbilden.

3. Beteiligungsverhältnisse

Mitglieder der Gesellschaft und damit Träger des Instituts sind:

Stadt Köln,
Stadt Bonn,
Landschaftsverband Rheinland,
Rhein-Erft-Kreis,
Kreis Euskirchen,
Oberbergischer Kreis,
Rhein-Sieg Kreis,
Rheinisch-Bergischer Kreis

4. Organisationsstruktur

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) den Institutsvorsteher,
- b) den Institutsausschuss,
- c) die Gesellschafterversammlung.

4.1 Institutsvorsteher

Der Institutsvorsteher ist Vorsitzender der Gesellschafterversammlung, Leiter des Instituts und Geschäftsführer im Sinne der §§ 710 ff BGB.

Institutsvorsteher war im Geschäftsjahr 2012 Herr Hagen Jobi, Landrat des Oberbergischen Kreises. Seit dem 01.01.2013 ist der Landrat des Rheinisch-Bergischen Kreises, Herr Dr. Hermann-Josef Tebroke Institutsvorsteher. Die Stellvertretung liegt bei Herrn Günter Rosenke, Landrat des Kreises Euskirchen.

Im Rahmen der Geschäftsführung wird Herr Landrat Dr. Hermann-Josef Tebroke durch die Studienleiterin Frau Patricia Florack vertreten.

4.2 Institutsausschuss

Zur Unterstützung und Beratung des Institutsvorstehers wird unter seinem Vorsitz ein Institutsausschuss gebildet. Kraft ihres Amtes sind neben dem Institutsvorsteher Mitglieder des Institutsausschusses:

- die Vertreter der einzelnen Gesellschafter
- die Studienleiterin des Institutes

Für 5 Jahre, jedoch längstens für die Dauer ihres Amtes bzw. Mandates, werden von der Gesellschafterversammlung als Mitglieder berufen:

- jeweils bis zu zwei von den Räten der kreisfreien Städte bzw. der Kreistage der Landkreise und vom Landschaftsausschuss des Landschaftsverbandes Rheinland zu benennende Vertreter und deren Stellvertreter,
- je ein Vertreter der Dienstkräfte des mittleren und gehobenen Verwaltungsdienstes aus jeder Abteilung, die von den Personalräten der einzelnen Gemeinden und Gemeindeverbände vorzuschlagen sind.

Studienleiterin ist Frau Patricia Florack. Die stellvertretende Studienleitung liegt bei Herrn Heinrich Johann.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wird im Institutsausschuss durch folgende Kreistagsabgeordnete vertreten:

Ordentliches Mitglied

Dünner, Johannes
Hilden, Stefanie

Stellvertreter

Heimann, Ulrich
Dr. Wey, Klaus-Georg

4.3 Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlung beschließt über die Angelegenheiten des Instituts. Aufgaben, die der Gesellschafterversammlung vorbehalten sind, ergeben sich aus § 10 des Gesellschaftsvertrages.

Vorsitzender der Gesellschafterversammlung bzw. sein Stellvertreter ist jeweils für ein Jahr der/die Oberbürgermeister/-in der Städte Bonn und Köln, die Landräte des Rhein-Erft-Kreises, des Rhein-Sieg Kreises, des Oberbergischen Kreises, des Rheinisch-Bergischen Kreises, des Kreises Euskirchen und die Direktorin des Landschaftsverbandes Rheinland.

Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn die anwesenden Vertreterinnen und Vertreter der Gesellschafter wenigstens die Hälfte der vertraglichen Stimmenzahl erreichen. Beschlüsse der Gesellschafterversammlung werden, soweit nichts anderes bestimmt ist, mit Stimmenmehrheit gefasst. Bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wird in der Gesellschafterversammlung durch Herrn Dezernenten Dietmar Virnich vertreten.

5. Wirtschaftliche Daten

Im Geschäftsjahr 2012 konnte im Bereich der Ausbildung und beruflichen Weiterqualifizierung ein leichter Rückgang bei der Kursanzahl, jedoch ein leichter Anstieg bei den Teilnehmer/-innenzahl verzeichnet werden. So wurden 2012 in 64 Kursen 1309 Teilnehmer/-innen geschult, d.h. die Anzahl der Kurse sank 2012 im Vergleich zum Vorjahr um 4,5 % und die der Teilnehmer/-innen stieg um 0,7 %. Dadurch stieg die durchschnittliche Auslastung der einzelnen Lehrgänge im Vorjahresvergleich von 19,4 auf 20,5 Teilnehmer/-innen. Die bessere Auslastung der Kurse war u.a. auch darauf zurückzuführen, dass der Standort Bonn aufgegeben wurde und damit die Teilnehmer/-innen den einzelnen Kursen effektiver zugeordnet werden konnten.

Erneut rückläufig war die Zahl der Anwärter/-innen des mittleren nichttechnischen Dienstes. Diese sank deutlich um 11,7 %

Im Bereich des „Prüfungserleichterten Aufstiegs“ vom mittleren in den gehobenen Dienst fanden in 2012 drei Kurse mit 72 Beamten/Beamtinnen statt, was bei den Teilnehmer/-innen einen Zugewinn von 14,3 % ausmachte.

Während die Zahl der Angestelltenkurse I bei acht Kursen stagnierte, konnte bei den Kursen für die Verwaltungsfachwirte/-wirtinnen ein leichter Anstieg verzeichnet werden. Hier fanden zwölf Kurse mit 217 Teilnehmer/-innen statt.

Die Zahl der Auszubildenden für den Ausbildungsberuf des/der Verwaltungsfachangestellten verschlechterte sich gegenüber dem Vorjahr drastisch. Im Geschäftsjahr 2012 besuchten 396 Auszubildende in 20 Kursen (- 10,1 %) das Studieninstitut. 70 Teilnehmer/-innen absolvierten Kurse zum Erwerb der Doppelqualifikation Kaufmann/-frau für Bürokommunikation und Verwaltungsfachangestellte/-r. Ein Kurs war eine Sonderschulungsmaßnahme der Stadt Köln, welche sich an junge, alleinerziehende Mütter wendete. Darüber hinaus wurden in einem Kurs 18 Prüflinge der Verwaltungsfachangestelltenkurse zu Buchhaltern kommunal direkt nach ihrer Prüfung weiterqualifiziert.

Sechs Lehrgänge wurden für Mitarbeiter/-innen ohne verwaltungsspezifische Vorbildung durchgeführt.

Im Bereich der Fortbildungen musste leider ein leichter Rückgang verzeichnet werden. Von Oktober 2011 bis September 2012 besuchten 4.691 Fortzubildende (- 13,1 %) in 376 Veranstaltungen (- 7,4 %) das Studieninstitut. Die durchschnittliche Seminardauer von 1,72 Tage im Jahr 2010/2011 sank minimal auf 1,65 Tage im Berichtszeitraum. Das Rheinische Studieninstitut nahm im Jahre 2012 auch weiterhin die Aufgabe der Mitwirkung bei der Personalauswahl und –entwicklung der Anstellungskörperschaften wahr.

Bilanz

Aktiva	31.12.2012 T€	31.12.2011 T€	31.12.2010 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0
II. Sachanlagen	143	192	244
III. Finanzanlagen	0	59	1.269
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	241	587	335
II. Kassenbestand, Bankguthaben	1.870	2.112	1.326
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	2.254	2.950	3.174

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Anfangskapital	1.286	1.977	1.841
II. Jahresfehlbetrag, -überschuss	- 209	- 309	136
B. Rückstellungen	1.123	941	1.169
C. Verbindlichkeiten	54	341	28
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	2.254	2.950	3.174

Gewinn- und Verlustrechnung

	2012 T€	2011 T€	2010 T€
Umsatzerlöse	2.662	2.774	2.597
sonstige betriebliche Erträge	44	128	76
Materialaufwand	1.640	1.843	1.431
Personalaufwand	333	326	250
Abschreibungen	65	129	78
sonstige betriebliche Aufwendungen	910	963	820
Finanzerträge	33	51	42
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	- 209	- 308	136
Steuern	0	0	0
Jahresfehlbetrag/ -überschuss	209	- 308	136

Kennzahlen

	Angaben in	2012	2011	2010
Eigenkapitalquote:	%	47,79	56,55	62,28
cash-flow aus lfd. Geschäftstätigkeit:	T€	- 281.871,65	- 531.596,14	110.563,86

6. Beschäftigte

Am Bilanzstichtag 31.12.2012 waren im Unternehmen 19 Personen (davon 11 Personen zugewiesen) beschäftigt.

Personal	2012	2011	2010
Summe	19	16	18

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Soweit die zur Erfüllung der Aufgaben der Gesellschaft erforderlichen Mittel nicht durch die Lehrgangs- und Prüfungsgebühren abgedeckt werden können, werden von den Gesellschaftern Umlagen erhoben. Der Verrechnungsschlüssel wird von der Gesellschafterversammlung festgesetzt und richtet sich nach der Zahl der von den einzelnen Gebietskörperschaften angemeldeten Lehrgangsteilnehmer.

Der Rheinisch-Bergische Kreis hat im Geschäftsjahr 2012 eine Umlage in Höhe von insgesamt 80.821,00 € gezahlt. Davon entfielen 75.864 € auf die Gesellschaftsumlage und 4.957 € auf die Versorgungsumlage.

RWE AG, Essen**1. Allgemeine Unternehmensdaten**

RWE Aktiengesellschaft
Opernplatz 1
45128 Essen

Telefon: 0201 / 1200
Telefax: 0201 / 1215199

Internet: www.rwe.com
E-Mail: contact@rwe.com

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft mit Sitz in Essen ist die Leitung einer Gruppe von Unternehmen, die insbesondere auf folgenden Geschäftsfeldern tätig sind:

- Erzeugung und Beschaffung von Energie, einschließlich erneuerbarer Energien,
- Gewinnung, Beschaffung und Verarbeitung von Bodenschätzen und anderen Rohstoffen,
- Versorgung und Handel mit Energie,
- Errichtung, Betrieb und Nutzung von Transportsystemen für Energie,
- Versorgung mit Wasser und Behandlung von Abwasser,
- Erbringung von Dienstleistungen auf den vorgenannten Gebieten, einschließlich Energieeffizienzdienstleistungen.

Die Gesellschaft kann andere Unternehmen gründen, erwerben und sich an ihnen beteiligen, insbesondere an solchen, deren Unternehmensgegenstände sich ganz oder teilweise auf die vorgenannten Geschäftsfelder erstrecken. Sie kann Unternehmen, an denen sie beteiligt ist, unter ihrer einheitlichen Leitung zusammenfassen oder sich auf die Verwaltung der Beteiligung beschränken. Sie kann ihren Betrieb ganz oder teilweise in verbundene Unternehmen ausgliedern oder verbundenen Unternehmen überlassen.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Das Grundkapital der RWE AG beträgt 1.573.748.477,44 €.

Es ist eingeteilt in 575.745.499 Stück Stammaktien und 39.000.000 Stück Vorzugsaktien ohne Stimmrecht.

3.1 Aktien im Kämmeivermögen

Der Rheinisch-Bergische Kreis hält insgesamt 70.860 Stammaktien der RWE AG im Kämmeivermögen.

Für das Geschäftsjahr 2012 konnte der Rheinisch-Bergische Kreis eine Dividende abzüglich Kapitalertragssteuer und Solidaritätsbeitrag in Höhe von 119.292,81 € in 2013 vereinnahmen.

3.2 Aktien im Vermögen der Kraftverkehr Wupper-Sieg AG

Das Verkehrsunternehmen des Rheinisch-Bergischen Kreises, die Kraftverkehr Wupper-Sieg AG, hat durch die RW-Holding AG im Geschäftsjahr 2002 insgesamt 671.385 RWE AG Stammaktien erworben. Der Rheinisch-Bergische Kreis übt gem. eines zwischen der Kraftverkehr Wupper-Sieg AG und dem Rheinisch-Bergischen

Kreis abgeschlossenen Legitimationsvertrages die Verwaltungsrechte aus den Aktien in eigenem Namen, aber für Rechnung der Kraftverkehr Wupper-Sieg AG aus.
Für das Geschäftsjahr 2012 konnte die Kraftverkehr Wupper-Sieg AG eine Dividende abzüglich Kapitalertragssteuer und Solidaritätsbeitrag in Höhe von 988.614,42 € in 2013 vereinnahmen.

4. Organisationsstruktur

Die RWE AG hat folgende Organe:

- a) den Vorstand,
- b) den Aufsichtsrat,
- c) die Hauptversammlung.

4.1 Vorstand

Der Vorstand besteht aus mindestens zwei Personen. Im Übrigen wird die Zahl seiner Mitglieder durch den Aufsichtsrat festgelegt. Die Gesellschaft wird durch zwei Mitglieder des Vorstands oder durch ein Mitglied des Vorstands zusammen mit einem Prokuristen gesetzlich vertreten.

Vorstandsmitglieder im Geschäftsjahr 2012 waren die Herren:

Dr. Jürgen Großmann	Vorstandsvorsitzender bis 30.06.2012
Peter Terium	Vorstandsvorsitzender seit 01.07.2012
Dr. Rolf Martin Schmitz	stellv. Vorstandsvorsitzender seit 01.07.2012 und Vorstand Operative Steuerung
Dr. Leonhard Birnbaum	Vorstand Kommerzielle Steuerung
Alwin Fitting	Arbeitsdirektor
Dr. Bernhard Günther	Finanzvorstand seit 01.07.2012
Dr. Rolf Pohlig	Finanzvorstand bis 31.12.2012

4.2 Aufsichtsrat und Wirtschaftsbeirat

Der Aufsichtsrat besteht aus zwanzig Mitgliedern, von denen zehn von der Hauptversammlung nach den Bestimmungen des Aktiengesetzes und zehn von den Arbeitnehmern nach den Bestimmungen des Mitbestimmungsgesetzes vom 04.05.1976 gewählt werden. Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte den Vorsitzenden und einen Stellvertreter. Er ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder, aus denen er insgesamt zu bestehen hat, an der Beschlussfassung teilnimmt. Beschlüsse des Aufsichtsrats bedürfen der Mehrheit der abgegebenen Stimmen, soweit nicht gesetzlich zwingend etwas anderes bestimmt ist.

Der Vorstand kann einen Wirtschaftsbeirat für die Gesellschaft bilden und für ihn eine Geschäftsordnung erlassen.

Der Rheinisch-Bergische Kreis ist im Aufsichtsrat und Wirtschaftsbeirat der Gesellschaft nicht vertreten.

Mitglieder im Aufsichtsrat waren im Geschäftsjahr 2012:

Dr. Manfred Schneider	Vorsitzender
Frank Bsirske	stellv. Vorsitzender
Dr. Paul Achleitner	
Werner Bischoff	
Carl-Ludwig von Boehm-Bezing	
Heinz Büchel	bis 31.12.2012
Dieter Faust	

Roger Graef	
Arno Hahn	seit 01.07.2012
Manfred Holz	
Frithjof Kühn	
Hans Peter Lafos	
Christine Merkamp	
Dagmar Mühlenfeld	
Dagmar Schmeer	
Prof. Dr.-Ing. Dr.-Ing. E. h. Dr. h. c. Ekkehard D. Schulz	
Dr. Wolfgang Schüssel	
Ullrich Sierau	
Uwe Tigges	bis 30.06.2012
Manfred Weber	
Dr. Dieter Zetsche	

4.3 Hauptversammlung

Die Hauptversammlung wird, soweit nicht nach Gesetz oder Satzung auch andere Personen dazu befugt sind, vom Vorstand einberufen. Die Einberufung muss mindestens sechsdrei Tage vor dem Tag der Versammlung bekanntgemacht werden. Aktionäre, die an der Hauptversammlung teilnehmen oder das Stimmrecht ausüben wollen, müssen sich vor der Versammlung anmelden. Die Anmeldung bedarf der Textform und muss in deutscher oder englischer Sprache erfolgen. Die Aktionäre müssen außerdem die Berechtigung zur Teilnahme an der Hauptversammlung oder zur Ausübung des Stimmrechts nachweisen. Dazu bedarf es eines in Textform erstellten Nachweises des Anteilsbesitzes durch das depotführende Kredit- oder Finanzdienstleistungsinstitut. Der Nachweis muss in deutscher oder englischer Sprache erfolgen. Jede Stammaktie gewährt in der Hauptversammlung eine Stimme. Soweit den Vorzugsaktionären nach dem Gesetz ein Stimmrecht zusteht, gewährt jede Vorzugsaktie eine Stimme. Die Beschlüsse der Hauptversammlung werden, soweit nicht die Satzung oder zwingende gesetzliche Vorschriften etwas Abweichendes bestimmen, mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen und, soweit außerdem eine Kapitalmehrheit erforderlich ist, mit einfacher Mehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals gefasst.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wird in der Hauptversammlung durch den Kreistagsabgeordneten Herrn Heinz Gerd Neu vertreten. Seine Stellvertreterin ist Frau Kreistagsabgeordnete Christine Bender.

5. Wirtschaftliche Daten

Der RWE-Konzern erwirtschaftete im zurückliegenden Geschäftsjahr 2012 einen Außenumsatz von insgesamt 53.227 Mio. €, der somit um 3 % über dem Vorjahreswert lag. Ausschlaggebend für diese positive Entwicklung waren Absatzsteigerungen im Stromgeschäft mit deutschen Weiterverteilern. Starken Einfluss auf die Umsatzentwicklung hatten kostenbedingte Preisanhebungen im Vertriebsgeschäft, während Einbußen beim Gasabsatz und die Entkonsolidierung des Übertragungsnetzbetreibers Amprion gegenläufig wirkten. Auch Wechselkursänderungen spielten eine Rolle.

Lässt man wesentliche Konsolidierungs- und Wechselkurseinflüsse außer Betracht, lag ein Anstieg des Konzernumsatzes um 5 % vor.

Im Unternehmensbereich Deutschland lag der Außenumsatz mit 24.943 Mio. € um 16 % über dem Vorjahreswert. Im Stromgeschäft erhöhte er sich um 20 % auf 19.386 Mio. €. Hauptgrund war, dass die mit Amprion erzielten Erlöse der deutschen Verteilnetzbetreiber nicht mehr als Innen-, sondern als Außenumsatz erfasst wurden. Aber auch operativ konnte ein deutliches Plus verzeichnet werden. Basis dafür war der

Mehrabsatz an Weiterverteiler. Zudem hatten einige der Regionalgesellschaften die Preise für Privat- und Gewerbekunden angehoben. Im Gasgeschäft stieg der Umsatz trotz Absatzeinbußen geringfügig auf 3.553 Mio. €. Auch im Gasbetrieb mussten die Preise angehoben werden. Ursache dafür waren gestiegene Beschaffungskosten.

Der RWE-Konzern erzielte im Geschäftsjahr 2012 ein EBITDA von 9.314 Mio. € und ein betriebliches Ergebnis von 6.416 Mio. €. Das waren jeweils 10 % mehr als im Vorjahr. Die Verluste im Gas-Midstream-Geschäft fielen wesentlich geringer aus, als zunächst angenommen. Außerdem kam der RWE-Konzern mit seinen laufenden effizienzsteigernden Maßnahmen besser voran als geplant. Erwartungsgemäß stark zulegen konnte der Bereich der deutschen Stromerzeugung, deren Ertragslage 2011 noch durch hohe Einmalbelastungen aus der Laufzeitverkürzung für deutsche Kernkraftwerke geprägt war. Darüber hinaus profitierte der Konzern 2012 von einer stark verbesserten Performance im Energiehandel. Lässt man wesentliche Konsolidierungs- und Währungseffekte außer Betracht, ergab sich beim EBITDA und beim betrieblichen Ergebnis von Plus von 12 % bzw. 13 %.

Das betriebliche Ergebnis des Unternehmensbereichs Deutschland verbesserte sich durch die beiden Geschäftsfelder Stromerzeugung und Vertrieb/Verteilnetze um 10 % auf 4.622 Mio. €.

Im Berichtsjahr wurden Investitionen in Höhe von 5.544 Mio. € getätigt. Damit blieb der Konzern um 22 % unter dem Vorjahresniveau von 2011. Die Ausgaben von Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände verringerten sich deutlich gegenüber den Vorjahren. Sie summierten sich auf 5.081 Mio. €. Ein Großteil der Mittel floss in den Bau neuer Stromerzeugungskapazitäten. Der Erhalt und die Modernisierung der Netzinfrastruktur bildeten einen weiteren Schwerpunkt der Investitionstätigkeit. Für Finanzanlagen wurden 463 Mio. € eingesetzt.

Im Bereich Deutschland wurden insgesamt 2.123 Mio. € investiert. Dies stellte einen Rückgang gegenüber dem Vorjahr von 11 % dar.

Die Nettoschulden beliefen sich zum Ende des Berichtsjahres auf 33,0 Mrd. €. Gegenüber 2011 lag damit ein Anstieg um 3,1 Mrd. € vor.

Leicht angestiegen sind auch die Fremdkapitalkosten. Diese lagen mit 5,1 % etwas höher als im Vorjahr (4,9 %).

Die Gesellschaft schüttete für das Geschäftsjahr 2012 insgesamt eine Dividende von 1.229 Mio. € aus, dies entsprach 2,00 € je Aktie.

Bilanz

Aktiva	31.12.2012 Mio. €	31.12.2011 Mio. €	31.12.2010 Mio. €
Langfristiges Vermögen			
Immaterielle Vermögensgegenstände	16.017	16.946	17.350
Sachanlagen	36.006	34.847	32.237
Investment Property	111	136	162
At-Equity-bilanzierte Beteiligungen	3.625	4.113	3.694
Übrige Finanzanlagen	959	836	750
Finanzforderungen	1.461	1.928	1.042
Sonstige Forderungen und sonstige Vermögenswerte	1.519	2.041	2.213
Ertragsteueransprüche	60	71	626
Latente Steuern	3.604	2.621	2.391
	<u>63.362</u>	<u>63.539</u>	<u>60.465</u>
Kurzfristiges Vermögen			
Vorräte	3.128	3.342	3.293
Finanzforderungen	1.737	2.171	2.746
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	8.033	7.468	9.485
Sonstige Forderungen und sonstige Vermögenswerte	6.501	8.934	10.484
Ertragsteueransprüche	165	198	543
Wertpapiere	2.604	4.995	3.196
Flüssige Mittel	2.672	2.009	2.476
Zur Veräußerung bestimmte Vermögenswerte	0	0	389
	<u>24.840</u>	<u>29.117</u>	<u>32.612</u>
Bilanzsumme	88.202	92.656	93.077

Passiva			
Eigenkapital			
Anteile der Aktionäre der RWE AG	12.122	13.979	14.574
Anteile der Hybridkapitalgeber der RWE AG	2.702	1.759	1.759
Anteile anderer Gesellschafter	1.613	1.344	1.084
	<u>16.437</u>	<u>17.082</u>	<u>17.417</u>
Langfristige Schulden			
Rückstellungen	28.067	23.829	23.485
Finanzverbindlichkeiten	15.417	15.428	15.908
Übrige Verbindlichkeiten	2.714	3.438	3.584
Latente Steuern	1.323	1.696	2.185
	<u>47.521</u>	<u>44.391</u>	<u>45.162</u>
Kurzfristige Schulden			
Rückstellungen	4.811	5.327	5.572
Finanzverbindlichkeiten	4.529	6.495	3.902
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	7.315	7.886	8.415
Ertragsteuerverbindlichkeiten	136	144	90
Übrige Verbindlichkeiten	7.453	11.331	12.376
Zur Veräußerung bestimmte Schulden	0	0	143
	<u>24.244</u>	<u>31.183</u>	<u>30.498</u>
Bilanzsumme	88.202	92.656	93.077

Gewinn- und Verlustrechnung ¹

	2012 Mio. €	2011 Mio. €	2010 Mio. €
Umsatzerlöse (inkl. Erdgas-/Stromsteuer)	53.227	51.686	53.320
Erdgas-/Stromsteuer	2.456	2.533	2.598
Umsatzerlöse	50.771	49.153	50.722
Sonstige betriebliche Erträge	1.867	2.151	1.495
Materialaufwand	34.496	33.928	33.176
Personalaufwand	5.318	5.170	4.873
Abschreibungen	5.071	3.404	3.213
Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.908	4.673	4.448
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit	3.845	4.129	6.507
Ergebnis aus at-Equity-bilanzierten Beteiligungen	261	400	310
Übriges Beteiligungsergebnis	216	128	97
Finanzerträge	770	695	1.248
Finanzaufwendungen	2.862	2.328	3.184
Ergebnis vor Steuern	2.230	3.024	4.978
Ertragsteuern	526	854	1.376
Ergebnis ²	1.704	2.170	3.602
Davon: Ergebnisanteile anderer Gesellschafter	302	305	279
Davon: Ergebnisanteile der Hybridkapitalgeber der RWE AG	96	59	15
Davon: Nettoergebnis/Ergebnisanteile der Aktionäre der RWE AG	1.306	1.806	3.308
Ergebnis je Aktie in €	2,13	3,35	6,20

Kennzahlen

	Angaben in	2012	2011	2010
Eigenkapitalquote:	%	18,6	18,4	18,7
Cash-Flow aus lfd. Geschäftstätigkeit:	Mio. €	4.395	5.510	5.500
Eigenkapitalrentabilität:	%	10,2	12,6	23,1
Umsatzrentabilität:	%	6,9	8,3	12,3
Außenumsatz:	Mio. €	53.227	51.686	53.320
EBITDA:	Mio. €	9.314	8.460	10.256
Investitionen einschl. Akquisitionen:	Mio. €	5.544	7.072	6.643
Anlagenintensität:	%	59,1	56,0	53,4
Umlaufintensität:	%	28,2	31,4	35,0
Ausschüttung:	Mio. €	1.229	1.229	1.867
Dividende je Aktie:	€	2,00	2,00	3,50

6. Beschäftigte

Mitarbeiter ¹	2012	2011	2010
Summe	70.208	72.068	70.856

¹ Zum 31.12., umgerechnet in Vollzeitstellen

Am Bilanzstichtag beschäftigte der RWE-Konzern 70.208 Mitarbeiter, davon 40.272 an deutschen Standorten. Bei der Ermittlung dieser Zahlen wurden Teilzeitstellen anteilig berücksichtigt. Gegenüber 2011 hat sich der Personalstand um 1.860 Mitarbeiter bzw. 3 % verringert. Wie in den Vorjahren hat RWE weit über ihren eigenen Bedarf hinaus ausgebildet. Ende 2012 erlernten mehr als 2.800 junge Menschen bei RWE einen Beruf. In den Mitarbeiterzahlen werden die Auszubildenden nicht erfasst.

7. Bewertung

Die RWE AG ist eine der fünf führenden Strom- und Gasanbieter in Europa. Mit ihrem Know-how bei der Förderung von Öl, Gas und Braunkohle, der Stromerzeugung aus Gas, Kohle, Kernkraft und regenerativen Quellen, dem Energiehandel sowie der Verteilung und dem Vertrieb von Strom und Gas ist sie auf allen Stufen der Energiewertschöpfungskette tätig. Die rund 70.000 Mitarbeiter versorgen über 16 Millionen Stromkunden und fast acht Millionen Gaskunden zuverlässig und zu fairen Preisen.

Der europäische Energiesektor wandelt sich grundlegend. Politische Eingriffe erschweren das Geschäft. Außerdem führt der subventionierte Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland zu rückläufigen Margen und Einsatzzeiten konventioneller Kraftwerke. Um in diesem Umfeld zu bestehen, hat die Gesellschaft das Programm „RWE 2015“ gestartet. Es sieht umfangreiche Maßnahmen zur Kostensenkung und Erlössteigerung vor.

Trotz schwieriger Rahmenbedingungen will die Gesellschaft ihren Beitrag zur Weiterentwicklung des europäischen Energiesystems leisten. Sie setzt dafür auf Investitionen in erneuerbare Energien und in eine moderne Netzinfrastuktur.

Für das Geschäftsjahr 2013 rechnet die RWE AG mit einem Außenumsatz in der Größenordnung von 54 Mrd. €.

RW Holding AG**1. Allgemeine Unternehmensdaten**

RW Holding Aktiengesellschaft
c/o BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Georg-Glock-Straße 8
40474 Düsseldorf

Telefon: 0211 / 1371-0
Telefax: 0211 / 1371-120

E-Mail: info@rwholding.de

2. Öffentlicher Zweck

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen sowie die damit verbundene Wahrung wirtschaftlicher Interessen.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die der Erreichung und Förderung des Gegenstandes der Gesellschaft notwendig oder nützlich erscheinen.

Die Gesellschaft wurde als Aktiengesellschaft mit Vertrag vom 11.12.1992 errichtet und beim Amtsgericht Düsseldorf in das Handelsregister unter der Nummer HRB 29121 eingetragen. Sitz der Gesellschaft ist Düsseldorf.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt 74.362.859,52 € und ist eingeteilt in 29.047.992 Stammaktien. Die Aktien sind Stückaktien und lauten auf den Inhaber.

Der Rheinisch-Bergische Kreis ist derzeit über sein Verkehrsunternehmen Kraftverkehr Wupper-Sieg AG mit 671.385 Stammaktien an der RW Holding AG beteiligt. Die Aktien haben einen rechnerischen Nennwert von 2,56 €/Aktie. Somit beläuft sich die Beteiligung am Grundkapital der Gesellschaft auf 1.718.745,60 €.

Aufgrund von Treuhandverträgen übt der Rheinisch-Bergische Kreis die Verwaltungsrechte (so z.B. Stimmrechte, Rechte auf Teilnahme an der Hauptversammlung) aus den Anteilen aus. Er hält die Aktien im eigenen Namen, aber für Rechnung der Kraftverkehr Wupper-Sieg AG.

4. Organisationsstruktur

Die RW Holding AG hat folgende Organe:

- a) den Vorstand,
- b) den Aufsichtsrat,
- c) die Hauptversammlung.

4.1 Vorstand

Der Vorstand besteht aus mindestens zwei Personen. Die Bestellung von stellvertretenden Mitgliedern des Vorstands ist zulässig. Diese haben in bezug auf die Vertretung der Gesellschaft nach außen dieselben Rechte wie die ordentlichen Mitglieder des Vorstands. Die Gesellschaft wird durch zwei Vorstandsmitglieder gemeinschaftlich oder durch ein Mitglied des Vorstands zusammen mit einem Prokuristen gesetzlich vertreten. Der Sitz der Portigon AG befindet sich in Düsseldorf. Der Vorstand setzte sich im Berichtsjahr 2012 wie folgt zusammen:

Ralf Josten, Duisburg,
Direktor Portigon AG, Duisburg

Heinz-Eberhard Holl, Osnabrück
Oberkreisdirektor a.D.

4.2 Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus neun Mitgliedern, die von der Hauptversammlung gewählt werden.

Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn alle Mitglieder unter der zuletzt bekanntgegebenen Anschrift eingeladen sind und mindestens die Hälfte der Mitglieder, aus denen er insgesamt zu bestehen hat, an der Beschlussfassung teilnimmt. Beschlüsse des Aufsichtsrats werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst, soweit das Gesetz nichts anderes bestimmt.

Dem Aufsichtsrat gehören folgende Personen an:

Dagmar Mühlenfeld, Mülheim/Ruhr
Frithjof Kühn, Siegburg
Dr. Wolfgang Kirsch, Münster
Hans Martz, Essen
Reinhard Paß, Essen
Peter Scholten, Bad Kreuznach
Wolfgang Schwade, Köln
Bernd Tischler, Bottrop
Michael Lieber, Altenkirchen

Vorsitzende
stellv. Vorsitzender

Der Rheinisch-Bergische Kreis ist im Aufsichtsrat der RW Holding AG nicht vertreten.

4.3 Hauptversammlung

Die Hauptversammlung wird, soweit nicht nach Gesetz oder Satzung auch andere Personen dazu befugt sind, vom Vorstand oder vom Aufsichtsratsvorsitzenden einberufen. Die ordentliche Hauptversammlung wird innerhalb der ersten sechs Monate eines jeden Geschäftsjahres abgehalten. Außerordentliche Hauptversammlungen können so oft einberufen werden, wie es im Interesse der Gesellschaft erforderlich erscheint. Zur Teilnahme an der Hauptversammlung sind diejenigen Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien bei der Gesellschaft, bei einer Wertpapiersammelbank, bei einem deutschen Notar oder bei den sonst in der Einberufung genannten Stellen bis zum Schluss der Hauptversammlung hinterlegen. Die Hinterlegung hat so zeitig zu erfolgen, dass zwischen dem Tage der Hinterlegung und dem Tage der Hauptversammlung vier Werktage freibleiben. Zum Vorsitz in der Hauptversammlung ist der Vorsitzende des Aufsichtsrats berufen. Jede Stammaktie gewährt in der Hauptversammlung eine Stimme. Die Beschlüsse der Hauptversammlung bedürfen der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen, soweit nicht das Gesetz zwingend etwas anderes vorschreibt. Im Falle der Stimmengleichheit gilt, ausgenommen bei Wahlen, ein Antrag als abgelehnt.

In der Hauptversammlung wird der Rheinisch-Bergische Kreis durch Herrn Landrat Dr. Hermann-Josef Tebroke vertreten. Sein Stellvertreter ist Herr Kreisdirektor Dr. Erik Werdel.

5. Wirtschaftliche Daten

Die RW Holding AG hält zum Bilanzstichtag eine Kapitalbeteiligung von 31,3 % an der RW Energie-Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG (RWEB), die sich somit im Berichtsjahr um 0,18 % (Vorjahr: 31,48 %) geringfügig reduzierte. Die RWEB hielt zum 31.08.2012 insgesamt 93.299.812 Stück Stammaktien und 150.520 Stück Vorzugsaktien der RWE AG. Dies entsprach einer Beteiligung in Höhe von 15,2015 % am Grundkapital der RWE AG mit einem Stimmrechtsanteil von 16,213 %. Auf die RW Holding AG entfielen davon 29.252.475 Stück RWE-Aktien. Daneben hält die RW Holding AG 8.421 Stück (Vorjahr 8.000 Stück) Stammaktien der RWE AG im Eigenbestand.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft hängt somit von den zukünftig zu erzielenden Dividendenerträgen aus der direkt und indirekt (über die RWEB) gehaltenen Beteiligung an der RWE AG ab.

Die RWEB konnte im April 2012 die Dividende der RWE AG für das Geschäftsjahr 2011 in Höhe von 2,00 € je Aktie vereinnahmen und hat im Rahmen einer Entnahme diese an ihre Gesellschafter weitergeleitet. Ein verbleibender Spitzenbetrag wurde auf neue Rechnung vorgetragen. Die RW Holding AG realisierte im Geschäftsjahr 2011/2012 Beteiligungserträge durch Entnahmen bei der RWEB in Höhe von insgesamt 57.894.568,76 € (1,98 € je Aktie). Darüber hinaus hat die Gesellschaft im April 2012 Dividenden aus den direkt gehaltenen Stammaktien der RWE AG in Höhe von 16.842 € vereinnahmt.

Bilanz

Aktiva	31.08.2012 T€	31.08.2011 T€	31.08.2010 T€
A. Anlagevermögen			
I. Sachanlagen	1	0	0
II. Finanzanlagen	859.336	854.385	854.134
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	16.635	28.056	28.216
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	38.920	76.010	77.599
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	914.892	958.451	959.949

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	74.363	74.363	74.363
II. Kapitalrücklage	733.572	733.572	733.572
III. Gewinnrücklagen	46.901	46.901	46.901
IV. Bilanzgewinn	58.577	102.133	103.636
B. Rückstellungen	1.479	1.481	1.477
C. Verbindlichkeiten	0	1	0
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	914.892	958.451	959.949

Gewinn- und Verlustrechnung

	2011/2012 T€	2010/2011 T€	2009/2010 T€
Sonstige betriebliche Erträge	0	0	0
Personalaufwand	47	43	33
Sonstige betriebliche Aufwendungen	108	85	61
Erträge aus Beteiligungen	57.911	100.836	101.535
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	296	502	285
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	268	216	130
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	57.784	100.994	101.596
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	544	828	765
Jahresüberschuss	57.240	100.166	100.831
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	1.337	1.967	2.804
Bilanzgewinn	58.577	102.133	103.635

6. Beschäftigte

Die RW Holding AG beschäftigt seit Dezember 2011 eine Mitarbeiterin.
Die Besorgung der Geschäfte erfolgt durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BDO AG, Düsseldorf gegen Entgelt auf Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrages.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Die Gewinnausschüttung der RW-Holding für das Geschäftsjahr 2011/2012 belief sich auf 1.322.628,45 € (1,97 € pro Stückaktie), die von der Kraftverkehr Wupper-Sieg AG vereinnahmt wurde.

Die durch die KWS vereinnahmte Gewinnausschüttung verringerte die vom Rheinisch-Bergischen Kreis an die KWS zu leistenden Verlustausfallzahlungen entsprechend.

Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH**1. Allgemeine Unternehmensdaten**

Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH
Rüttenscheider Straße 62
45130 Essen

Telefon: 0201 / 243439
0201 / 221377

Internet: www.vka-rwe.de

Telefax: 0201 / 222974

E-Mail: info@vka-rwe.de

2. Öffentlicher Zweck

Gemeinden, Städte und Kreise sind im Rahmen ihrer allgemeinen Daseinsvorsorge verpflichtet, ihre Bürger mit Wasser, Strom und anderen Energien zu versorgen sowie Abwässer und Abfälle zu beseitigen. Weil diese Aufgaben häufig die Leistungskraft einer einzelnen Gemeinde übersteigen, schließen sich die Gebietskörperschaften mit Privatunternehmen in der Form des gemischtwirtschaftlichen Unternehmens zusammen. In dieser Organisationsform wurde die RWE 1898 in Essen gegründet. Wegen der Vorteile in diesem Verbund erwarben immer mehr Kommunen RWE-Aktien, so dass die kommunale Seite im Jahre 1920 über die Stimmen- und Kapitalmehrheit in der RWE-Hauptversammlung verfügte. Die schwierige Haushalts- und Finanzlage zwang in den 20iger Jahren einige Kommunen zum Verkauf ihrer RWE-Aktien. Weil Aktienverkäufe an „nichtkommunale Interessenten“ die kommunale Seite geschwächt hätte, schlossen die Städte Essen, Duisburg, Gelsenkirchen, Mülheim und Remscheid sowie die Kreise Essen und Mettmann -vertreten durch die Stadt Essen als Treuhänderin- ab 1927 mit den kommunalen Aktionären des RWE Bindungsverträge, die die Kommunen unter Konventionalstrafe verpflichteten, die RWE-Aktien bei Veräußerung zunächst den übrigen kommunalen Aktionären zu einem Vorzugspreis anzubieten. Um den Zusammenschluss eine feste Rechtsform zu geben, gründeten 11 Städte und Kreise sowie der Provinzialverband Rheinland am 23.11.1929 die "Kommunale Aufnahmegruppe für Aktien GmbH" in Essen. Die Gesellschaft wurde am 11.01.1930 in das Handelsregister beim Amtsgericht Essen eingetragen. Am 09.12.1947 verabschiedete die Gesellschafterversammlung dieser GmbH einen neuen Gesellschaftsvertrag (Verbandssatzung). Als Firmenname wurde festgelegt: "Verband der kommunalen Aktionäre des RWE Gesellschaft mit beschränkter Haftung". So unterliegen heute die Aktien der RWE-AG der kommunalen Bindung. Durch den Bindungsvertrag haben sich die kommunalen Aktionäre verpflichtet, ihre Aktien an der RWE-AG vor einer Veräußerung an Dritte zunächst den übrigen kommunalen Anteilseignern anzubieten. Erst wenn sich aus deren Kreis innerhalb von vier Wochen kein Interessent meldet, können die Papiere über den Markt veräußert werden. Die Veräußerung der ursprünglich gebundenen RWE-Stammaktien hat allerdings binnen 12 Monaten nach Freistellungserklärung durch den Verband der kommunalen RWE-Aktionäre zu erfolgen, andernfalls sind diese Aktien wieder gebunden.

Gegenstand des Verbandes ist die Bildung einer einheitlichen Auffassung der Gesellschafter in energiewirtschaftlichen und damit zusammenhängenden kommunalpolitischen Fragen sowie die Unterstützung ihrer Gesellschafter bei deren Aufgaben zur Sicherung einer wirtschaftlichen sinnvollen Daseinsvorsorge und bei der Darbietung einer sicheren und preiswerten Ver- und Entsorgung in den Bereichen Strom, Öl, Gas, Wasser, Abwasser und Abfall. Hierzu hat die Gesellschaft die Aufgaben die Interessen der Gesellschafter in den Fragen der Versorgung und Entsorgung ihrer Gebiete wie auch des angemessenen Einsatzes heimischer

Energieträger zu koordinieren, soweit dies erforderlich ist, und diese gegenüber staatlichen Stellen, gegenüber anderen Verbänden und gegenüber der Öffentlichkeit zu vertreten sowie die Gesellschafter und ihre Gemeinden in allen Fragen der Versorgung und der Entsorgung zu beraten.

Der Verband ist im Handelsregister des Amtsgerichts Essen unter der HRB Nr. 322 eingetragen.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 127.822,97 €. Bei einem Kapitalanteil von 2.147,42 € beträgt der Stimmanteil des Rheinisch-Bergischen Kreises 1,68 %. Dem Verband gehören 89 Mitgliedskörperschaften an.

4. Organisationsstruktur

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) die Geschäftsführung,
- b) der Verwaltungsrat,
- c) die Gesellschafterversammlung.

Außer den Organen werden vier Gebietsausschüsse gebildet.

4.1 Geschäftsführung

Die Gesellschaft hat zwei Geschäftsführer. Sie wird gemeinsam durch die beiden Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer gemeinschaftlich mit einem Prokuristen vertreten. Die Geschäftsführer werden durch Beschluss der Gesellschafterversammlung bestellt und abberufen. Die Bestellung erfolgt jeweils auf die Dauer von sechs Jahren.

Geschäftsführer des Verbandes sind Herr Landrat a.D. Roger Graef und Herr Staatssekretär a.D. Ernst Gerlach.

Die Aufgabe des Prokuristen wird durch Herrn Werner Kühn, Leitender städtischer Verwaltungsdirektor a.D., wahrgenommen.

4.2 Verwaltungsrat

Der Verwaltungsrat besteht aus dem Vorsitzenden, dem ersten und zweiten stellvertretenden Vorsitzenden und 10 weiteren Mitgliedern. Die Mitglieder des Verwaltungsrates werden aus der Mitte der Gesellschafterversammlung für eine Amtszeit von 5 Jahren gewählt.

Die Beschlüsse des Verwaltungsrates werden mit einfacher Mehrheit aller abgegebenen Stimmen gefasst. Jedes Mitglied hat eine Stimme.

Der Verwaltungsrat setzte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr 2011/2012 wie folgt zusammen:

Vorsitzende(r)

Frithjof Kühn, Rhein-Sieg Kreis, Landrat	(bis 30.06.2012)
Dagmar Mühlenfeld, Mülheim an der Ruhr, Oberbürgermeisterin	(ab 01.07.2012)

1. stellvertretende(r) Vorsitzende(r)

Dagmar Mühlenfeld, Mülheim an der Ruhr, Oberbürgermeisterin (bis 30.06.2012)
 Frithjof Kühn, Rhein-Sieg Kreis, Landrat (ab 01.07.2012)

2. stellvertretender Vorsitzender

Hermann Bröring, Landkreis Emsland, Landrat (bis 31.10.2011)
 Reinhard Paß, Stadt Essen, Oberbürgermeister (ab 18.04.2012)

Mitglieder

Sven-Georg Adenauer	Landrat, Kreis Gütersloh	(ab 18.04.2012)
Rudolf Bertram	Bürgermeister, Eschweiler	
Walther Boecker	Bürgermeister, Hürth	
Michael Breuer	Präsident, Rheinischer Sparkassen- u. Giroverband	
Paul Breuer	Landrat, Kreis Siegen-Wittgenstein	
Dr. Hermann Janning	Vorsitzender des Vorstands, Stadtwerke Duisburg AG	(bis 31.10.2012)
Dr. Bernhard Görgens	Vorsitzender des Vorstandes, Stadtwerke Essen AG	
Hans Martz	Vorsitzender des Vorstands, Sparkasse Essen	(ab 24.11.2011)
Michael Lieber	Landrat, Kreis Altenkirchen	
Peter Ottmann	Landrat, Kreis Viersen	
Claus Schick	Landrat, Landkreis Mainz-Bingen	

Der Rheinisch-Bergische Kreis ist im Verwaltungsrat personell nicht vertreten.

4.3 Gesellschafterversammlung

In der Gesellschafterversammlung kann sich jeder Gesellschafter nur durch eine Person vertreten lassen.

Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Gesellschafter sowie mindestens die Hälfte des Stammkapitals vertreten und der Vorsitzende oder einer der stellvertretenden Vorsitzenden des Verwaltungsrates anwesend sind. Wird die Beschlussfähigkeit nicht erreicht, so ist unverzüglich mit gleicher Tagesordnung und gleichen Beschlussgegenständen sowie mit gleichen Formen und Fristen eine erneute Gesellschafterversammlung einzuberufen. Diese ist beschlussfähig, wenn stimmberechtigte Gesellschafter vertreten sind und auf die Voraussetzungen der Beschlussfähigkeit im erneuten Einladungsschreiben hingewiesen worden ist. Ein Beschluss der Gesellschafterversammlung bedarf, soweit nicht kraft zwingenden Rechtes oder aufgrund des Gesellschaftsvertrages etwas anderes vorgeschrieben ist, der einfachen Mehrheit aller abgegebenen Stimmen. Jeder Gesellschafter hat eine Stimme.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wird in der Gesellschafterversammlung durch Herrn Landrat Dr. Hermann-Josef Tebroke vertreten. Sein Stellvertreter ist Herr Kreisdirektor Dr. Erik Werdel.

5. Wirtschaftliche Daten

Das Geschäftsjahr 2011/2012 (01.07.2011 – 30.06.2012) schloss mit einem Jahresfehlbetrag von 229.058,46 € und einem Bilanzverlust von 840.395,27 €.

Das Eigenkapital der Gesellschaft wurde durch Zuzahlung der Gesellschafter von 126.801,30 € in die Kapitalrücklage gestärkt und entsprach somit 95,0 % der Bilanzsumme.

Aus dem Bilanzgewinn 2005/2006 wurden 650 T€ in die Gewinnrücklagen (Ausgleichsrücklage) zur Finanzierung zukünftiger außerordentlicher Aufwendungen eingestellt. Zur Deckung der Buchverluste aus dem Abgang der Capped Bonus – Zertifikate im Geschäftsjahr 2008/2009 wurden im Geschäftsjahr 2009/2010 auf der Grundlage des Gesellschafterbeschlusses vom 26.11.2009 250 T€ aus der Ausgleichsrücklage entnommen. Zum 30.06.2012 belief sich die Ausgleichsrücklage unverändert zum Bilanzstichtag des Vorjahres auf 400 T€.

Bilanz

Aktiva	30.06.2012 T€	30.06.2011 T€	30.06.2010 T€
A. Anlagevermögen			
I. Finanzanlagen	273	273	0
II. Sachanlagen	5	6	7
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	11	24	18
III. Wertpapiere	0	0	274
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	230	310	401
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	519	613	700

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	128	128	128
Eigene Anteile	- 2	-1	0
II. Kapitalrücklage	805	679	552
III. Gewinnrücklagen	402	401	401
IV. Bilanzverlust	- 840	- 610	- 396
B. Rückstellungen	21	10	9
C. Verbindlichkeiten	5	6	6
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	519	613	700

Gewinn- und Verlustrechnung

	2011/2012 T€	2010/2011 T€	2009/2010 T€
sonstige betriebliche Erträge	4	2	1
Personalaufwand	172	173	165
Abschreibungen auf Sachanlagen	3	2	2
Sonstige betriebliche Aufwendungen	79	63	64
Erträge aus anderen Wertpapieren des Finanzanlagevermögens	17	17	0
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4	5	25
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	- 229	- 214	- 205
Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	- 229	- 214	- 205

6. Beschäftigte

Der Personalaufwand umfasste die Vergütungen der Geschäftsführer, die Gehälter für den Geschäftsstellenleiter und einer weiteren Mitarbeiterin einschließlich Sozialabgaben. Der Personalaufwand belief sich im Berichtsjahr auf insgesamt 172.350,15 €. Davon entfielen 160.763,83 € auf die Gehälter und 11.586,32 € auf soziale Abgaben.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Neben seiner Beteiligung am Stammkapital in Höhe von 2.147,42 € haben sich die Gesellschafter des Verbandes, und somit auch der Rheinisch-Bergische Kreis, gem. Gesellschaftsvertrag verpflichtet, zur Deckung der lfd. Ausgaben der Gesellschaft, Nachschüsse zu leisten. Die Höhe der Nachschüsse wurde durch die Gesellschafterversammlung auf die 1,5-fache Höhe des jeweiligen Gesellschaftskapitalanteils der Gesellschafter festgelegt.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2011/2012 hat der Rheinisch-Bergische Kreis einen Zuschuss in Höhe von 3.221,00 € an den Verband geleistet.

8. Bewertung

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2011/2012 die Interessen der Gesellschafter in den Fragen der Versorgung und Entsorgung ihrer Gebiete wie auch des angemessenen Einsatzes heimischer Energieträger koordiniert und diese gegenüber staatlichen Stellen, gegenüber anderen Verbänden und gegenüber der Öffentlichkeit vertreten.

Für die Zukunft geht die Geschäftsführung bei der Struktur der Gesellschaft weiterhin davon aus, dass auch künftig die laufenden Aufwendungen für die Durchführung der Aufgaben der Gesellschaft nicht aus den Erträgen des eigenen Vermögens gedeckt werden können und die Gesellschaft daher weiterhin darauf angewiesen ist, dass Fehlbeträge durch Nachschüsse der Gesellschafter ausgeglichen werden.

Wesentliche Chancen und Risiken, die die zukünftige bilanzielle Entwicklung der Gesellschaft beeinflussen, werden von der Geschäftsführung nicht gesehen.

Wasserversorgungsverband Rhein-Wupper**1. Allgemeine Unternehmensdaten**

Wasserversorgungsverband Rhein-Wupper
 Schürholz 38
 42929 Wermelskirchen

Telefon: 02193 / 51110
 Telefax: 02193 / 2791

Internet: www.wvv-rhein-wupper.de
 E-Mail: info@wvv-rhein-wupper.de

2. Öffentlicher Zweck

Der Wasserversorgungsverband Rhein-Wupper wurde am 25.01.1960 gegründet. Der Verband hat die Aufgabe, die Trinkwasserversorgung im Verbandsgebiet durch Wasserbeschaffung und Wasserlieferung an Versorgungsunternehmen sicherzustellen und hierfür die notwendigen Anlagen zu errichten, zu betreiben und zu unterhalten. Er kann an Versorgungsunternehmen außerhalb des Verbandsgebietes Trinkwasser liefern und hierfür die notwendigen Anlagen errichten, betreiben und unterhalten.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Das Stammkapital des Verbandes beträgt 11.200.000 €.

Für das Stimmrecht in der Verbandsversammlung, für die Umlegung der Verbandsausgaben und für die Auseinandersetzung des Vermögens und der Verbindlichkeiten bei Auflösung des Verbandes gilt bei den Mitgliedern des Verbandes folgendes Beteiligungsverhältnis:

Rheinisch-Bergischer Kreis	20 %
Stadt Burscheid	14 %
Stadt Hückeswagen	4 %
Stadt Leichlingen	13 %
Stadt Leverkusen (für den Stadtteil Bergisch-Neukirchen)	5 %
Gemeinde Odenthal	9 %
Stadt Radevormwald	14 %
Stadt Solingen (für den Stadtteil Burg a.d.W.)	1 %
Stadt Wermelskirchen	20 %

4. Organisationsstruktur

Der Verband hat folgende Organe:

- a) Verbandsversammlung,
- b) Verbandsvorsteher.

4.1 Verbandsversammlung

In der Verbandsversammlung steht jedem Verbandsmitglied für je 3% Beteiligungsanteil eine Stimme zu, mindestens jedoch 2 Stimmen. Es entfallen von den insgesamt 37 Stimmen auf

den Rheinisch-Bergischer Kreis	7
die Stadt Burscheid	5

die Stadt Hückeswagen	2
die Stadt Leichlingen	4
die Stadt Leverkusen	2
die Gemeinde Odenthal	3
die Stadt Radevormwald	5
die Stadt Solingen	2
die Stadt Wermelskirchen	7

Jedes Verbandsmitglied entsendet in die Verbandsversammlung so viele Vertreter, als ihm Stimmen zustehen. Die Mitglieder der Verbandsversammlung sind von den Kreis-, Stadt- und Gemeindevertretungen für deren Amtszeit zu wählen. Für jedes Mitglied der Verbandsversammlung ist für den Fall der Verhinderung ein Stellvertreter zu bestellen. Die Verbandsversammlung wählt aus ihrer Mitte den Vertreter eines Verbandsmitgliedes zum Vorsitzenden. In gleicher Weise wählt sie einen Stellvertreter des Vorsitzenden. Die Verbandsversammlung entscheidet u.a. in allen Angelegenheiten, die nach der Eigenbetriebsverordnung dem Rat der Gemeinde vorbehalten sind. Sie ist beschlussfähig, wenn die anwesenden Vertreter der Mitglieder wenigstens die Hälfte der Stimmzahl erreichen.

In der Verbandsversammlung wird der Rheinisch-Bergische Kreis durch folgende Mitglieder vertreten:

ordentliches Mitglied

Allendorf, Werner
 Büttgens, Walter
 Drewing, Mathilde
 Kübler, Wolfgang
 Ohm, Roland
 Schulte, Bernhard
 Loepp, Helga

stellvertretendes Mitglied

Strieker, Michael
 Kreuzer, Manfred
 Volkmann, Dirk
 Schmalt, Thorsten
 Weiß, Friedhelm
 Franzen, Jürgen
 Schiefer, Christopher

4.2 Verbandsvorsteher

Der Verbandsvorsteher wird von der Verbandsversammlung aus dem Kreis der Hauptverwaltungsbeamten oder mit Zustimmung ihres Dienstvorgesetzten aus dem Kreis der allgemeinen Vertreter oder der leitenden Bediensteten der Mitglieder gewählt. Zum Stellvertreter wählt die Verbandsversammlung einen Beamten eines Verbandsmitgliedes.

Der Verbandsvorsteher führt die laufenden Geschäfte sowie nach Maßgabe der Gesetze, der Verbandssatzung und der Beschlüsse der Verbandsversammlung die übrige Verwaltung des Verbandes und vertritt den Verband gerichtlich und außergerichtlich.

Verbandsvorsteher ist Herr Dezernent Thomas Merten vom Rheinisch-Bergischen Kreis. Sein Stellvertreter Herr Bürgermeister Ernst Müller aus Leichlingen.

Die Verwaltungsgeschäfte des Verbandes werden nach Weisung des Verbandsvorstehers durch den Betriebsleiter erledigt.

Betriebsleiter ist Herr Günter Wasserfuhr. Die stellvertretende Betriebsleitung liegt bei Frau Anita Domogala.

5. Wirtschaftliche Daten

Der Jahresabschluss des Verbandes weist zum Ende des Geschäftsjahres 2012 einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 524.487,69 € (Vorjahr 13 T€) aus. Die erhebliche Erhöhung des Jahresfehlbetrages entstand durch die erstmalige Bilanzierung von Pensions- und Beihilfeverpflichtungen in Höhe von rd. 506 T€, wodurch sich die Rückstellungen entsprechend erhöhten.

Die Trinkwasserabgabe im Verbandsgebiet des Wasserversorgungsverbandes Rhein-Wupper erhöhte sich im Jahr 2012 um rd. 110 Tm³ gegenüber dem Vorjahr (+1,6 %). Die durchschnittliche Tagesabgabe im Jahr 2012 betrug 19.033 m³ (Vorjahr 18.844 m³).

Im Geschäftsjahr 2012 wurden Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen in Höhe von 289 T€ getätigt. Die Investitionen konnten vollständig aus den verdienten Abschreibungen finanziert werden. Der Darlehensbestand verringerte sich planmäßig um 112 T€ auf 704 T€.

Gemäß Beschluss vom 12.06.2012 wurde der verbleibende Jahresfehlbetrag aus dem Geschäftsjahr 2011 in Höhe von 12.906,39 € durch Entnahme aus der zweckgebundenen Rücklage ausgeglichen. Somit reduzierte sich die zweckgebundene Rücklage auf insgesamt 2.073.837,86 €.

Bilanz

Aktiva	31.12.2012 T€	31.12.2011 T€	31.12.2010 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	370	351	352
II. Sachanlagen	16.373	16.592	16.877
III. Finanzanlagen	5	5	6
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	89	93	89
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	581	554	496
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	183	133	254
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	1	0
Bilanzsumme	17.601	17.729	18.074

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Stammkapital	11.200	11.200	11.200
II. Kapitalrücklage	2.073	2.087	2.429
III. Jahresfehlbetrag	- 524	- 13	- 342
B. Aushändigungsverpflichtung	3.158	3.227	3.296
C. Sonderposten für Zuschüsse	164	167	169
D. Rückstellungen	583	142	135
E. Verbindlichkeiten	947	919	1.186
F. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	1
Bilanzsumme	17.601	17.729	18.074

Gewinn- und Verlustrechnung

	2012 T€	2011 T€	2010 T€
Umsatzerlöse	5.310	5.256	5.118
sonstige betriebliche Erträge	118	169	93
Materialaufwand	3.076	3.127	2.988
Personalaufwand	1.711	1.665	1.620
Abschreibungen	420	404	627
sonstige betriebliche Aufwendungen	189	188	254
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2	2	1
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	31	37	48
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	3	6	- 325
Außerordentliche Aufwendungen	506	0	0
Sonstige Steuern	21	19	17
Jahresfehlbetrag	- 524	- 13	- 342

Kennzahlen

	Angaben in	2012	2011	2010
Eigenkapitalquote:	%	72	75	74
Wasserabgabe:	Mio./m³	6.988	6.878	7.190
Übergabepreis bis 30.07.2011:	€/m³	---	0,705	0,665
Übergabepreis ab 31.07.2011:	€/m³	0,714	0,714	---
cash flow aus lfd. Geschäftstätigkeit:	T€	343	265	377

6. Beschäftigte

Der Verband beschäftigte zum 31.12.2012 insgesamt 31 Mitarbeiter.

Personal	2012	2011	2010
Mitarbeiter	31	31	30
davon			
Teilzeitbeschäftigte	3	3	3
geringfügig Beschäftigte	3	3	3
Auszubildende	1	1	1

Der Verband zahlte im Geschäftsjahr 2012 insgesamt 1.304 T€ an Löhne und Gehälter sowie 407 T€ an soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung und für Unterstützung.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Gemäß § 2 Abs. 4 der Verbandssatzung erstrebt der Verband keinen Gewinn an. Sollten die sonstigen Einnahmen des Verbandes zur Deckung des Aufwandes nicht ausreichen, wird der entstehende Aufwand auf die Verbandsmitglieder nach dem Beteiligungsschlüssel (siehe Ziffer 3) umgelegt. Dies wurde bisher nicht notwendig.

8. Bewertung

Zur Deckung des Trinkwasserbedarfs der Verbandsmitglieder stehen insgesamt 12,3 Mio. m³/a Trink- und Rohwasser zur Verfügung. Zusätzlich steht noch eine vertraglich geregelte Menge von 1 Mio. m³/a aus dem Kontingent der EW Remscheid (Vorsperre Große Dhünn-Talsperre) zur Verfügung.

Die Tageskapazität der Aufbereitungsanlage im Wasserwerk Schürholz ist mit 36.000 m³ ausgelegt und verfügt bei einem max. Tagesverbrauch von ca. 30.000 m³ noch über Reserven. Bei einem eventuellen Ausfall der Dhünn-Talsperre oder der Aufbereitungsanlage kann die erforderliche Wassermenge über die Verbindungsleitung DN 800 zum Aggerverband bezogen werden. Dadurch ist eine hohe Versorgungssicherheit gegeben.

Für das Geschäftsjahr 2013 geht der Verband von einem ausgeglichenen Ergebnis aus. Die Wassergebühr wird um 0,071 €/ m³ steigen und beträgt damit 0,74 €/m³ zzgl. Wasserentnahmeentgelt in Höhe von 0,05 €/m³. Die Steigerung der Wassergebühr ist begründet durch eine deutliche Stromkostenerhöhung beim Wasserversorgungsverband sowie die seit Jahren kontinuierlich sinkende Wasserabgabe im Verbandsgebiet. Somit ist die Anpassung der Wassergebühren unumgänglich und seit langer Zeit angekündigt.

Zweckverband für die Kreissparkasse Köln**1. Allgemeine Unternehmensdaten**

Zweckverband für die Kreissparkasse Köln
Neumarkt 18-24
50667 Köln

Telefon: 0221 / 227-2405
Telefax: 0221 / 227-3760

E-Mail: vorstand@ksk-koeln.de

2. Öffentlicher Zweck

Der Zweckverband fördert das Sparkassenwesen im Gebiet seiner Mitgliedskreise. Die zu diesem Zweck von ihm errichtete Sparkasse führt die Firma „Kreissparkasse Köln“. In seiner Eigenschaft als Träger der Sparkasse ist der Zweckverband Mitglied des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes, Düsseldorf.

3. Beteiligungsverhältnisse

Mitglieder des Zweckverbandes sind:

Rhein-Erft-Kreis
Rheinisch-Bergischer Kreis
Oberbergischer Kreis
Rhein-Sieg-Kreis

4. Organisationsstruktur

Organe des Zweckverbandes sind:

- a) die Verbandsversammlung,
- b) der Vorstandsvorsteher.

4.1 Verbandsversammlung

Jeder Kreis entsendet 12 Personen als Vertreter in die Verbandsversammlung. Die jeweiligen Hauptverwaltungsbeamten der Verbandsmitglieder oder die von ihnen vorgeschlagenen Beamten oder Angestellten gehören kraft Gesetz der Verbandsversammlung an. Die übrigen Vertreter werden durch die Vertretungskörperschaft für deren Wahlzeit aus ihrer Mitte bestellt. Für jedes Mitglied der Verbandsversammlung ist ein Stellvertreter für den Fall der Verhinderung zu bestellen. Die Verbandsversammlung wählt für die Dauer der Wahlzeit kommunaler Vertretungen aus ihrer Mitte den Vertreter eines der Verbandsmitglieder zum Vorsitzenden. In gleicher Weise wählt sie Vertreter der anderen Verbandsmitglieder zum ersten, zum zweiten und zum dritten Stellvertreter des Vorsitzenden.

Die Verbandsversammlung beschließt über alle Angelegenheiten des Zweckverbandes. Sie wird vom Vorsitzenden einberufen. Der Vorstandsvorsteher und seine Stellvertreter sowie die Mitglieder des Vorstandes der Sparkasse nehmen an den Sitzungen der Verbandsversammlung mit beratender Stimme teil. Die Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn einschließlich des Vorsitzenden mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend sind. Die Beschlüsse werden in der Regel mit einfacher Stimmenmehrheit der Erschienenen gefasst. Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wird durch folgende Personen in der Verbandsversammlung vertreten.

ordentliches Mitglied

Clemen, Christiane
Drefahl, Christian
Drewing, Mathilde
Dünner, Johannes
Dr. Wey, Klaus-Georg
Knapp, Gisela
Tebroke, Dr. Hermann-Josef
Rausch, Frank
Rhode, Ursula
Rickes, Roland
Schiefer, Christopher
Seydholdt, Claudia

stellvertretendes Mitglied

Franzen, Jürgen
Dr. Ludemann, Peter
Wolf, Alfred
Gewehr, Erika
Klemt, Udo
Heimann, Ulrich
Dr. Werdel, Erik
Heutz, Ulrich
Opladen, Wilmund
Weiß, Friedhelm
Witte, Gerd
Pütz, Lasse

4.2 Verbandsvorsteher

Der Verbandsvorsteher wird für die Dauer der Wahlzeit der kommunalen Vertretungen von der Verbandsversammlung aus dem Kreise der Hauptverwaltungsbeamten oder mit Zustimmung ihres Dienstvorgesetzten aus dem Kreise der allgemeinen Vertreter oder der leitenden Bediensteten der Verbandsmitglieder gewählt. Der Verbandsvorsteher führt die laufenden Geschäfte sowie nach Maßgabe der Gesetze, der Verbandssatzung und der Beschlüsse der Verbandsversammlung die übrige Verwaltung des Zweckverbandes und vertritt den Zweckverband gerichtlich und außergerichtlich.

Verbandsvorsteher war bis zum 30.06.2013 Herr Landrat Werner Stump. Die Wahl des neuen Verbandsvorstehers soll im Dezember 2013 erfolgen.

5. Wirtschaftliche Daten

2012 betrugen die ordentlichen Erträge des Zweckverbandes 1.343 T€, die Aufwendungen beliefen sich auf 16 T€. Die Finanzerträge erreichten mit 58 T€ nahezu Vorjahreshöhe.

Der Zinsaufwand und die sonstigen Finanzaufwendungen verringerten sich leicht auf 722 T€. Gemäß § 14 Abs. 4 der Verbandssatzung wird der Verwaltungsaufwand des Zweckverbandes von der Sparkasse getragen.

Der Jahresüberschuss 2012 in Höhe von 664 T€ wurde in voller Höhe dem Eigenkapital des Zweckverbandes zugeführt.

Bei einer Bilanzsumme von 31.830 T€ verfügte der Zweckverband Ende 2012 über ein Sach- und Finanzanlagevermögen in Höhe von 31.266 T€. Ferner bestanden Bankverbindlichkeiten in Höhe von 15.915 T€ und das Eigenkapital betrug 15.908 T€.

Bilanz

Aktiva	31.12.2012 T€	31.12.2011 T€	31.12.2010 T€
A. Anlagevermögen			
I. Finanzanlagen	6.266	6.363	6.594
II. Sachanlagen	25.000	25.000	25.000
B. Umlaufvermögen			
I. Sonstige Vermögensgegenstände	0	2	0
II. Liquide Mittel	563	303	180
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	31.830	31.669	31.774

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Allgemeine Rücklage	15.244	14.867	14.251
II. Jahresüberschuss	664	377	616
B. Rückstellungen	7	6	5
C. Verbindlichkeiten	15.915	16.419	16.902
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	31.830	31.669	31.774

6. Beschäftigte

Der Zweckverband hat keine Beschäftigten. Die für den Zweckverband erforderlichen Verwaltungstätigkeiten werden gemäß § 14 Abs. 3 der Verbandssatzung von der Sparkasse ausgeführt.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Soweit dem Zweckverband als Träger der Sparkasse nach § 25 des Sparkassengesetzes NW Ausschüttungen aus dem Jahresüberschuss der Sparkasse zugeführt werden, sind diese gemäß § 15 der Verbandssatzung nach dem Verhältnis der in § 4 Absätze 2 und 3 der Verbandssatzung festgelegten Haftung an die Verbandsmitglieder weiterzuleiten und von diesen zur Erfüllung ihrer gemeinwohlorientierten örtlichen Aufgaben oder für gemeinnützige Zwecke zu verwenden.

Für das Geschäftsjahr 2012 erhielt der Rheinisch-Bergische Kreis eine Gewinnausschüttung in Höhe von 1.423.500,00 € brutto bzw. 1.198.231,12 € netto. Hiervon wurden 119.432,00 € (netto 100.531,89) an die Stadt Burscheid, 194.735,00 € (netto 163.918,19 €) an die Stadt Leichlingen sowie 93.097,00 (netto 78.364,40 €) an die Gemeinde Kürten weitergeleitet.

Zweckverband Naturpark Bergisches Land**1. Allgemeine Unternehmensdaten**

Zweckverband Naturpark Bergisches Land
Moltkestraße 34
51643 Gummersbach

Telefon: 02261 / 886909
Telefax: 02261 / 881888

Internet: www.bergischesland.de
E-Mail: info@bergischesland.de

2. Öffentlicher Zweck

Der Zweckverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Er verwaltet seine Aufgaben im Rahmen der Gesetze unter eigener Verantwortung.

Der Zweckverband hat die Aufgabe, das Verbandsgebiet zu einem Naturpark als Erholungsgebiet für die Bevölkerung einzurichten und zu erhalten unter Wahrung der wirtschaftlichen Belange der Grundbesitzer.

Der Zweckverband trifft die zur organisatorischen Regelung dieser Vorgaben erforderlichen Vorkehrungen. Er kann sich bei der Durchführung dieser Aufgabe bereits bestehender Einrichtungen und Organisationen bedienen.

Der Zweckverband dient im Rahmen der Gemeinnützigkeitsverordnung vom 24.09.1953 (BGBl. I S. 1952) ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen Zwecken.

3. Beteiligungsverhältnisse

Mitglieder des Zweckverbandes sind:

Rhein-Sieg-Kreis
Rheinisch-Bergischer Kreis
Oberbergischer Kreis
Stadt Köln
Stadt Remscheid
Stadt Solingen
Stadt Wuppertal

4. Organisationsstruktur

Der Verband hat folgende Organe:

- a) die Verbandsversammlung,
- b) der Verbandsvorsteher.

4.1 Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung besteht aus den Vertretern der Verbandsmitglieder. Jedes Verbandsmitglied entsendet drei stimmberechtigte Vertreter in die Verbandsversammlung. Für jedes Mitglied der Verbandsversammlung ist ein Stellvertreter zu bestellen.

Die Mitglieder der Verbandsversammlung und ihre Stellvertreter werden durch die Vertretungskörperschaften für deren Wahlzeit aus ihrer Mitte oder aus den Dienstkräften der Verbandsmitglieder gewählt. Scheidet ein Mitglied oder ein Stellvertreter vor Ablauf der Wahlzeit aus der Vertretungskörperschaft oder aus dem Dienst des

Verbandsmitgliedes aus, so bestimmt die Gruppe, die den ausscheidenden zur Wahl vorgeschlagen hatte, den Nachfolger.

Die Verbandsversammlung wählt aus ihrer Mitte den Vorsitzenden und einen Stellvertreter des Vorsitzenden.

Die Verbandsversammlung tritt mindestens zweimal im Rechnungsjahr zusammen.

Die Verbandsversammlung beschließt über alle Angelegenheiten des Zweckverbandes, soweit es sich nicht um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt.

Die Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der satzungsmäßigen Mitglieder der Verbandsversammlung vertreten sind.

Ist die Verbandsversammlung nicht beschlussfähig, so ist eine zweite Sitzung mit derselben Tagesordnung anzuberaumen mit dem Hinweis, dass die Versammlung dann in jedem Fall beschlussfähig ist.

Beschlüsse der Verbandsversammlung werden in der Regel mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Stimmengleichheit bedeutet Ablehnung.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wird durch folgende Personen in der Verbandsversammlung vertreten.

ordentliches Mitglied

Damm, Volker
Schäfer, Lenore
Dr. Werdel, Erik

stellvertretendes Mitglied

Strieker, Michael
Musiala, Peter
Dr. Tebroke, Hermann-Josef

4.2 Verbandsvorsteher

Der Verbandsvorsteher und sein Stellvertreter werden von der Verbandsversammlung aus dem Kreise der Hauptverwaltungsbeamten der Verbandsmitglieder auf die Dauer von 6 Jahren, längstens jedoch für die Dauer ihrer Hauptämter, gewählt. Der Verbandsvorsteher und sein Stellvertreter dürfen der Verbandsversammlung nicht angehören; sie nehmen an den Sitzungen der Verbandsversammlung teil.

Der Verbandsvorsteher führt die laufenden Geschäfte sowie nach Maßgabe der Gesetze, der Verbandssatzung und der Beschlüsse der Verbandsversammlung die übrige Verwaltung des Zweckverbandes. Er vertritt den Zweckverband gerichtlich und außergerichtlich. Die Verbandsversammlung ist Dienstvorgesetzter des Verbandsvorstehers und seines Stellvertreters in Verbandsangelegenheiten.

Verbandsvorsteher ist Herr Landrat Hagen Jobi.

5. Wirtschaftliche Daten

Zum Zeitpunkt des Berichtsdruckes lag noch kein endgültiger Jahresabschluss über das Geschäftsjahr 2012 vor.

Bilanz

Aktiva	31.12.2011	31.12.2010
A. Anlagevermögen		
I. Sachanlagen	6.914	7.148
II. Finanzanlagen	2.500	2.500
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	0	1.550
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	8.700	6.727
III. Liquide Mittel	155.718	109.240
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0
Bilanzsumme	173.832	127.165

Passiva		
A. Eigenkapital		
I. Allgemeine Rücklage	49.280	29.795
II. Ausgleichsrücklage	9.989	9.989
III. Bilanzergebnis Gewinn	30.333	19.485
B. Sonderposten		
I. Zuwendungen	3.898	4.200
C. Verbindlichkeiten		
I. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	61.532	63.966
II. Sonstige Verbindlichkeiten	18.800	- 270
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0
Bilanzsumme	173.832	127.165

Ergebnisrechnung

	2011	2010
Ordentliche Erträge		
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	217.829	178.726
Privatrechtliche Leistungsentgelte	28	0
Sonstige ordentliche Erträge	12.870	12.854
Summe Ordentliche Erträge	230.727	191.580
Ordentliche Aufwendungen		
Personalaufwendungen	- 3.756	- 3.429
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	- 152.624	- 115.111
Bilanzielle Abschreibungen	- 2.528	- 968
Sonstige ordentliche Aufwendungen	- 41.983	- 52.885
Summe Ordentliche Aufwendungen	- 200.891	- 172.392
Finanzergebnis		
Finanzerträge	497	298
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0
Summe Finanzergebnis	497	298
Ordentliches Jahresergebnis	30.333	19.485

6. Beschäftigte

Seit dem 01.01.2009 beschäftigt der Zweckverband eine Aushilfskraft, die 4 Stunden in der Woche arbeitet und die Geschäftsstelle entlastet.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Der Rheinisch-Bergische Kreis hat im abgelaufenen Geschäftsjahr 2012 eine Verbandsumlage an den Zweckverband in Höhe von 13.200 € gezahlt.

Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg**1. Allgemeine Unternehmensdaten**

Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS)
Glockengasse 37 – 39
50667 Köln

Telefon: 0221 / 20808-0
Telefax: 0221 / 20808-40

Internet: www.vrsinfo.de
E-Mail: zweckverband@vrsinfo.de

2. Öffentlicher Zweck

Der Zweckverband hat die nachfolgenden Aufgaben:

- Hinwirken darauf, dass die Verkehrsunternehmen den Gemeinschaftstarif und die dazu gehörenden Beförderungsbedingungen anwenden und Übergangstarife geschaffen bzw. fortgebildet werden.
- Entscheidung über die Fortschreibung des Gemeinschaftstarifs, der Übergangstarife und der dazu gehörenden Beförderungsbedingungen sowie –gemeinsam mit anderen zuständigen Zweckverbänden- über die Fortschreibung des NRW-Tarifs
- Ermittlung und Fortschreibung der unternehmensspezifischen Aufwanddeckungsfehlbeträge
- Hinwirken auf ein koordiniertes ÖPNV-Verkehrsangebot mit einheitlichen Produkt- und Qualitätsstandards, einheitlichen Fahrgastinformations- und Betriebssystemen und einem unternehmensübergreifenden ÖPNV-Marketing.
- Hinwirken darauf, dass die Verbandsmitglieder die Verkehrskonzeption und Qualitätsstandards bei ihrer Planung beachten
- Jährliche Erstellung einer Aufwands- und Ertragsprognose zur Abschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung des Verbundverkehrs
- Gegebenenfalls weitere von den Zweckverbandsmitgliedern betraute/beauftragte Aufgaben
- Der ZV VRS bildet gemeinsam mit dem ZV Aachener Verkehrsverbund (AVV) den Zweckverband Nahverkehr –SPNV & Infrastruktur Rheinland (ZV NVR). Dem ZV NVR obliegen im Wesentlichen die SPNV-Planung und –Finanzierung und die pauschalierte Investitionsförderung.

Die operative Umsetzung der im öffentlichen Interesse liegenden ÖPNV-Aufgaben, insbesondere die Hinwirkungspflicht auf einen Gemeinschaftstarif und einheitliche Beförderungsbedingungen, erfolgt durch die Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH. Der ZV VRS bedient sich dieser VRS GmbH wie einer eigenen Dienststelle und ist ihr alleiniger Gesellschafter. Im Geschäftsjahr 2012 waren Herr Dr. Reinkober und Herr Dr. Schmidt-Freitag zu Geschäftsführern der VRS-GmbH bestellt, im Durchschnitt waren außerdem 70 Angestellte (ohne Auszubildende) beschäftigt.

3. Beteiligungsverhältnisse/Verbandsmitglieder

Mitglieder des Zweckverbandes sind:

die Stadt Bonn
die Stadt Köln
die Stadt Leverkusen
die Stadt Monheim am Rhein
der Rhein-Erft Kreis
der Oberbergische Kreis
der Rhein-Sieg Kreis
der Rheinisch-Bergische Kreis
der Kreis Euskirchen

4. Organisationsstruktur

Organe des Zweckverbandes sind:

- a) die Verbandsversammlung,
- b) der Verbandsvorsteher.

4.1 Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung besteht aus den Vertretern der Verbandsmitglieder. Die Mitglieder der Verbandsversammlung werden von den Vertretungskörperschaften der Verbandsmitglieder für deren Wahlzeit aus ihrer Mitte oder aus dem Kreise ihrer Dienstkräfte gewählt.

Jedes Verbandsmitglied entsendet je angefangene 100.000 Einwohner einen Vertreter in die Verbandsversammlung. Maßgebend ist der letzte Stand der Wohnbevölkerung in der vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik fortgeschriebenen amtlichen Bevölkerungsstatistik. Eine Überprüfung hat jeweils zum Ende des Jahres zu erfolgen, das dem Jahr vorausgeht, in dem eine Kommunalwahl stattfindet. Dem Vorsitzenden des Beirats der VRS GmbH sowie seinen beiden Stellvertretern steht ein Teilnahmerecht an den Sitzungen der Verbandsversammlung zu.

Die Verbandsversammlung beschließt über alle Angelegenheiten des ZV VRS, soweit nicht aufgrund gesetzlicher Bestimmungen oder aufgrund der ZV-Satzung die Zuständigkeit des Verbandsvorstehers begründet ist.

Die Verbandsversammlung wählt aus ihrer Mitte für die Dauer ihrer Wahlzeit einen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter. Die Verbandsversammlung ist von ihrem Vorsitzenden nach Bedarf, mindestens jedoch zweimal im Jahr, schriftlich einzuberufen; ferner wenn 1/5 der Mitglieder der Verbandsversammlung das verlangt.

Jedes Mitglied der Verbandsversammlung hat eine Stimme. Die Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn ordnungsgemäß geladen und mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist. Im Falle der Beschlussunfähigkeit ist binnen 3 Tagen eine neue Versammlung zu einem mindestens 8 Tage später liegenden Zeitpunkt einzuberufen. Diese neue Versammlung ist ohne Rücksicht auf die Anzahl der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder beschlussfähig, wenn in der Einladung hierauf hingewiesen ist.

Beschlüsse werden mit mindestens $\frac{3}{4}$ der Stimmen der anwesenden Mitglieder gefasst, sofern nicht in der ZV-Satzung oder gesetzlich andere Mehrheiten vorgeschrieben sind.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wurde im Jahr 2012 durch folgende Personen in der Verbandsversammlung vertreten.

ordentliches Mitglied

Opladen, Wilmund
Merten, Thomas (ab 22.03.2012)
Zorn, Gerhard

stellvertretendes Mitglied

Schmalt, Thorsten
Haase, Reinhard
Clemen, Christiane

4.2 Verbandsvorsteher

Die Verbandsversammlung wählt den Verbandsvorsteher und seinen Stellvertreter aus dem Kreis der Hauptverwaltungsbeamten oder mit Zustimmung ihres Dienstvorgesetzten aus dem Kreis der allgemeinen Vertreter oder der leitenden Bediensteten der Verbandsmitglieder auf die Dauer von 6 Jahren, jedoch höchstens für die Dauer seines Amtes.

Der Verbandsvorsteher und dessen Vertreter dürfen der Verbandsversammlung angehören. Ist dies nicht der Fall, sind sie jedoch berechtigt und auf Verlangen der Verbandsversammlung verpflichtet, an deren Sitzungen teilzunehmen.

Der Verbandsvorsteher führt die laufenden Geschäfte des Zweckverbandes nach Maßgabe der Gesetze, der Zweckverbandssatzung und der Beschlüsse der Verbandsversammlung. Er vertritt den Zweckverband gerichtlich und außergerichtlich.

Die Position des Verbandsvorstehers wurde nach dem Ausscheiden von Herrn Landrat Rolf Menzel im Jahr 2011 bis Ablauf des Berichtsjahres 2012 nicht neu besetzt.

5. Wirtschaftliche Daten**Bilanz**

Aktiva	31.12.2012 T€	31.12.2011 T€	31.12.2010 T€
A. Anlagevermögen	0	0	0
I. Finanzanlagen	516	516	516
II. Sachanlagen	0	0	0
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen	995	0	0
II. Liquide Mittel	2.684	344	274
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	4.195	860	790

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Allgemeine Rücklage	642	642	642
II. Ausgleichsrücklage	116	142	171
II. Jahresüberschuss	- 25	- 26	- 29
B. Rückstellungen	6	12	6
C. Verbindlichkeiten	3.456	90	0
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	4.195	860	790

Ergebnisrechnung

	2012 T€	2011 T€	2010 T€
Zuwendungen und allg. Umlagen	0	0	0
Sonstige Transfererträge	300	300	300
Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0
Ordentliche Erträge	300	300	300
Transferaufwendungen	300	300	300
sonstige ordentlichen Aufwendungen	25	27	29
Ordentliche Aufwendungen	325	327	329
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	- 25	- 27	- 29
Finanzerträge	0	1,4	0,3
Finanzergebnis	0	1,4	0,3
Ordentliches Ergebnis	- 25	- 25	-29
Jahresergebnis	- 25	- 25	-29

Finanzrechnung

	2012 T€	2011 T€	2010 T€
Zuwendungen und allg. Umlagen	3.455	0	0
Sonstige Transfereinzahlungen	300	300	300
Sonstige Einzahlungen	0	0	0
Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,3	1,0	0,1
Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	3.755,3	301,0	300,1
Transferauszahlungen	1.384	210	300
sonstige Auszahlungen	30,6	21	45
Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	1.414,6	231	345
Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	2.340,7	70,0	- 44,9
Finanzüberschuss	2.340,7	70,0	- 44,9
Anfangsbestand Finanzmittel	344	274	319
Liquide Mittel	2.684,7	344	274,1

6. Beschäftigte

Der Zweckverband beschäftigte in den Jahren 2009 bis 2012 kein eigenes Personal.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Die Höhe der vom Rheinisch-Bergischen Kreis im Jahr 2012 an den ZV VRS geleisteten Verbandsumlage belief sich auf 30.000 €. Diese Umlage wurde von dort in voller Höhe an die Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH weitergeleitet.

Es ist beabsichtigt, den ZV VRS ab dem Haushaltsjahr 2014 aus den dem NVR zugeschienenen und von dort teilweise weitergeleiteten Zuwendungsmitteln des Landes nach § 11 Absatz 1 ÖPNVG NRW und den jeweils erwirtschafteten Zinserträgen zu finanzieren. Auf eine Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage wird dann verzichtet. Die vorgenannte Umlage bleibt hiervon unberührt und wird weiterhin erhoben.

Landrat-Lucas-Stiftung**1. Allgemeine Stiftungsdaten**

Landrat-Lucas-Stiftung
Am Rübezahwald 7
51469 Bergisch Gladbach

Telefon: 02202 / 132411
Telefax: 02202 / 13104004

2. Öffentlicher Zweck

Unter der Bezeichnung "Landrat-Lucas-Stiftung" hat der Kreistag des ehemaligen Landkreises Solingen durch Beschluss vom 13.07.1925 eine örtliche, selbständige, rechtsfähige Stiftung des privaten Rechts errichtet.

Das Preußische Staatsministerium in Berlin hat hierzu am 13.11.1925 die Genehmigung erteilt.

Aufgrund des Neugliederungsgesetzes für den Neugliederungsraum Köln vom 05.11.1974 (GV NW, S.1072) ist die Stiftung mit Wirkung vom 01.01.1975 vom Rhein-Wupper-Kreis auf den Rheinisch-Bergischen Kreis übergegangen.

Die Stiftung verfolgt ausschließlich gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinne des Dritten Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.

Zweck der Stiftung ist die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse folgender Personengruppen:

- Kinderreiche Familien
- junge Familien
- Alleinerziehende
- Senioren und Schwerbehinderte.

Der Stiftungszweck wird ausschließlich durch die Gewährung zinsgünstiger Baudarlehen und Zuschüsse verwirklicht. Das zu fördernde Objekt muss im Gebiet des Rheinisch-Bergischen Kreises liegen. Die Mittel der Stiftung dürfen nur für bedürftige Personen satzungsgemäß verwendet werden.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Das Stiftungsvermögen beträgt zum 01.01.1981 insgesamt 2.134.150 DM.
Die Stiftung liegt zu 100 % beim Rheinisch-Bergischen Kreis.

4. Organisationsstruktur

Die Stiftung hat folgende Organe:

- a) der Kreistag,
- b) der Vorstand,
- c) das Kuratorium.

4.1 Kreistag

Dem Kreistag obliegt die Verwaltung des Stiftungsvermögens nach den Vorschriften der Gemeindeordnung, soweit nicht das Gesetz oder die Satzung etwas anderes regeln, insbesondere Erlass der Stiftungssatzung und späterer Änderungen, Erlass der Sonderhaushaltssatzung, Abnahme der Sonderjahresrechnung und Entlastung des

Vorstandes und des Kuratoriums, Erstellung von Grundsätzen über die Realisierung des Stiftungszweckes (Art und Form der Zweckverwirklichung).

4.2 Vorstand

Vorstand der Stiftung im Sinne des § 26 BGB ist der Landrat. Dieser kann sich vom Kreiskämmerer in seiner Eigenschaft als Vorstand vertreten lassen. Vorstand war im Geschäftsjahr 2012 Herr Landrat Dr. Hermann-Josef Tebroke. Er wurde durch Herrn Kreiskämmerer Klaus Eckl als Vorstand vertreten.

Der Vorstand vertritt die Stiftung gerichtlich und außergerichtlich. Er führt die laufenden Geschäfte, ihm obliegt insbesondere die Führung der Darlehenskartei, Feststellung des Entwurfs des Sonderhaushalts und der Sonderjahresrechnung und die Erteilung der Bewilligungen; letztere Aufgabe wurde vom Vorstand auf den Kämmerer übertragen. Das Kuratorium ist in seiner Sitzung über die erteilten Bewilligungen zu informieren. Der Vorstand beruft mit Zustimmung des Kreisausschusses je ein von den Interessenverbänden des nach § 2 Abs. 2 der Stiftungssatzung antragsberechtigten Personenkreis vorgeschlagenes Mitglied mit lediglich beratender Stimme in das Kuratorium.

4.3 Kuratorium

Das Kuratorium besteht aus fünf Mitgliedern. Die Mitglieder des Kuratoriums und deren Stellvertreter werden vom Kreisausschuss für die Dauer der jeweiligen Legislaturperiode des Kreistages bestellt. Das Kuratorium wählt den Vorsitzenden und den stellvertretenden Vorsitzenden aus seiner Mitte.

Bei Ausscheiden eines Mitgliedes rückt das stellvertretende Mitglied in das Kuratorium nach.

Das Kuratorium ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend sind. Es beschließt mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

Das Kuratorium setzte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr 2012 wie folgt zusammen:

Ordentliches Mitglied

Heidi, Elvert
Siegfried, Lutz
Franzen, Jürgen
Schmalt, Thorsten
Gewehr, Erika

stellvertretendes Mitglied

Roland, Rickes
Stefan, Wilming
Claudia, Seydholdt
Wolfgang, Kübler
Michael, Strieker

Mitglieder mit beratender Stimme

Thum, Jost A.	VdK
Klein, Jürgen	BdkF

5. Wirtschaftliche Daten

Das Geschäftsjahr 2012 schloss mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 1.990,72 €. Im Geschäftsjahr 2012 wurden 3 Darlehen mit einer Gesamtsumme in Höhe von 33.000,00 € ausgezahlt.

Bilanz

Aktiva	31.12.2012 T€	31.12.2011 T€	31.12.2010 T€
A. Anlagevermögen			
I. Finanzanlagen	765	823	865
II. Sachanlagen	0	0	0
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	28	28	32
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	364	304	273
C. Rechnungsabgrenzungsposten		0	0
Bilanzsumme	1.157	1.155	1.170

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Allgemeine Rücklage	1.155	1.170	1.163
II. Sonderrücklage	0	0	0
III. Ausgleichsrücklage	0	0	0
IV. Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss	2	- 15	7
B. Rückstellungen	0	0	0
C. Verbindlichkeiten	0	0	0
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	1.157	1.155	1.170

6. Beschäftigte/Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Die Landrat-Lucas-Stiftung beschäftigt kein eigenes Personal. Die anfallenden Arbeiten werden von zwei Kreisbediensteten (Wohnungsbauförderung / Kämmerei) erledigt. Von Seiten der Landrat-Lucas-Stiftung wird daher ein Pauschalbetrag für Personal- und Sachkosten an den Rheinisch-Bergischen Kreis erstattet.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2012 betrug die Kostenerstattung an den Rheinisch-Bergischen Kreis 7.000,00 €

Mitgliedschaften des Rheinisch Bergischen Kreises in Vereinen, Organisationen und Einrichtungen

<u>Verein/Organisation</u>	<u>Jahresbeitrag 2012</u>
Abwassertechnische Vereinigung e.V.	386,00 €
Aggerverband	36.990,00 €
Altenberger Dom-Verein e.V. 50 %	765,00 €
Altlastensanierungsverband, Beitrag (8.320 €) wird vom BAV erstattet	
Arbeitsgemeinschaft für Erziehungshilfe	40,00 €
Bergischer Geschichtsverein	30,00 €
Deutsche Olympische Gesellschaft	154,00 €
Deutscher Verein für Vermessungswesen	100,00 €
Deutscher Kinderschutzbund	30,00 €
Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.	1.012,00 €
Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V.	1.040,00 €
BV für Wohnen und Stadtentwicklung (Volksheimstättenwerk)	300,00 €
Fachverband der Kämmerer	18,00 €
Fachverband der Standesbeamten	30,00 €
Fachverband der Kommunalkassenverwalter	50,00 €
Förderverein Nordrhein-Westfalen Stiftung	1.375,00 €
Förderverein der Fachhochschule	51,13 €
Griffelkunst	132,00 €
Interkommunaler Arbeitskreis „Wahner Heide“	2.500,00 €
Forum Wahner Heide e.V.	200,00 €
Heidezentrum Turmhof e.V.	400,00 €
Forsthaus Steinhaus e.V.	72,00 €
Kommunale Arbeitsgemeinschaft Bergisch Land	3.048,00 €
Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement	6.400,35 €
Kommunaler Arbeitgeberverband NW	2.325,00 €

Beteiligungsbericht 2012	Mitgliedschaften
Landkreistag NW	77.620,00 €
Naturpark Bergisches Land	13.200,00 €
Netzwerk Industriekultur Bergisch Land	250,00 €
Rat der Gemeinden Europas	1.296,00 €
Regio Köln/Bonn e.V.	67.798,00 €
Rheinischer Verein für Denkmalpflege	60,00 €
Sauerländischer Gebirgsverein	51,13 €
Schlossbauverein Burg an der Wupper 50 %	500,00 €
Schutzgemeinschaft Deutscher Wald	55,00 €
Verein der Freunde und Förderer des Industriemuseums	75,00 €
Vereinigung der Leiter-Innen der Rechnungsprüfungsämter	15,00 €
Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge	2.556,46 €
Wupperverband	2.772,00 €
Gesamt	223.697,07 €